Antifaschistisches

INFO 25

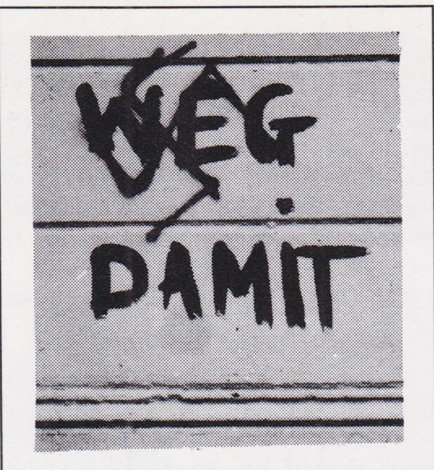
Dezember/Januar 1993/94 4,- DM BLATT



Neue Wache 1993:



Neue Stiefel im alten Schritt



Antifaschistisches Infoblatt
Nr. 25, Dezember/Januar 1993/94

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Verlag:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postgiro Berlin, BLZ 100 100 10

Abo: 30,- DM/Jahr (siehe Seite 51)

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Aus dem Inhalt

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen!

Schon seit längerem sitzen die Repressionsorgane in den Startlöchern. Der Verfassungsschutz hält Seminare für JournalistInnen, in der die Gewalt der Anti-Antifa als eine Reaktion auf antifaschistischen Widerstand gewertet wird und das Übel mit der Bekämpfung des Antifaschismus beseitigt würde. Bis jetzt sind sie damit nicht durchgekommen.

In Berlin holt der Staatsschutz zum Rachefeldzug wegen der Tötung des Faschisten Gerhard Kaindl aus. Aufgrund von Aussagen eines »Zeugen«, wurden Wohnungsdurchsuchungen und Verhaftungen durchgeführt. Die Angriffe auf türkische und kurdische Linke, gegen die sich die derzeitige Repressionswelle vor allem richtet, ist der Testfall für künftige Unterdrükkung der Linken insgesamt, während Morde der Nazis heruntergespielt und entpolitisiert werden (siehe Seite 4).

Das erste Mal beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe eingehender mit faschistischer Musik und beginnen auf Seite 5 mit einem Überblick. Rechte Kultur ist auf dem Vormarsch und besitzt Ausstrahlung über die organisierte NS-Szene hinaus.

Ihr findet diesmal zwei Artikel über Rassismus: Zehntausende ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen stehen vor der Ausweisung und das neue Anti-Asylgesetz zeigt erste durchschlagende Wirkung, in dem dezentrale Flüchtlingsheime geschlossen werden und die großen Lager gefüllt werden: Humanismus ála BRD.

Damit das auch mit »gutem Gewissen« geschieht, wurde in Berlin die zentrale Gedenkstätte der BRD eingeweiht, wo Opfern und Tätern gleichzeitig gedacht werden soll, egal ob Nazi-Schlächter oder KZ-Opfer. Vorangetrieben wurde dies durch Deutschlands führenden Geschichtsrevisionisten Kanzler Kohl.

Natürlich kommen auch diesmal Hintergrundberichte über faschistische Organisationen und die »Neue Rechte« nicht zu kurz. Mit dem Netz der alten und neuen NS-AnhängerInnen beschäftigen wir uns in einem grundsätzlichen Artikel und stellen einen der Drahtzieher im Hintergrund, Roy Arthur Godenau, vor. Während die Polizei eine öffentlichkeitswirksame Verhinderung des alljährlichen Halbe-Aufmarsches inszeniert hatte, sorgte sie noch im Juni dafür, daß sich der Vorbereitungskreis ungestört treffen konnte und ging gegen Saalfelder Antifas vor. Daneben findet ihr, wie üblich, zahlreiche Artikel über antifaschistische Initiativen oder den braunen Sumpf.

Nichts finden werdet ihr über die italienischen Kommunalwahlen. Die Faschisten, ob MSI oder Lega Nord, sind zu den stärksten Parteien geworden und die augenscheinlich korrupte demokratische Mitte ist im Untergang begriffen. Mehr dazu beim nächsten Mal.

Antifa-INFO-Redaktion – Nov. 1993

Das INFO hat Geburtstag!

Ihr haltet die 25. Ausgabe des Antifaschistischen INFO-Blattes in der Hand. Begonnen haben wir Anfang 1987, als deutliche für ein Wiedererstarken der Nazis sichtbar wurden. Wir haben zwar in dem Rechtsruck eine Gefahr gesehen, doch daß es so heftig in so kurzer Zeit wird, damit hat ehrlich gesagt von uns keine/r gerechnet. Wir begleiteten 1988 die ersten europaweiten Aktionstage, als die Front National in Frankreich ihren ersten großen Wahlsieg errang. Es war deutlich, daß dieses Beispiel auch in anderen Ländern Schule machen würde, die Nazis international vernetzt sind und daß auch wir uns international organisieren müssen. Seitdem arbeitet das Info eng mit antifaschistischen Zeitungen und Initiativen in Europa und Nordamerika zusammen. Dadurch wurde Öffentlichkeit im Ausland über die Vorgänge in Deutschland hergestellt und die BRD-Regierung unter Druck gesetzt - antifaschistische Gruppen aus der Ex-DDR wurden durch Mittel einer internationalen Spendenkampagne unterstützt.

Die ersten Ausgaben des Infos erschienen noch zweisprachig in deutsch und türkisch. Unser Ziel war der Aufbau einer internationalistischen Bewegung auch hier, zusammen mit allen Minderheiten, die von Rassismus und Faschismus betroffen sind. Danach gaben wir zwei Ausgaben mit zwei Redaktionen in deutsch und türkisch heraus, die sich eng aufeinander beziehen sollten. Schon nach kurzer Zeit verloren wir uns aus den Augen, zurückgeblieben war ein uneingelöster Anspruch.

In der letzten gemeinsamen Ausgabe untersuchten wir als eine der ersten Zeitungen die Partei der Republikaner und titelten noch: »Sie kommen nicht durch!«. Sie kamen bei den Berliner Wahlen 1989 doch mit 7,5% der Stimmen durch. Wir erreichten, zusammen mit zahlreichen anderen antifaschistischen Initiativen, daß Schönhuber sich von den in der NS-Szene organisierten Personen abspaltete, da er auf das demokratische Mäntelchen Wert legte. Wenn wir sie schon nicht stoppen konnten, so haben wir wenigstens den Parteiaufbau um Jahre verzögert.

Mit den ersten großen Wahlerfolgen der rechten Ultras, gegen die in Westberlin die bis dahin größte Antifa-Bewegung in der BRD auf die Straßen ging, stellten sich für uns neue Fragen. Wir starteten, um gegen ein Randproblem der Gesellschaft vorzugehen. Nun wurde überdeutlich, daß wir mit einem zentralen Problem der Gesellschaft konfrontiert sind. Klar war, daß es nicht ausreichen würde, die Nazis direkt zu bekämpfen, ohne daß eine Perspektive einer linken fortschrittlichen Bewegung greifbar ist. Mit Verhinderungsaktionen gegen Parteitage oder Treffen können wir als Minderheit den Nazis zwar immer noch Schaden zufügen, aber einen gesamtgesellschaftlichen Rückfall in die Barbarei können wir so nicht stoppen. Das gilt gerade auch für die heutigen Auseinandersetzungen, deshalb bemühen wir uns auch, auf andere Auseinandersetzungen Bezug zu nehmen.

Der größte Teil der linken und demokratischen Kräfte wollte das Problem des um sich greifenden Faschismus und Rassismus nicht ernst nehmen und beruhigte sich selbst mit der Feststellung Alles sei eine Übergangserscheinung. Diese »Vogel-Strauß-Haltung« zieht sich teilweise bis heute durch. Als auch bis dahin fortschrittliche Menschen nach dem Fall der Mauer eine neue schöne Zeit anbrechen sahen, hielten wir dagegen und konnten diesen Optimismus nicht teilen. Oft waren wir selbst verunsichert und mußten uns fragen, ob wir nur einfach unverbesserliche PessimistInnen sind. Die Linke in Ost und West zerfiel, die Ost-Bürgerbewegung fand sich größtenteils nicht in der neuen Realität zurecht und der Zerfall der West-Linken wurde beschleunigt, als das wiedervereinigte Deutschland sein häßliches Gesicht zeigte. Wenn die alte Linke zerfällt, muß eben eine neue aufgebaut werden, unseren Beitrag sehen wir u.a. in der Erstellung dieses Blattes.

Nach anfangs zähen Auseinandersetzungen haben wir neue FreundInnen im uns bis dahin fast unbekannten Osten gefunden. In diesen Auseinandersetzungen, bei denen es teilweise ziemlich geknallt hat, haben auch wir uns verändert und alte Fehler reflektiert. Die Sympathie für stalinistisch geprägte Organisationen und deren »einfache« Lösungen tendiert gegen Null, gerade wenn wir uns das hinterlassene geistige Trümmerfeld in ganz Osteuropa ansehen. Das Buch, "Drahtzieher im braunen Netz", an dem auch Mitglieder unserer Redaktion beteiligt waren, stellte unsere bislang weitverbreiteste Veröffentlichung dar. Das Buch steht heute in vielen Zeitungsredaktionen und hat viele Veröffentlichungen zu dem Thema beeinflußt. Im Nachwort sind die Ergebnisse der Ost-West Diskussion festgehalten.

Das Pogrom von Hoyerswerda und insbesondere die Beteiligung und Zustimmung aus der unpolitischen Bevölkerung war auch für uns ein Schock, der eine neue Qualität der Eskalation markierte. Spätestens da war deutlich, daß wir einer Front von Nazis, Staat und erheblichen Teilen der Bevölkerung gegenüberstehen und daß wir Faschismus und Rassismus weiterhin als Minderheit bekämpfen müssen. Ob Rostock, Mölln, Solingen, Fulda oder Halbe.

Doch was bleibt übrig, außer das zu schreiben und zu vertreten was richtig und notwendig ist? Große Illusionen von schnellen Erfolgen gehören der Vergangenheit an und wir freuen uns schon über die kleinen Siege. Wenn ein Nazi-Jugendclub auf Grund unserer Berichte geschlossen wird, wenn Faschos in ihrer Arbeit gestört werden oder sich ein Bewußtsein über die Zusammenarbeit von Staat und Nazis verbreitet. Wir freuen uns, unser Material in zahlreichen Artikeln und Veröffentlichungen wiederzufinden, auch wenn das INFO oft nicht als Quelle genannt wird. Und besonders freuen wir uns, wenn wir mitkriegen, daß Euch die Zeitung weiterhilft. Besonders gefreut haben wir uns über die Entstehung neuer regionaler Antifa-Infos und Zeitungen in den letzten Jahren und einer verbesserten bundesweiten Zusammenarbeit.

Begonnen hatten wir als Westberliner Zeitung, die sich im Lauf der Jahre zur bundesweiten entwickelt hat. Lob und Anerkennung bekommen wir dafür auch vom Verfassungsschutz (VS), der das INFO und das ebenfalls bundesweite Antifa-Jugendinfo als »Zentralorgan der militanten Antifa« bezeichnet. Unsere Zeitungen werden nach Erkenntnissen des VS »klandestin hergestellt«, was mehr der blühenden Phantasie dieser Behörde zuzuschreiben ist. Unsere Verbreitung geht weit über den oben beschriebenen Kreis hinaus und die Auflage steigt momentan mit jeder Ausgabe. Dabei stoßen wir fast an die Grenzen einer kollektiv hergestellten Zeitung, die ohne Professionelle auskommt, da wir natürlich nicht nur am Computer hocken und Akten wälzen.

Bei so viel Eigenlob wollen wir natürlich auch Euch nicht vergessen. Die vielen Zuschriften und Berichte, die täglich bei uns eingehen, machen eine bundesweite Zeitung überhaupt erst möglich. Ein herzliches Dankeschön geht besonders an die Antifas, die regelmäßig und verbindlich Artikel für das Info schreiben.

Auf die nächsten 25. Die Nazis und die Behörden werden sich noch mehr Zähne an Euch und uns ausbeißen. Bleiben wir weiterhin lebendig und unbequem!

Zu den Verhaftungen von Fatma, Abidin, Mehmet und Erkan:

Deutsche Liga und Berliner Staatsschutz Hand in Hand

Mit gezogenen Waffen und mit zum Teil großer Brutalität hat der Berliner Staatsschutz seit dem 15. November 1993 inzwischen ca. zehn Hausdurchsuchungen bei AntifaschistInnen, ihren Angehörigen und FreundInnen durchgeführt. Vier AntifaschistInnen sind verhaftet worden, nach weiteren wird gefahndet. Grund für die Verhaftungen und Durchsuchungen ist der Tod des Funktionärs der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DL), Gerhard Kaindl (vgl. Antifa Info Nr. 19, 52f). Vorgeworfen wird den AntifaschistInnen Mord, Mordversuch, Beihilfe und Körperverletzung. Die Ermittlungsbehörden berufen sich dabei auf Aussagen eines angeblich Tatbeteiligten, dessen Identität von den Behörden nicht preisgegeben wird.

Anderthalb Jahre liegt der Vorfall jetzt zurück, bei dem auf einem parteienübergreifenden Kadertreffen der DL-Landesschriftführer und Parlamentskandidat der Wählergemeinschaft »Die Nationalen«, Kaindl, in einem Chinarestaurant umkam – zu einer Zeit, als in der Bundesrepublik die Hetze der Bundesregierung gegen »Asylbetrüger« auf Hochtouren lief und PolitikerInnen aller bürgerlichen Parteien Verständnis für die Pogrome zeigten.

Uns geht es hier um zweierlei: Erstens um die politische Situation seit 1991, die sich auch in den Verfahren gegen Neonazis zeigt. Faschistische Täter hatten – soweit sie überhaupt ermittelt wurden – so gut wie nie Mordprozesse zu fürchten; angesichts von 64 Toten ist bereits das ein Skandal. Zweitens meldete die »Deutsche Rundschau« bereits in ihrer Oktober-Ausgabe von 1992, daß ihr die Täter namentlich bekannt seien; die Kumpanei zwischen Staatsschutz und Faschisten hat inzwischen auch der Rechtsextremist Thorsten Thaler (Hoffmann-von-Fallersleben Bildungswerk e.V./HvFB) bestätigt (vgl. taz-Berlin, 23. 11. 93).

Systematische Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands

Mit den ersten Ansätzen der Selbstverteidigung antifaschistischer, vor allem ausländischer Jugendlicher begann sowohl durch die staatlichen Behörden als auch durch die Medien eine beispiellose Hetze, die durch die Gründung zahlreicher Sonderkommissionen, dem Anlegen besonderer Dateien zu sog. »Jugendgruppen-Gewalt« bis in den Schulalltag Einzug hielt. Ziel war dabei neben der Einschüchterung (etwa Drohung mit sofortiger Ausweisung) die Zerschlagung jedweden selbstorganisierten Ansatzes. Angesichts des politischen Klimas ging diese Strategie 1991 nicht auf, so daß 1992 nachgelegt wurde:

Mit dem Jahr 1992 geriet in Berlin die durch ihr offenes Auftreten bekannte Jugendgruppe »Antifasist Genclik« in das Visier von politischer Polizei, Verfassungsschutz und Medien. Die jetzt verhafteten türkischen und kurdischen Menschen werden dabei offenbar dieser Jugendgruppe zugeordnet. Damit sind einige der Menschen festgesetzt und vorverurteilt worden, die öffentlich gegen Rassismus und Faschismus Position bezogen haben. Unrecherchiert haben dabei die Medien auch aus dem Berliner Verfassungsschutzbericht zitiert, der aus der sich als offen verstehenden Initiative eine *»äußerst militante Gruppe«* gemacht hat, die sich angeblich *»der Strukturprinzipien einer sog. geschlossenen Gruppe«* mit strikter *»Abschottung nach außen«* bediene (LfV Berlin 1992, 123f). Bisheriger Höhepunkt dieser Kriminalisierungskampagne ist neben den Verhaftungen die unwidersprochene Meldung des Berliner »Tagesspiegel« vom 20. 11. 1993: *»Mord an Rechtsextremist ist aufgeklärt«.* Nichts ist weniger sicher. Vielmehr steht zu befürchten, daß eine Allianz aus Staatsschutz, Polizei und Neofaschisten ihr Süppchen kocht.

Kumpanei von Staatsschutz und Neofaschisten

In das Bild der Kumpanei paßt aber nicht nur die Tatsache, daß offensichtlich der Staatsschutz Informationen an die DL weitergeleitet hat; das ist inzwischen unstrittig (Berliner Zeitung und taz-Berlin vom 19. 11. 93) und wird von Thorsten Thaler, DL-Mitglied bis Januar 1993, mit den Worten bekräftigt, daß *»ich als Opfer [Thaler war bei dem Kadertreffen ebenfalls anwesend und wurde verletzt, Red.] offenbar mehr erfahren sollte, als es normalerweise bei solchen Befragungen wohl üblich ist«* (taz, 23. 11. 93). Er gibt an, diese Informationen vom zwei Berliner Staatsschützern in Kiel erhalten zu haben, die ihm *»Name, Geburtsdatum, Wohnanschrift und sogar die PKW-Nummer«* zur Verfügung stellten.

Das kann aber nicht der einzige Kontakt zwischen Staatsschutz und DL geblieben sein, denn der HvFB-Vorsitzende, Karl-Heinz Panteleit, erstattete am 12.10.92, mit weitergehenden Informationen ausgestattet, Anzeige gegen die Berliner Justizbehörden wegen Strafvereitelung im Amt: Die Anzeige wurde abschlägig beschieden; wie aber die Informationen an die DL kamen, blieb bisher im Dunkeln. Klar ist also nur, daß offensichtlich durch den Berliner Staatsschutz instruiert, bereits im Oktober 1992 in der DL-Parteizeitung, »Deutsche Rundschau«, gemeldet werden konnte, daß *»die Polizei [...] inzwischen die acht Täter ermittelt«* hätte und daß *»allesamt der türkischen Gruppe Antifasist Genclik«* angehören.

Auf ein Wort...

Die Nazis fühlen sich derzeit mit dem Staatsschutz auf ihrer Seite sehr sicher; so wird in der oben genannten 92er-Ausgabe der »Deutschen Rundschau« zu Anschlägen gegen die angeblichen Täter aufgerufen. Der Artikel endet mit der Drohung: "Wir kriegen Euch alle!"

Abschließend noch einige Bemerkungen zum derzeitigen Stand: Die Behörden verweigern derzeit den AnwältInnen weitere Auskünfte; auch ist über den angeblich geständigen Tatbeteiligten nichts bekannt. Das, und die Lage der Gefangenen, die im Falle der gefangenen Kurdin verschärfte Haftbedingungen bedeutet, können aber kein Anlaß sein, ins wilde Spekulieren und Gequatsche zu verfallen. Also nochmal, RechtsberaterInnen empfehlen: Haltet die Schnauze, macht keine Aussagen bei Polizei oder Justiz, hört auf, Gerüchte in die Welt zu setzen.

Wichtig: Da die anstehenden Prozesse viel Geld kosten werden, sind die Betroffenen auf Eure Hilfe angewiesen. Spenden können auf folgendes Konto überwiesen werden:

Stichwort: »Solidarität«
Kontonummer: 0620 173300
Berliner Sparkasse
BLZ 100 500 00

R. STUKER-ANTIFA
KTO.: 240297679
SPARKASSE BERLIN
BLZ10050000 NEU

Rechtsradikale Musik

Bands, Zines, Labels

Nazi-Rock in der BRD

»Wir sind häßlich, brutal und gewalttätig...«

Nazi-Rock hat sich in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Rekrutierungsfelder für die Faschisten entwickelt. Ein Großteil dieser Musik wird von rechtsradikalen Skinheads (Boneheads) gemacht, aber auch im Metal-, Hardcore-, Punk-, sogar Gruftie-Spektrum u.a. gibt es rechtsradikale Strömungen. Blood&Honour[1]-Konzerte mit bis zu 2000 TeilnehmerInnen auf dem Gebiet der Ex-DDR sind nur ein Beispiel für die Möglichkeit, über die Musik rechtsradikales Gedankengut unter die Leute zu bringen. In diesem ersten Artikel wird es einen Überblick über die deutsche Bonehead-Musikszene, die entsprechenden Bands und Fanzines und die erfolgten repressiven Maßnahmen geben.

In den nächsten Ausgaben wollen wir mehr ins Detail gehen. So wird es einen Artikel über das Zeitschriftenprojekt MODERNE ZEITEN geben, der auf Grund fehlenden Platzes verschoben werden mußte. Außerdem wollen wir demnächst etwas ausführlicher über Blood&Honour berichten. Über Informationen jeglicher Art freuen wir uns.

Überblick

In der BRD gibt es eine Skinhead-Szene von ca. 6000 Personen. Knapp die Hälfte davon sind Boneheads, ein weiterer großer Teil sind »unpolitisch« . Bei vielen »unpolitischen« Bands und Zines (Szene-Zeitschrift, abgeleitet vom engl. magazine) lassen sich aber keine Berührungängste mit Faschisten ausmachen. Weiterhin gibt es einen großen Anteil an antirassistischen Skinheads (S.H.A.R.P.-Skinheads gegen rassistische Vorurteile) und einige Redskins (linke Skins, oft aber in dogmatischen Organisationen aktiv). Auf die Geschichte der Skinhead-Bewegung möchten wir an dieser Stelle nicht eingehen, da dies den Rahmen des Artikels sprengen würde. Dazu empfehlen wir die entsprechenden Bücher (z.B. »Neue Soundtracks für den Volksempfänger«, s. Besprechung; »Skinheads« von Farin/Seidel-Pielen, s. Info 23) oder entsprechende antirassistische Skin-Zines (Skintonic, Oi-Reka) oder die Ausgabe Nr.9 des Infos. Im folgenden beschäftigen wir uns ausschließlich mit der Bonehead-Szene.

Bedeutung der Musik für die Szene und für organisierte Faschisten

Ihre Musik bezeichnen die Boneheads als sogenannte »Oi!-Musik«[2]. Musik und alles was damit zusammenhängt (Konzerte, Feten) hat (neben dem Bier!) eine große, wenn nicht sogar die größte Bedeutung in der Bonehead-Szene. Mit der Musik indentifiziert man sich, dort finden sich Vorbilder für das eigene Tun und Wollen und so ist es nur noch ein kleiner Schritt, die Textinhalte auch in die Tat umzusetzen. Musik ist somit eines der bestgeeigneten Mittel, politische Vorstellungen bewußt oder unbewußt einer großen Anzahl anderer Personen zu vermitteln, vor allem auch Unorganisierten, die sich nicht immer in Nazi-Strukturen organisieren lassen wollen. Dies ist in der organisations-unwilligen Bonehead-Szene sehr wichtig, es wird eine Struktur geschaffen ohne daß sie ihnen bewußt wird.

Bei der derzeitigen Stärke der neofaschistischen Musikszene kann bereits von einer eigenen Jugendbewegung bzw. Subkultur gesprochen werden. Diese Bewegung hängt sich gerne einen Rebellenkult an. Schaut man sich die Szene genauer an, wird dies schnell als Unsinn entlarvt. »Geld verdienen« ist eine der wichtigsten Interessen der Leute, die die organisatorischen Strukturen der Szene aufrecht erhalten. Rock-O-Rama als einer der bekanntesten Produzenten von Nazi-Rock hat mit dieser Musik sicher bereits Millionen gemacht, aber auch Newcomer wie Skull-Records verdienen nicht schlecht. Sie und auch die Bands wissen, daß mit dieser Musik zur Zeit das große Geld gemacht werden kann und nutzen dies. Auf der anderen Seite geht es um die Werbung faschistischen Wählerpotentials. So trat die inzwischen verbotene Deutsche Alternative des öfteren als Veranstalter von Nazi-Konzerten und -feten in Cottbus und Umgebung auf. Viele Skin-Zines und -Versände sind direkt oder indirekt mit faschistischen Parteien/Kadern verbunden (s.u.) So fließt zum einen Geld

---

(1) Blood&Honour: Internationales, überparteiliches Nazi-Skin-Netzwerk unter der Führung des inzwischen verstorbenen Skrewdriver-Sängers IAN STUART-DONALDSON und unter Mitwirkung verschiedener europäischer Bands. In Deutschland gibt es eine offizielle Kontaktadresse für einen Skrewdriver-Service: Alexander HEINIG, Im Lauchhau 31, 7000 Stuttgart 80. Auch die Adresse der Hamburger »NATIONALEN LISTE« diente als Kontaktadresse. Wie sich das Netzwerk ohne Stuart weiterentwickeln wird, bleibt abzuwarten.

(2) Die Herkunft des Begriffes »Oi!« ist nicht genau zu belegen, er ist aber sehr wahrscheinlich von einem Sampler (Platte mit Liedern mehrerer Bands) namens »Strength through joy« (Kraft durch Freude) abgeleitet. Er ist einer der Schlachtrufe in der Szene. So werden in der Bonehead-Szene, aber nicht nur dort, sämtliche Begriffe mit »oi« statt »eu« geschriebene (z.B. Doitschland), sprich, nicht alle, die diese Schreibweise verwenden sind unbedingt Faschisten. Genauso unklar ist es, ob die sogenannten »Oi!-Skins« nun gerne unpolitisch oder rechts oder sonstwas sind.







dieser Parteien in den Strukturaufbau der Musik-Szene, zum anderen fließen Gelder, die auf Konzerten erspielt werden, in die Taschen von Faschisten (z.B. ein Soli-Konzert für den aus der BRD abgeschobenen FAP-Kader Karl Polacek). Die Bemühungen organisierter Nazis um die Oi!-Musik sind Teil der Bestrebungen um eine rechte »kulturelle Hegemonie«. Die Musikszene ist in mehrere Bereiche unterteilt die wir uns nun etwas genauer anschauen wollen.

Rechtsradikale Bands

Es gibt ca. 50 Bands mit rechtsradikalen Texten. Zwischen ihnen gibt es sowohl textliche als auch inhaltliche Unterschiede. Ihre Musik wird von weit mehr Leuten gehört, als es Boneheads gibt (Störkraft hat nach eigenen Angabe mehr als 30.000 Platten verkauft, die Böhsen Onkelz mehr als 100.000 allein von einer ihrer Platten). Damit haben sie die Möglichkeit, ihre Propaganda auch außerhalb der Szene bekannt zu machen, die sich über die eindringliche und markante Musik den Weg ins Gehirn freimacht. Kontakte zu organisierten Faschisten bestehen offen und verdeckt, so tritt zum Beispiel KRAFTSCHLAG aus Itzehoe ziemlich offen für den Ku Klux Klan auf.

Die beiden am längsten bestehenden Bands der Bonehead-Szene sind ENDSTUFE und BÖHSE ONKELZ. In den letzten Jahren, insbesondere nach dem Mauerfall, sind sehr viele neue Bands dazugekommen, denen es scheinbar nicht mehr so richtig auf die Musik ankam, sondern nur noch darauf, daß die Texte rechtsradikal genug waren. Sie veröffentlichen den Großteil ihrer Musik über soge-

Strammstehen, Marschieren, Zusammenarbeiten – zu allem ist die Boneheadszene in der Lage

Foto oben: ***»Kraftschlag« aus Itzehoe beim Fototermin: Klapmeier (Bass - inzwischen bei »Freikorps«, links), Jens (Gesang, 2.v.l.), Haiko (Gitarre), Sascha (Gitarre), Dennis (Schlagzeug). Es ist gut zu sehen, wie das aus dem »Frontal« stammende Foto retuschiert wurde – das Orginalemblem der Fahne ist unten links zu sehen.***

Foto mitte: ***»Hess-Gedenkmarsch« 1991 in Bayreuth: Dieter Riefling (»Miesling«, »Fiesling« - die »halbe Person« in der ersten Reihe mit runder Sonnenbrille), Berliner Platz 10, Oer-Erkenschwick***

Foto unten: ***Keine Verständigungsprobleme gibt es zwischen (v.l.n.r.) Rolf Marliani, Harald Neubauer (DL) und Christian Eitel (Dorfmusik), hier bei einer DL-Propagandaveranstaltung am 16.6.93 in***

nannte Demo-Kassetten. *»Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um...«, »Hißt die rote Fahne mit dem Hakenkreuz...«, »...laß die Messer flutschen in den Judenleib...«, »Der eine zieht sie* (Frauen, d.Red.) *durch, der andere setzt sich rauf...«* sind nur einige Beispiele ihrer offen faschistischen, antisemitischen, sexistischen und rassistischen Propaganda. Eine vollständige Liste dieser Bands ist schwer aufzustellen, da die Bands erstens oft nur sehr kurzlebig sind, sich öfters umbenennen oder mit anderen Bands/Musikern Gemeinschaftsproduktionen unter einem anderen Namen herausbringen. Mit einer gezielten Propaganda mach(t)en sie sich für die Medien interessant und wurden im Gegenzug durch diese bekannt gemacht. Wer kannte STÖRKRAFT schon vor 1990? Nachdem sie als »böse Jungs« durch die Presse (u.a. Spiegel und Sat1) geisterten, kannte sie die halbe BRD.

Eine andere Gruppe sind die Bands, die sich immer wieder als »unpolitische Bands« bezeichnen, dabei aber keine Probleme im Umgang mit Nazibands/-kadern haben (z.B. Boots&Braces, Springtoifel usw.). Auch in ihren Texten findet sich teilweise rassistisches, antisemitisches und vor allem sexistisches Gedankengut. Sie werden in sämtlichen Nazi-Zines angepriesen, was ihnen insofern vorgeworfen werden kann, daß sie sich nicht von diesen Veröffentlichungen distanzieren.

Liegt der Anteil von Frauen (Renees) in der Bonehead-Szene noch bei ca 10% (s. Art. Info 22), so tendiert er bei den Bands selbst gegen Null. Mit viel Spektakel hat die Düsseldorfer Bonehead-Musikzeitung »Moderne Zeiten« im Frühjahr dieses Jahres die erste deutsche Skingirl-Band mit Namen »STÖCKEL UND STRAPSE« angekündigt. Nachdem die »Frontfrau« Monique (inzwischen hieß die Band »Monique«) noch in der Juni/Juli-Ausgabe eine Studio-Platte ankündigte, ist es jetzt ruhig geworden. Schon damals meldeten sich die anderen Frauen Ute, Ilona und Vanessa, die an dem Projekt angeblich beteiligt waren, nicht zu Wort. Jetzt wird verkündet, daß Monique ein Split-LP mit Rainer (von der Band »08/15«, auch ein Flop von »Moderne Zeiten«, die lediglich ein Demo auf Reihe bekommen haben und sich dann auflösten) aufnehmen will, weil die anderen Frauen »ausgestiegen« sind. So ist zu vermuten, daß es diese Band als solche niemals gab. Ansonsten spielen noch sehr, sehr selten einzelne Frauen in den Bands mit (z.B. bei »PROIßEN SÄUE«, Berlin, jetzt umbenannt in »BIERPATRIOTEN« oder bei »KETTENHUND«).

Rechtsradikale Zines

Davon gibt es ca. 30 in der BRD. Auch hier sind Unterschiede, speziell im geistigen Niveau und in der Offenheit der faschistischen Ausrichtung zu erkennen. Die Zines machen den Zusammenhalt der Szene entscheidend mit aus, da man dort über die neuesten Vorgänge informiert wird. Sie sind meistens kopiert und ihre Auflagen liegen zwischen 50-1500 Stück. Viele Zines werden von organisierten Faschisten gemacht. So umgehen diese die vorhandenen Schwierigkeiten, Boneheads in ihre Parteien einzubinden. Boneheads legen viel Wert auf ihre Eigenständigkeit und lassen sich von den sogenannten »Parteiaffen« nicht gern etwas sagen. Auf diesem (Um-)Weg und mit einer bonehead-mäßigen Sprache und Umgehensweise wird so doch für Nachwuchs und Wählerpotential gesorgt. Inhaltlich geht es größtenteils um Musik und gemeinsame Erlebnisse (Konzertberichte, Feten, Plattenrezensionen, Demoteilnahmen). Faschistisches Gedankengut fließt mehr oder weniger ständig in Form von einzelnen Äußerungen ein, größere politische Artikel hingegen finden sich nur in wenigen Zines.

Versände, Labels

Um Geld zu verdienen und da es zumindestens teilweise noch Verkaufserschwernisse für rechtsradikales Musik-/Schriftgut gibt, braucht die Szene ihre eigenen Vertriebsstrukturen. Dies übernehmen z.T. sogenannte Versandlisten in den Zines oder eigene Versände (Mailorder). Sie vertreiben in erster Linie LPs/CDs/MCs, aber auch Zines, Bücher, T-Shirts. Oft gibt es personelle Überschneidungen zwischen Bands, Zines, Labels und Versänden, zumindestens hängt an jedem Label (Firma, die für die Produktion und Verbreitung von Platten zuständig ist) ein Vertrieb dran. Die erzielten Gewinne fließen teilweise direkt in den Aufbau faschistischer Strukturen. Besonderes die NF hat ihre Finger beim Endsieg/ESV-Versand/-Label, Donner-Versand und Klartext-Versand drin, Herbert EGOLDT (ROR) werden Kontakte zur FAP und NPD nachgesagt.

Wenn es darum geht, Geld zu verdienen, tauchen sofort Konflikte auf. So halten es die Labels Rock-O-Rama und Skull-Records für unnötig, mit den bei ihnen unter Vertrag stehenden Bands Abrechnungen zu machen bzw. sich an geschlossene Verträge zu halten. Kein Zine, in dem sich nicht irgendeine Band über die üblen Machenschaften dieser Labels beschwert. Wer ein Monopol hat, der nutzt es eben, und wenn es auch auf Kosten der eigenen Kameraden geht.

Einige der offen faschistisch auftretenden Zines:

VOLKSTREUE,
Nicole Nowicki, Recklinghausen

SCHLACHTRUF, (eingestellt)
Martina Janssen, Freiburg

QUERSCHLÄGER/FRONTAL/ MODERNE ZEITEN,
Andreas Zehnsdorf, Essen/D'dorf

DER AKTIVIST,
Dieter Riefling, Oer Erkenschwick

ENDSIEG, (eingestellt)
Andreas Gängel, Bruchsal

GLORREICHE TATEN, (eingestellt)
Torsten Ritzki, Heiligenhaus

DER SKINHEAD,
Jens Brandt (Endstufe), Bremen

PROIßENS GLORIA, (eingestellt)
Berlin,

UNITED SKINS, (eingestellt)
Carsten Szczepanski, Königs-Wusterhausen (inoffizieller Nachfolger des KKK-Fanzine **»Foierkroiz«**)

SACHSENS GLANZ, Lobstädt

ANGRIFF-USLAR, André, Uslar

DER BEWÄHRUNGHELFER,
Hann. Münden

Die wichtigsten Labels und Versände:

ROCK-O-RAMA,
Herbert Egoldt, Brühl (Label/Vertrieb)

SKULL-RECORDS, Bad Überklingen

DEUTSCHER TONTRÄGER VERTRIEB,
Geislingen,
Oliver und Roland Schaffelhuber, (Label, Vertrieb)

ESV-RECORDS/ESV-VERSAND/ ENDSIEG,
Andreas Gängel, Bruchsal (Label, Versand, Zine - das Zine ist eingestellt, weil es vorausindiziert wurde)

DORFMUSIK/MZ-VERTRIEB/ MODERNE ZEITEN,
Torsten Lemmer, Christian Eitel, Andreas Zehnsdorf, Jörg Petritsch, u.a., Düsseldorf (Label, Versand, Zine)

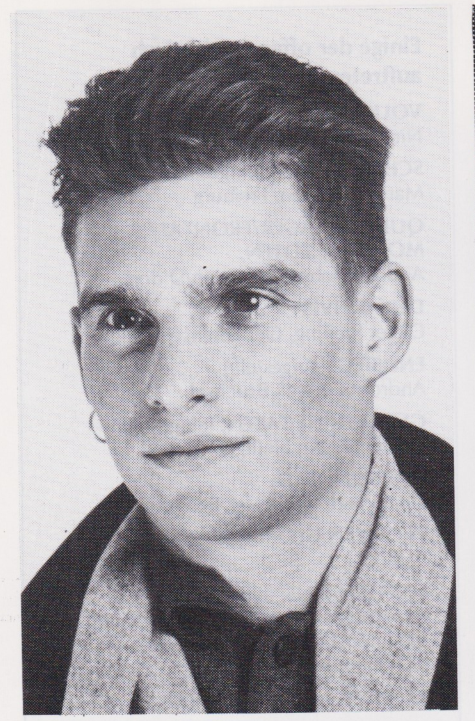
INGO NOWOTNY MUSIC ENTERPRISE, METAL ENTERPRISE, NOWOTNY'S NOIZE,
Ingo Nowotny, Usingen (die letzten beiden sind Labels der Stammfirma)

MANFRED ROUHS TONTRÄGERPRODUKTION/EUROPA VORN,
Manfred Rouhs, Köln
(Label, Vertrieb, Zeitung)

DONNER VERSAND,
Lüdenscheid, (Versand)

WALZWERK-RECORDS,
Brüder Florian + Matt Walz, Braunsbach-Winterberg, (»unpolitisches« Label, Versand)

DIM-RECORDS, »Moloko Plus«
Ulrich Großmann, Coburg, Torsten Ritzki, Heiligenhaus (nur Zine) (»unpolitisches« Label, Zine)





Torsten Lemmer, Derendorfer Str. 94, Düsseldorf (Ex-»Störkraft«-Manager, Geschäftsführer der »Creative Zeiten GmbH«, welche die »Moderen Zeiten« herausgibt) und Martina Janssen, Zähringer Str. 8, Freiburg (Herausgeberin des inzwischen eingestellten Zines »Schlachtruf«, hat deswegen demnächst einen Prozeß wegen), beide verstehen es gut, mit Hilfe der Musik Propaganda zu machen

Prozeß gegen »Tonstörung«

Ende November fand in Mannheim der Prozeß gegen diese Naziband statt. Im Vorfeld hat die Antifa-Info-Gruppe Mannheim eine umfangreiche Dokumentation erstellt. Inhalt: die Geschichte der Band, Text- und Coverbeispiele, Interview mit der Band (natürlich übernommen aus einem Nazi-Zine und nicht selber gemacht), das Musikprojekt »AUFRUHR« von Sänger Thomas MUNCKE u.v.a.m. Leider wissen wir jetzt nicht, ob diese Doku (ein Teil der Doku ist in den Antifaschistischen Nachrichten Nr. 24 vom 19.11.93 abgedruckt) noch erhältlich ist, auf alle Fälle erfahrt Ihr Infos zu dem Prozeß und sicher auch zu der Doku über das Antifa-Infotelefon Mannheim: 0621/21705.

Internationale Verbindungen

Darauf möchten wir an dieser Stelle nur sehr kurz eingehen. Es gibt hervorragende Kontakte mit Bands/Zines/Boneheads aus dem westeuropäischen und nordamerikanischen Raum, aber auch nach Japan. Besonders letztere werden nicht immer von der ganzen Szene mitgetragen, genau wie Kontakte nach Ost-Europa noch umstritten sind. Es findet ein regelmäßiger Austausch der Machwerke statt. Innerhalb des deutschsprachigen Raumes gibt es auch in dieser Szene keine Grenzen mehr. Feste Verbindungen/Organisierung gibt es über das Blood&Honour-Netzwerk.

Repression

Im Rahmen der Verbotswelle der letzten Zeit wurden eine Menge Zines und Platten von der zuständigen »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften« indiziert. Bei den Zines wurden in mehreren Fällen sogenannte Vorausindizierungen getätigt, sprich, jede neu erscheinende Ausgabe ist unabhängig vom Inhalt sofort auf dem Index. Wenn eine Platte oder ein Zine auf dem Index ist bedeutet das, daß sie nicht mehr über den Versand-Handel angeboten und vertrieben und keine sonstige Werbung dafür gemacht werden darf. Wenn sie im Laden verkauft wird, darf sie nicht sichtbar ausgelegt sein und nur an Personen über 18 Jahre abgegeben werden. Die Sachen können aber weiterhin von Hand zu Hand ganz legal verkauft werden (z.B. bei Konzerten, Feten), was neben den eigenen Versänden eine weitere wichtige Vertriebsmöglichkeit darstellt. Bei der Musik kommt noch ein ganz anderes Kuriosum dazu: Gibt eine Band eine Platte heraus, erscheint sie heute fast immer als LP und als CD, teilweise noch als Kassette. Diese verschiedenen Tonträgerarten müssen alle einzeln indiziert werden. Nun ist es in mehreren Fällen so, daß z.B. die LP einer Band indiziert ist, die CD mit dem gleichen Inhalt aber nicht. Sie kann weiterhin völlig uneingeschränkt vertrieben werden, solange sie nicht extra indiziert wird.

Neben den Indizierungen gab es mehrere Verfahren gegen Bands oder Zines u.a. wegen »Volksverhetzung« und »Aufstachelung zum Rassenhass«, z.B. gegen RADIKAHL, Jörg PETRITSCH (Störkraft), KRAFTSCHLAG, TONSTÖRUNG. Sie endeten in den meisten Fällen mit Geld- oder Bewährungsstrafen.

Diese ganzen Maßnahmen gegen einzelne Musikprojekte täuschen eine große Aktivität staatlicher Stellen vor, erzielen aber nur eine geringe Wirkung. Aus eigener Erfahrung ist ja bekannt, daß indizierte Platten erst richtig attraktiv werden und somit einen viel höheren Absatz verzeichnen. Auf diesem Sektor ist somit mit solchen Maßnahmen nicht viel zu gewinnen. Viel mehr besteht aber ein Anliegen darin, von den tatsächlichen Strukturen abzulenken und somit kommt man auch drum herum, gegen diese etwas unternehmen zu müssen.

Diese Repressionsmaßnahmen bewirken in den meisten Fällen, daß die Bands und ZineschreiberInnen Kreide essen, ihre Unschuld beteuern und sich pauschal distanzieren, in wenigen Fällen lösen sie sich auf. Die neue Platte von Störkraft trägt z.B. den Titel: »Mordbrenner, ihr gehört nicht zu uns«. In mehreren Fällen wurden Plattencover von dem Label Rock-O-Rama freiwillig selbst zensiert (natürlich ohne es mit der Band abzusprechen) oder Zine-MacherInnen zensierten Aussagen von Bands in Interviews mit Hilfe eines schwarzen Balkens so, daß alle wußten, was gemeint war, eine Repressionsmaßnahme für das Zine oder die Band aber nicht möglich war.

Eine besondere Maßnahme ist gegen Rock-O-Rama gelaufen. Die GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und Vervielfältigungrechte), bei der für alle erscheinenden Platten eine entsprechende Gebühr bezahlt werden muß, hat ein BRD-weites Produktionsverbot für ROR erlassen. Grund für diese Maßnahme ist nicht etwa deren rechtsradikale Gesinnung, sondern einfach die Tatsache, daß Herr E. Gold zu viel Geld verdienen wollte und deswegen die Abgaben an die GEMA gespart hat. Da es aber genügend Preßwerke außerhalb der BRD gibt, wird diese Maßnahme sicher keine allzu entscheidende Wirkung haben. Außerdem sind Preßwerke in Osteuropa sowieso sehr viel billiger, somit läßt sich dann noch mehr Geld verdienen. ■



Kurzmeldungen und Berichte aus der Fascho-Szene

Kommunalwahlen in Brandenburg

Die »Deutsche Liga für Volk und Heimat« geht auf Stimmenfang

Die DL schaffte es gerade einmal, in Guben und Cottbus Kandidaten für die Wahlen am 5. Dezember aufzustellen. Dieses magere Ergebnis hat sie ihrem Berlin-Brandenburger Vorsitzenden der Deutschen Liga (DL) und der Wählergemeinschaft »Die Nationalen« Frank SCHWERDT aus Berlin-Heiligensee zu verdanken. Der ehemalige CDU- und REP-Mann Schwerdt versteht sich als »Talentesucher« und seine Talente findet er vornehmlich im Kreis der jugendlichen organisierten NS-Szene. Nach häufigen Reisen nach Cottbus warb er den ehemaligen Vorsitzenden der verbotenen DEUTSCHEN ALTERNATIVE Frank HÜBNER für die offene Liste der DL. Der Bundesvorsitzende der DL, Harald NEUBAUER, suspendierte Schwerdt Anfang November von der Funktion des DL-Landesvorsitzenden und betraute dessen persönlichen Gegner Peter GILIAN kommissarisch mit dem Amt.

Der Grund für die Suspendierung Frank Schwerdts ist in der Kandidatur des Vorsitzenden der verbotenen Deutschen Alternative, Frank Hübner aus Cottbus, auf der Offenen Liste der Deutsche Liga zu sehen. Er ist die angegebene »Vertrauensperson« Hübners. Dieser kandidiert für das Amt des Oberbürgermeisters und zusammen mit dem Azubi Matthias WEIß im Wahlkreis 4, Sachsendorf, für das Cottbuser Stadtparlament. Der Wahlkampf Hübners für die Deutsche Liga läuft zeitgleich mit der Propaganda (siehe Art. »Rechtskampf«) gegen die Parteiverbote, die vor einem Jahr gegen die DA, die Nationalistische Front und die Nationale Offensive ausgesprochen worden sind. Cottbus ist in diesen Tagen mit dem Propagandamaterial zugepflastert. Zu vermuten ist, daß die Suspendierung Schwerdts ein kleines Öffentlichkeitsarbeitsmanöver ist, um die »national-konservativen« Kreise in der DL nicht gänzlich zu vergraulen. Schwerdt rief jedenfalls in seiner Funktion als DL-Landesvorsitzender Berlin-Brandenburgs zur Wahlkampfveranstaltung Frank Hübners am 24.11. in Cottbus auf, wo auch der stellv. Landesvorsitzender Richard MIOSGA aus Berlin reden sollte. Die DL unterhält schon seit zwei Jahren im Cottbuser Vorort Peitz einen Ortsverband, dessen Existenz jedoch dem Bundesvorstand angeblich unbekannt ist. In Peitz fand im August eine DL-Versammlung statt. Daran nahmen auch drei Mitglieder der DIREKTEN AKTION MITTELDEUTSCHLAND teil, wie ihrem internen Rundschreiben, »In Aktion«, zu entnehmen ist.

In Guben tritt der Vertreter einer Arzneimittelfirma, Dipl. Ing. Dieter GRAMKE, für die DL zu den Kreistagswahlen an. Die Gubener und Peitzer sind quasi die einzig funktionierenden Gruppen der »Sammlungspartei« in Brandenburg. Im Frühjahr dieses Jahres nahmen etwa 50 TeilnehmerInnen an der Gründungsversammlung des Lausitzer Kreisverbandes in Guben teil. Der Kreisbeauftragte Hans BAHLKE leitete die Versammlung, tritt jedoch nicht zu den Komunalwahlen an. Zur Unterstützung war auch die Berliner Riege der Liga angerückt, unter ihnen natürlich Frank Schwerdt und der ehemalige DSU-Mann Bernd WITTE.

Ein Vermessungsingenieur als »Talentesucher«

Der 49-jährige Vermessungsingenieur Schwerdt sieht seine Funktion darin, überall verschiedene Flügel der NS-Szene unter einem Dach zu vereinigen. Dazu reist er durch die ostelbischen Lande und sammelt neue Kader. Zur Sichtung hält er, in seiner Eigenschaft als Mitglied des HOFFMANN VON FALLERSLEBEN BILDUNGSWERKES (Berlin), Schulungen für junge Nazis ab, die zwar schon Terror ausüben können, denen jedoch die dazugehörige Portion Ideologie fehlt. Nach seinen Angaben lernt er dort die *»jungen Leute«* kennen und bemüht sich darum, *»Führungskräfte«* herauszufiltern. Schwerdt hat dabei keine Berührungsängste wie sein Bundesvorsitzender Harald Neubauer. Überschwenglich feiert er sich selbst als »Talentesucher« und diese findet er nicht nur bei der verbotenen DA,

sondern auch bei der derzeit stärksten brandenburgischen NS-Gruppe, der Direkten Aktion Mitteldeutschland. Diese Organisation betreibt die verbotene Struktur der NATIONALISTISCHEN FRONT unter neuem Namen weiter und ist durch ihren beispiellosen Terror in der Stadt Schwedt bekanntgeworden. Bei deren Nauener Ortsgruppe hielt er eine Schulung über Kommunalpolitik ab, ansonsten beziehen sich die Kurzschulungen auf Themen wie »nationaler Sozialismus«, »Rassismus«, um Rüstzeug zu vermitteln, wie sich diese Ideologien schon einmal »durchgesetzt« haben. Zu seinem Repertoire gehören auch Themen wie Rhetorik, worin er die Nazis in Wittenberg (Brandenburg) unterrichtete.

Als Anfang November der FREUNDESKREIS REVOLUTIONÄRER VOLKSSOZIALISTEN in Berlin-Marzahn zu einer »Gedenkkundgebung für Rene Gruber« aufrief, unterstützte natürlich auch Schwerdt diesen Aufmarschversuch. Es blieb bei einem Versuch, da auf dem angemeldeten Platz eine Antifa-Kundgebung stattfand und der Nazi-Aufmarsch, nachdem er in der Presse öffentlich gemacht wurde, verboten werden mußte. (siehe Kurzmeldung in diesem Heft).

Neuer kommissarischer Landsvorsitzender der DL ist, auf Anweisung des Bundesvorstands, Peter Gilian aus Kähnsdorf bei Seddin. Gilian betrieb für die NATIONALEN/DEUTSCHE LIGA BRANDENBURG die Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren für Ausländerstop. Der Rentner Gilian arbeitet nebenberuflich bei der Fa. Erxleben aus Potsdam als Bauleiter. Er gibt sich als Wohltäter und Tierfreund. Auf seinem Seegrundstück, Am Seeberg, hält er fünf Pferde, die er vorm Schlachter gerettet hat und bietet Therapien für behinderte Kinder an.

In der Deutschen Liga kracht es an allen Ecken und Enden. Der offene Kurs auf die NS-Organisationen, für den u.a. Frank Schwerdt steht, wird von dem »gemäßigteren« Flügel der Partei nicht mitgetragen und zahlreiche Austritte in Westdeutschland sind die Folge. Die DL ist mit dem Austritt Hans ALTERMANNs und Peter NENNSTIELs nicht mehr in der Bremer Bürgerschaft vertreten. Obwohl sie schon längst die Partei verlassen hatten, standen sie als Redner auf dem Programm des 2.Bundesparteitages der DL. Am 2.Oktober sollte dieser im brandenburgischen Kolkwitz, bei Cottbus, stattfinden. »Aufgrund zu erwartender antifaschistischer Proteste und Ausschreitungen« wurde er verboten und in kleinerem Rahmen in Westdeutschland abgehalten. ■

Frank Schwert bei den Gubener »Kameraden« zu Besuch



Wehrsport von Bundeswehrsoldaten geleitet

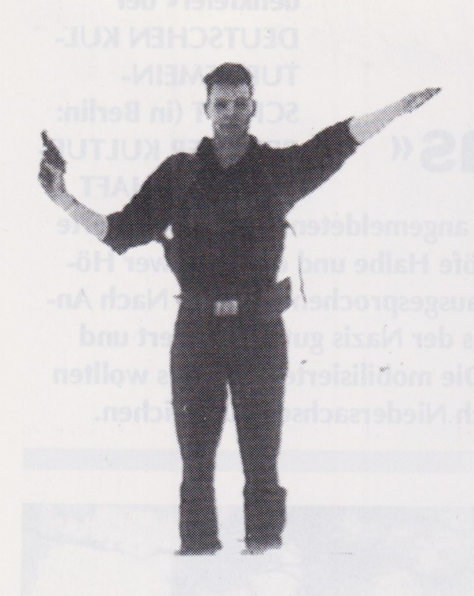
Als sich am Sonntag, dem 31.10.93, fünf junge Männer in Tarnkleidung zu einer Wehrsportübung in der Nähe des Campingplatzes in Tiefensee (Kreis Bad Freienwalde) aufmachten, waren sie noch guten Mutes. Während sie ihre Sachen zusammenpackten, ertönten aus dem Kassettenrecorder ihres Berliner Pkws Lieder des Nazi-Barden Frank RENNICKE. Doch sie wurden von engagierten BürgerInnen beobachtet und daraufhin zur Rede gestellt. Über das selbstbewußte Auftreten der AntifaschistInnen waren die jungen Männer dermaßen überrascht, daß sie bereitwillig Auskunft gaben.

Der Zeltplatz der Gemeinde Tiefensee ist idyllisch an See und Waldrand in der hügeligen brandenburgisches Landschaft gelegen. Zu DDR-Zeiten war der Campingplatz bevorzugtes Ziel von Jungnazis. Diese grölten und soffen hier, hielten aber auch Wehrsportübungen ab. Auf dem Country-Campingplatz Tiefensee ist es heute ruhiger geworden. Sein Motto ist »Gott schütze uns vor Sturm und Wind und Campern, die keine Camper sind«. Manchmal mußte allerdings die Polizei gerufen werden, da sich Nazis besonders an Pfingsten dort einmieteten und auf ihre Art und Weise feierten. Die Gemeinde Tiefensee hatte kein Interesse, Ferienort brauner Horden zu bleiben und so wurden an Pfingsten 1992 200 Teilnehmer eines FAP-Lagers in der Gemeinde Tiefensee von der angeforderten Polizei des Feldes verwiesen.

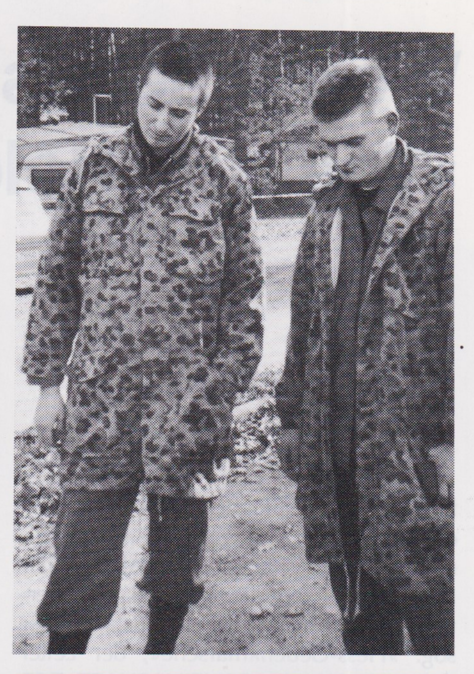
Die Nazis, die heutzutage den Campingplatz besuchen, verhalten sich wesentlich ruhiger als zuvor, um von dort aus in die hügeligen Wälder aufzubrechen, die nicht nur zum Spazierengehen ein hervorragendes Gelände sind. So auch die bereits erwähnten jungen Männer und Jugendlichen aus Berlin, die sich schon in ihre Tarnkleidung geschmissen hatten und gerade vom Campingplatz in die Wälder aufbrechen wollten. Angesprochen durch fünf Antifas gedachten sie, eventuellem Ärger durch billige Ausflüchte am Besten entgehen zu können. Sie gaben sich als Bundeswehrsoldaten auf einer Wanderung aus. Im Laufe des Gespräches stellte sich bald heraus, daß sich zwei Wahlkandidaten der verbotenen Nationalistischen Front unter ihnen befanden.

Marco LÖWE (20) aus Berlin-Hohenschönhausen war 1992 Spitzenkandidat der NF in seinem Bezirk und Leiter der Gruppe. Er wollte den Kameraden seine Erkenntnisse aus der Bundeswehrausbildung vermitteln, die er zur Zeit absolviert. Zu diesem Zweck trug er ein Merkbüchlein mit sich, in dem sowohl Waffengattungen als auch Verhaltensmaßregeln der

Marko Löwe, 1990 auf einer FAP-Fahrt (links) und 1993 als Bundeswehrrekrut beim Wehrsport (Mitte). 1992 kandidierte er für die NF. Auf dem rechten Bild ist H.Beerbaum zu sehen, links von ihm ein weiterer wehrwilliger Deutscher.







Bundeswehr niedergeschrieben waren. Den Abschluß des Heftes zierte ein »Gedicht«, das der niederen Poesie der deutschen Nazi-Szene zuzuordnen ist: »*Sah ein Knab' 'nen Juden stehn, konnt' er nicht vorbeidran gehn, trat ihm in die Eier rein, wird dem Jud' ne Lehre sein*«.

Vertrauensvoll gab er den Antifas zu verstehen, daß zwar nicht er, jedoch seine vier Begleiter nach wie vor in Nazi-Organisationen aktiv seien. Unter ihnen war mit dem 21-jährigen Uwe MESSNER ein weiter NF-Kandidat aus Hohenschönhausen. Die anderen drei waren Holger Reiko BEERBAUM (21), der Azubi Martin Stefan RICHTER und der 16-jährige Rainer Gerd STEINHÖVEL. Marco Löwe demonstrierte seine Vorliebe für Waffen schon 1990 auf einer Fahrt der Berliner FAP-Gruppe zu einer sog. »Wintersonnenwendfeier«. Für das Videoteam der Partei posierte er mit Hitler-Gruß, in der linken Hand eine Pistole.

Die Anleitung von Kameraden durch aktive Bundeswehrsoldaten ist sicherlich kein Einzelfall. Momentan leisten viele NS-Kader ihren Wehrdienst ab. Aus Berlin sind beispielsweise der 22-jährige Anführer der örtlichen NF-Gruppe, Enno GEHRMANN und der ehemalige Pressesprecher der NATIONALEN ALTERNATIVE Andre RIECHERT, zur Zeit beim Bund. Die Nazis sind, im Gegensatz zu fortschrittlichen Jugendlichen, diejenigen, die ausgesprochen gerne die militärische Ausbildung absolvieren. Da die Bundeswehr jeden organisierten Nazis in ihre Reihen nimmt, braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn das angelernte Wissen an die NS-Gruppen weitergegeben wird. ■

Auszüge aus dem Merkbuch des Bundeswehrsoldaten Marco Löwe:

Gewehr G3 ist eine autom. Handwaffe mit Rückstoßlader und Magazin (Einzel-, Dauerfeuer)
Techn. Daten:
- Kaliber 7,62 mal 51
- 20 Patronen im Magazin
- größte Schußweite 3.700 m
- 300 m Kampfentfernung
- 600 m mit Zt.
- 600 Schuß theroretisch pro Minute
- Vo 780 – 800 m/s
- Grobvisier und Lochkimme 200, 300, 400

Baugruppen:
- Rohr mit Gehäuse und Anbauteile
- Verschluß
- Griffstück mit Abzugseinrichtung und Sicherung
- Bodenstück mit Schulterstütze
- Handschuhe
- Magazin

Gewicht 5,22 kg

Die Handgranate

Allgemeine Angaben und Handhabung ... sind ein wichtiges Mittel für den Nahkampf
Wurfweite und Treffaussicht hängen ab von:
- Wurftechnik, Kraft, Geschicklichkeit des werfenden Soldaten. Gefechtshandgranaten sind gelb oliv gestrichen, Übungshandgranaten sind blau. Übungshandgranaten werden nicht wurffertig geliefert. Gefechtshandgranaten wurffertig geliefert. usw...

Sicherheitsbelehrung:

1) offen, aber nicht vertrauensselig sein!
2) Maß halten!
3) Verschwiegen sein!
4) Auf anvertrautes Gut achten!
5) Hellhörig und kritisch sein!
6) Ordnung halten!
7) Verstöße und jeglichen Verdacht melden!
8) Nicht voreilig sein, umsichtig handeln!
9) Eigene Fehler melden!
10) Nachrichtendienstliche Verstrickung melden und offenbaren!

Eberswalde

Nachdem Aktivitäten organisierter Nazis in Eberswalde/Brandenburg mit der Inhaftierung einiger führender Nazis zum Erliegen gekommen waren, treten die Nationalistische Front (NF) und die HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE GEFANGENE... (HNG) wieder in Erscheinung, mit auswärtiger Unterstützung versteht sich. Vermehrt wurden PKWs mit Uelzener Kennzeichen (Niedersachsen) beobachtet.

Einmal kam es am 9.November zu einer hektischen Flugblatt-Wurfsendung aus einem fahrenden PKW, als Propagandamaterial oben genannter Organisationen abgeworfen wurde. Andere Male sind PKWs mit Uelzener Kennzichen beim Bespitzeln, Verfolgen und Beschießen von Eberswalder Antifaschisten aufgetaucht. Mit Luftdruckpistolen wurde auf Antifas in der Straßenbahn geschossen. Zwei Wochen vor dem geplanten Parteitag der Republikaner in Tiefensee begann bei der Wohnung des Anmelders der Gegenkundgebung eine Observation, ebenfalls beteiligt ein PKW mit Uelzener Kennzeichen. Eberswalder Antifas gehen davon aus, daß es sich um Nazis handelte, weil die beteiligen PKWs nach ihrer Entdekkung hektisch das Weite suchten.

In Uelzen gibt es eine besonders brutale NF-Gruppe (siehe Info 24), die sich dort schon durch systematischen Terror an Antifas hervorgetan hat. ■

Halbe:

Wenig heldisches am »Tag des Heldengedenkens«

Statt der großspurig angekündigten 8.000 TeilnehmerInnen machten sich gerade mal 500 Nazis auf den Weg zur zentralen »Heldengedenkfeier« der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT (in Berlin: BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN) am 14.11.1993. Für die angemeldeten Kundgebungsorte in Brandenburg, die Soldatenfriedhöfe Halbe und die Seelower Höhen, waren Veranstaltungsverbote ausgesprochen worden. Nach Angaben der Polizei waren die Konvois der Nazis gut organisiert und über mobile Telefone koordiniert. Die mobilisierten Faschos wollten zu einer zentralen Kundgebung nach Niedersachsen ausweichen.

Im nachhinein sprachen die Innenbehörden zum ersten Mal von einer gut koordinierten und vorbereiteten Aktion der Nazis. Eine zentrale Rolle darin übernahm der alljährliche Veranstalter der sog. »Hess-Gedenkmärsche«, der Leiter der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF), Christian WORCH. Er verschickte am 12. Oktober einen Rundbrief über Telefax, in dem er Anweisungen an die Gefolgschaft weiter gab: »Jeder Konvoi mindestens ein Funktelefon, Mobilfunkgeräte einsatzbereit halten, vor Ort Handfunkgeräte«. Dazu wurden noch eine Reihe von (zumeist sexistischen) Codenamen für Polizeisperren ausgegeben. Dieselben Kommunikationsformen waren schon bei den erwähnten »Hess-Märschen« erprobt worden, doch damals interessierte sich die Polizei noch nicht dafür und ließ die Aufmärsche, wie zuletzt in Fulda, stattfinden.

Völlig ungewohnt mußte für die Nazis der Umstand gewesen sein, daß sogar die Polizei sie behinderte. Dummdeutsch fuhren sie Konvoiweise in die Kontrollposten, der über 10.000 eingesetzten BeamtInnen.

Die Leitung hatte die Nazis über Funk nach Niedersachsen bestellt. Das Niederlegen von ein paar Kränzen durch ca. 100 TeilnehmerInnen war der einzige Erfolg, auf den die Organisatoren verweisen konnten. Dort hatte sich das übliche Spektrum von einigen Wehrmachtsangehörigen, Waffen-SS'lern, NPD, JN, FAP und ein Republikaner-Mitglied versammelt. 77 von Ihnen wurden danach kontrolliert, 20 weitere in Aligse festgesetzt und auf dem Soldatenfriedhof von Essel trafen 50 Mitglieder der WIKING JUGEND ein.

In Brandenburg waren erwartungsgemäß verstärkt Mitglieder der DEUTSCHEN ALTERNATIVE und der NF-Nachfolgeorganisation DIREKTE AKTION MITTELDEUTSCHLAND unterwegs. Auch



Kein Großaufmarsch am Volkstrauertag: Szenen wie die hier abgebildete aus dem Jahr 1991 blieben uns dieses Jahr erspart

in ihrer Hochburg Schwedt/Oder war ein Gedächtnismarsch für den Alt-Nazi Otto SKORZENY angemeldet, doch daraus wurde auf Grund massiver Polizeipräsenz nichts. In Nordrhein-Westfalen fuhren 56 Mitglieder der FAP und der NATIONALEN LISTE in eine Polizeisperre und wurden festgenommen. Teilweise wurden danach Hausdurchsuchungen bei den Festgenommenen durchgeführt und umfangreiches Beweismaterial sowie Waffen beschlagnahmt.

Nach dem Skandal des unbehelligten Nazi-Aufmarsches von Fulda, der vor allem im Ausland viel negative Beachtung fand, waren die Sicherheitsbehörden diesmal bemüht, sich in einem besseren Licht zu präsentieren. Gerade im Ausland ist die schützende Funktion der deutschen Regierung für die Nazi-Organisation und die augenscheinliche Billigung ihrer Gewalttaten erkannt worden. Ein Nazi-Aufmarsch, zeitgleich mit der Eröffnung der zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik, der Neuen Wache in Berlin, wo Opfer mit den Tätern gleichgesetzt werden, hätte international gar nicht gut ausgesehen. Der diesmal offiziell festgestellte Organisationsgrad der Nazi-Szene war seit Jahren Inhalt vieler Artikel von Zeitungen der Antifa-Bewegung, unter anderem über die Veranstalterin die Deutsche Kulturgemeinschaft. Noch im Juni dieses Jahres sorgten die thüringischen Behörden für einen reibungslosen Ablauf des Jahrestreffens in Saalfeld. (siehe Artikel). ■



André Schmidt (rechts) hat am Kopf »Oi!« tätowiert. Links: Marcel Schilf

Stadt Brandenburg:

Brandenburg an der Havel – eine beschauliche Stadt mit ca. 50.000 EinwohnerInnen, historischem Stadtkern und Plattenbaughettos am Stadtrand. Schlagzeilen macht die Neonaziszene in Brandenburg selten, doch der Schein von Verschlafenheit und Ruhe trügt.

Der Schein von Ruhe trügt...

Vor 1989 waren die meisten der heutigen Nazis in Brandenburg unorganisierte Heavies oder Hools.

Im November 1989 fand allerdings in Brandenburg die Gründungsversammlung der, inzwischen als Nachfolgeorganisation der NF immer öfter auftauchenden, »Direkten Aktion/Mitteldeutschland (JF)« statt. Zum Vorsitzenden wurde Ernst von AMHOFF gewählt, sein Stellvertreter wurde Klaus-Dieter LÜCK, Toralf DEGENHARDT erhielt den Posten des Schatzmeisters. Während die »Direkte Aktion« in Brandenburg in den folgenden Jahren erst einmal nicht an die Öffentlichkeit trat, bildeten sich, wie in vielen anderen Städten der Ex-DDR auch, ab 1990 die ersten festeren Gruppen von Straßenskins in Brandenburg. Zur gleichen Zeit wurden in Brandenburg Ortsgruppen der REPs und DVU gegründet, deren Mitglieder sich hauptsächlich aus der Altersgruppe der 20-30jährigen rekrutierten und regelmäßig öffentlich auftraten, u.a. durch Infostände, Flugblattverteilen etc.

Ende 1991/Anfang 1992 beschloß dann die Stadt Brandenburg, die wachsende Zahl von rechten Jugendlichen und organisierten Neonazis könne ja nicht so einfach sich selbst und der Straße überlassen bleiben. Die Stadt stellte in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt den Naziskins ein – wenn auch renovierungsbedürftiges –Jugendzentrum mitsamt Sozialarbeiter zur Verfügung. Die Idee des Jugendamtes war gewesen, die rechte Szene über das Jugendzentrum und den Sozialarbeiter unter Kontrolle zu halten, die Praxis sah entschieden anders aus: Zum einen soll der städtische Sozialarbeiter, Jan HÖNIKKE, schon DDR-Zeiten aktiver Neonazi gewesen sein. Offenbar verwechselte er Sozialarbeit mit der Möglichkeit, aktive Unterstützung und Organisierungshilfe für die Naziszene in Brandenburg zu leisten: Er organisierte 1991 und 1992 zusammen mit dem Brandenburger Zuhälter MUTHZ zwei große Faschokonzerte: Ein Konzert fand 1991 im Jugendclub Philip-Müller mit 400 Skins und Neonazis statt; 1992 folgte ein Open-Air Konzert auf der Marienburg mit 800 BesucherInnen; das Open-Air Konzert 1993, u.a. mit Störkraft, sowie engl. und italienischen Faschobands wurde vom Land Brandenburg kurzfristig verboten. Auch sonst war Hönicke sehr um die Freizeitgestaltung »seiner« Sozialarbeitsobjekte besorgt – wie sonst läßt es sich erklären, daß er bei Wehrsportübungen in Brandenburg-Kirchmöser und bei einem Faschoüberfall auf Punks gesehen wurde, oder daß bei einer Hausdurchsuchung 1992 bei ihm jede Menge rechtes Propagandamaterial gefunden wurde?

Außerdem bot das rechte Jugendzentrum »Am Wiesenweg« den Kadern der Brandenburger Neonaziszene – u.a. Patrick CUHRTS, Michael BARSCH, Marcel SCHILF (dänischer Staatsbürger mit deutscher Großmutter, NSDAP/AO-Kader), SCHORRAT und Andre SCHMIDT – das ideale Rekrutierungsumfeld. Die Szene wurde ziemlich schnell größer – mit einem harten Kern von ca. 30 Nazis und einem Umfeld von ca. 60 Naziskins aus Brandenburg und Umgebung. Brandenburger Skins waren allerdings nicht nur in der Stadt selber aktiv, sondern hatten und haben enge Kontakte zu organisierten Nazis in Potsdam, Rathenow, Belzig, Premnitz und Tangermünde. Zum Teil entstanden diese Kontakte in Knästen wie in der JVA Luckau, gemeinsame Wehrsportübungen auf ehemaligen NVA- und GUS-Kasernengeländen oder durch gemeinsame »Geschäftsinteressen«, d.h. Prostitution, Autoschiebereien, Drogen- und Waffenhandel. Im Herbst 1992 eskalierte der Faschoterror in Brandenburg – Wohnungen von bekannten Antifas wurden verwüstet, linke Jugendliche auf der Straße zusammengeschlagen, KKK-Aufkleber tauchten auf. Doch auch die antifaschistische Gegenwehr begann sich zu organisieren, z.B. durch einen antifaschistischen Angriff auf das Jugendzentrum Am Wiesenweg am 20.11.1992. Im Anschluß an den Angriff fuhren dann mindesten drei der Nazikader – Patrick Cuhrts(19), Michael Barsch(21) und Alexander MENZ – durch die Stadt, um alle, die auch nur links angehaucht aussahen, »plattzumachen«. Die restlichen 60 Nazis zogen vor die linke Disinfected-Disco, ihre Angriffspläne scheiterten allerdings ziemlich kläglich. Cuhrts, Barsch und Menz hatten in der Zwischenzeit ein Opfer gefunden, dem Cuhrts ein Messer in den Rücken stach, während Barsch und Menz die Begleiterin des Mannes bedrohten. Es war reiner Zufall, daß der Mann diesen Angriff überlebte. Vier Tage später zogen Cuhrts und Barsch wieder los – diesmal auf der Suche nach Jacken und Geld.

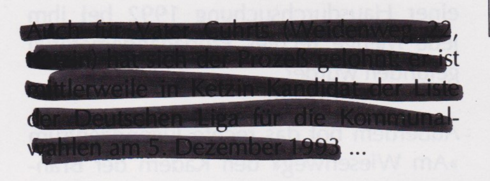
Einen Monat später wurde gegen Cuhrts Haftbefehl wegen des Messerstichs erlassen, Barsch wurde mitangeklagt, blieb aber draußen (was u.a. sicher an der Tatsache liegt, daß seine Mutter eine bekannte Rechtsanwältin in Brandenburg ist). Menz sowie ca. 10 andere Nazis erhielten Vorladungen von der Polizei und Staatsanwaltschaft. Die Naziszene be-

gann, aufgrund von Aussagen, gegenseitigen Belastungen etc., Spaltungstendenzen und Verfallserscheinungen zu zeigen, zumal im Dezember 1992 einige das Jugendzentrum Am Wiesenweg von »Unbekannten« mit Hilfe eines Brandsatzes geschlossen wurde. Jan Hönicke kündigte seinen Sozialarbeiterjob und versucht sich jetzt als Imbißverkäufer und Klamottenladenbetreiber.

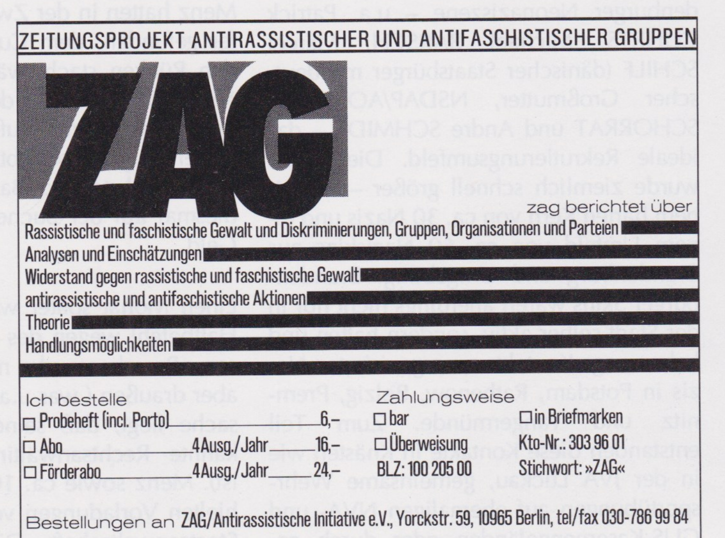
Daß Nazis durch den Knast keineswegs in reumütige Sozialfälle verwandelt werden, zeigte sich auch bei Cuhrts. Zum einen wurde er während seiner U-Haft von der HNG (Hilfsgemeinschaft Nationale Gefangene) und seinen stramm rechten Eltern betreut; zum anderen organisierte er zusammen mit anderen Nazis im März 1993 den Knastaufstand in der JVA Luckau und schien sich auch ansonsten nicht gerade zu langweilen – immerhin werden mindestens 8 weitere Gefangene in der JVA Luckau von der HNG betreut. Die HNG sorgte schließlich auch dafür, daß der Berliner Nazianwalt und Deutsche Liga-Mitglied Carsten PAGEL als Anwalt für Cuhrts engagiert wurde. Cuhrts bedankte sich per Brief an Ursula Müller, in dem er gleichzeitig stolz auf seine Mitgliedschaft bei der NF und die Unterstützung durch seinen »national gesinnten« Vater Fritz Cuhrts verwies. Darüber hinaus versuchte Cuhrts auch noch, sich aus dem Knast dem Verfassungsschutz als Informant anzudienen – offensichtlich mit Wissen seiner »Kameraden«.

Der Prozeß gegen Cuhrts und Barsch wegen versuchten Totschlags, der dann schlußendlich im August/September 1993 vor dem Potsdamer Landgericht stattfand, entwickelte sich innerhalb weniger Prozeßtage zur Farce. Die HauptdarstellerInnen: ein stummer Staatsanwalt, eine Richterin, die auch dann nicht von einer »rechten Gesinnung« der Angeklagten überzeugt schien, als Barsch mit einem »No Remorse« T-Shirt auf der Anklagebank Platz nahm und Cuhrts Brief an die HNG vorgelesen wurde; Nazianwalt Pagel, dessen Entlastungszeugen sich ungestört in Widersprüche verstricken durften ... Strategie von Pagel, Cuhrts und Barsch war es, den dritten Nazi der Nacht – den Wehrsportler Alexander Menz – zu belasten. So war dann das Urteil auch keine Überraschung mehr: Jeweils 6 Monate auf Bewährung, denn einen eindeutigen Tatnachweis hätte es nicht gegeben. Für Cuhrts ist es schon die zweite Bewährungsstrafe, da er im April 1991 einen vietnamesischen Vertragsarbeiter in der Straßenbahn zusammengeschlagen hatte. Cuhrts wurde direkt nach Prozeßende aus der U-Haft entlassen.

Mittlerweile führen Cuhrts und Barsch ihren Nazialltag ungestört weiter. Beide wurden in den letzten 4 Monaten mindestens einmal festgenommen: Barsch, nachdem er mit einem Baseballschläger vor einer Disco randalierte; Cuhrts, als er zusammen mit Andre Schmidt auf dem Weg zur Antifa-Demonstration in Brandenburg am 13. November war. Offenbar nutzt insbesondere Cuhrts seine neugewonnene Freiheit, um Nachwuchs auszubilden und die zerstreuten Nazikleingrüppchen wieder zusammenzubringen: Sein Freund Andre Schmidt, der im April 1993 zusammen mit Schorrat und u.a. Brandenburger Nazis wegen schwerer Körperverletzung und Landfriedensbruch vor Gericht stand, ist inzwischen zum FMJ-Kader aufgestiegen und erhält öfters Besuch aus Luckenwalde und Belzig, aber auch aus westdeutschen Städten. In den letzten Monaten wurden mehrfach bei bekannten Antifas und Linken FMJ- und NSDAP/AO Aufkleber an den Haustüren geklebt, Namen von Antifas werden an die bundesweiten Anti-Antifa-Strukturen weitergegeben. In den umliegenden Kleinstädten und Dörfern überfallen Nazis aus Brandenburg und Rathenow die Landdiscos.


~~Auch für Vater Cuhrts (Weidenweg 22, Ketzin) hat sich der Prozeß gelohnt: er ist mittlerweile in Ketzin Kandidat der Liste der »Deutschen Liga für die Kommunalwahlen am 5. Dezember 1993 ...~~

Aber auch die Antifas in Brandenburg sind keineswegs in den Winterschlaf abgetaucht: 300 Menschen beteiligten sich am 13. November 1993 an einer antifaschistischen Demonstration gegen »Faschismus und Nationalismus« durch Brandenburg zum Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht. ■



BRD

VDA in Schwierigkeiten

Wie der Spiegel Anfang November '93 berichtete, hat der Haushaltsausschuß des Bundestages einen Mittelstopp über den VEREIN FÜR DAS DEUTSCHTUM IM AUSLAND (VDA – s.Info Nr.24) verhängt. Der Bundesrechnungshof hatte zuvor den VDA wegen dessen Finanzgebahren mehrmals kritisiert. Das Innenministerium hatte den VDA in den letzten Jahren mit den Millionen nur so überhäuft; diese leichtfertige Finanzvergabe wird ebenfalls vom Rechnungshof moniert.

Einen Einfluß auf das Ausreiseverhalten von Rußlanddeutschen scheint das VDA-Geld nicht gehabt zu haben: In den ersten neun Monaten dieses Jahres kamen 138.000 AussiedlerInnen aus den GUS-Staaten. Dies sind 14.000 mehr als im Vorjahr.

Militarisierung der Grenze

Es gibt keine Militarisierung der Außenpolitik, ohne die Gesellschaft auch nach innen zu militarisieren! Dies unterstreichen wieder mal Innenminister Kanther und Verteidigungsminister Rühe mit ihrem Vorschlag, die Bundeswehr zur Unterstützung des Bundesgrenzschutz (BGS) zur Jagd auf AsylbewerberInnen heranzuziehen. Vorerst geht es um 465 Soldaten, die die neuen »Wärmebildgeräte« des BGS bedienen sollen. Probleme mit dem Grundgesetz sollen unterlaufen werden, indem der Bundeswehreinsatz als »Urlaub« oder »Abkommandierung« von Einzelpersonen deklariert wird.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wirft dem Innenministerium vor, daß es vorhabe, aufgegriffene Einwanderer solange in ausgesonderte LKWs »mit Kastenaufbau, Standheizung und Belüftung« einzusperren, bis sie wieder über die Grenze zurücktransportiert werden. Die GdP verwahrt sich gegen diese geplante »historische und politische Instinktlosigkeit«, die vor allem Roma und Sinti trifft. Vor Fertigstellung der KZs hatten die Nazis Massenmord an Roma und Sinti in LKWs begonnen.

»Solidaritätswoche« der Faschisten gegen Verbote

Vom 4. bis 11. Dezember rufen Faschisten zu einer »Solidaritätswoche« gegen die Parteienverbote und das Reichskriegsflaggenverbot auf. In der ganzen BRD soll auf Veranstaltungen, Kundgebungen und internen Treffen über die Verbote der faschistischen Parteien und deren »juristische« Hintergründe informiert werden.

Zu den Aufrufern werden bekannte faschistische Rechtsanwälte gehören, ebenso wie die »Ex«-Mitglieder der verbotenen Organisationen und die diverser anderer faschistischen Parteien. Verboten wurden bisher die Nationalistische Front (NF), Deutsche Alternative (DA), Nationale Offensive (NO), Deutscher Kameradschaftsbund Wilhelmshaven, Nationaler Block, Heimattreue Vereinigung Deutschlands und der Freundeskreis Freiheit für Deutschland.

Aufgerufen wird zu dieser »Solidaritätswoche« in einem neuen Rundschreiben von Michael SWIERCZEK (München/Zasingerstr. 13), dem »RECHTSKAMPF, Informationen zum jeweils aktuellen Stand der Klagen gegen die Parteienverbote«. Wie im Untertitel des Rundschreibens schon herauskommt, ist Ziel und Zweck dieses Schreibens, ein einheitliches Vorgehen gegen die Verbote in den faschistischen Kreisen zu erreichen und die nötigen Informationen dazu zu verbreiten. Juristische Tips zum weiteren Umgang mit der Reichskriegsflagge werden dargestellt und Flugblätter und Plakate für eine Kampange gegen die Verbote können von Interessierten bestellt werden bei Michael Swierczek, Postfach (der Red. bekannt), 81510 München (Anschrift des RECHTSKAMPFS). Zu dieser Kampange ist auch ein »Solidaritätstelefon« eingerichtet worden, das für eventuelle Nachfragen unter der Nummer 0821/438942 zu erreichen ist. Swierczek appelliert für eine »*Solidarität mit den Verfolgten*« in Anlehnung an erfolgreiche Kampangen der Linken. Von diesen soll gelernt werden und Themen wie Berufsverbote, Hausdurchsuchungen und Repression im allgemeinen aufgegriffen werden.

Jürgen RIEGER, Mitglied des DEUTSCHEN RECHTSBÜRO, vertritt im Moment die Klage der NF, DA und NO vor dem Europäischen Gerichtshof auf Wiederzulassung der Parteien und ebenso den FREUNDESKREIS FREIHEIT FÜR DEUTSCHLAND. Swierczek, Chef der Nationalen Offensive, hat nach dessen Verbot ein neues Betätigungsfeld gefunden. Der RECHTSKAMPF soll neue Organisationsformen heranbilden und dazu beitragen, den organisatorischen Zusammenhalt der verbotenen Gruppierungen zu erhalten.

Aufrufe zu der »Solidaritätswoche« werden auch über die Nachrichten der HILFSGEMEINSCHAFT DER NATIONALPOLITISCHER GEFANGENER (HNG-Nachrichten) verbreitet.

Kiepenheuer & Witsch verlegt ökofaschistischen Sektenprediger

Die »kritische Biographie« über den Erzbischof Kardinal Joachim MEISNER »Erster Diener seiner Heiligkeit«, die der Verlag K&W herausgibt, stammt aus der Feder des Ökofaschisten Hubertus MYNAREK.

Mynarek, der einst für eine NAPOLA-Eliteschule des »Dritten Reiches« vorgeschlagen wurde, dann aber eine Priesterausbildung erhielt, schloß sich Ende der 70er der »DEUTSCHEN UNITARIER RELIGIONSGEMEINSCHAFT« (DUR) an. Vorher war er aus der katholischen Kirche ausgeschlossen worden. Die DUR ist ein religiös verbrämtes Sammelbecken für alte Nazis mit Kontakt zu neofaschistischen Organisationen (z.B. NPD). Sigrid HUNKE ist führendes DUR-Mitglied und Autorin in neurechten Kreisen. Sie wird mittlerweile auch bei Linken gerne gelesen wegen ihrer Veröffentlichungen zum Islam.

Neben der DUR gehörte Mynarek weiteren Sekten an, außerdem der »Bundesarbeitsgemeinschaft Christen in den Grünen«. Er unterzeichnete in den 80ern

neurechte Aufrufe gemeinsam mit offen auftretenden Neonazis und »Nationalrevolutionären«, publizierte gemeinsam mit Werner Georg HAVERBECK und trat in dessen COLLEGIUM HUMANUM in Vlotho auf. Heute hat er eine eigene Sekte unter dem Namen »ÖKOLOGISCHE RELIGION« um sich gesammelt, in der er einen antidemokratischen, scheinreligösen Gottesstaat propagiert.

Mynareks Veröffentlichungen nehmen immer wieder Bezug auf Wilhelm HAUER, den Führer der nationalsozialistischen »Deutschen Glaubensbewegung«. Diese richtete sich gegen ein angeblich »artfremdes Judenchristentum« (ein Gedanke, der uns auch in der »Neuen Rechten« oft begegnet) und propagierte ein antisemitisches, rassistisches »Neuheidentum« auf der Grundlage des »Blut und Boden«-Mythos. In Mynareks Schriften – etwa »Orientierung im Dasein« oder »Ökologische Religion« – werden Hauers Parolen gerechtfertigt und ökologisch »modernisiert«.

Ausgerechnet diesen Ökofaschisten meint K&W verlegen zu müssen.

Quelle und weitere Informationen: BIFFF, PF 410108, 35023 Bonn

Berlin

Mord an Obdachlosem

Am 24.10.93 wurde Hans H. (28) auf dem S-Bahnhof Schöneweide erschlagen. Die Polizei ermittelt noch, vermutet aber »keinen politischen Hintergrund«. Daß dieser Mord etwas damit zu tun haben könnte, daß Hans leicht geistig behindert war, kommt der Polizei nicht in den Sinn. Der Bahnhof ist seit einiger Zeit Treffpunkt einer besonders brutalen Nazi-Clique.

Am 5.11.93 machten einige AntifaschistInnen eine Kundgebung zum Gedenken an Hans H. auf dem Vorplatz des S-Bahnhofes. Die anschließend geplante Mahnwache wurde wegen mehrfacher Bedrohung durch Faschisten abgesagt.

Nazi-Kundgebung verhindert

Der FREUNDESKREIS REVOLUTIONÄRER VOLKSSOZIALISTEN (FRVS) rief für den 16.11. zu einer Gedenkkundgebung für »Rene Grubert« auf. Grubert war Mitglied der REPUBLIKANER und wurde bei einem gewalttätigen Angriff von einem der angegriffenen Jugendlichen in Notwehr erstochen. Der FRVS gibt die Zeitung »STADTREBELL« heraus und betreibt einen Nazi-Versand. Diese Gruppierung arbeitet eng mit der Anti-Antifa Initiative der NATIONALEN LISTE aus Hamburg zusammen und fordert zu Spenden auf deren Konto auf. In ihrer Zeitung veröffentliche der FRVS eine Liste von öffentlich zugänglichen Berliner Antifa-Initiativen, Telefonnummern und Antifa-Cafes. Über den Versand können Materialien der verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT und der Gruppen der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT bestellt werden. Oliver WERNER (19) aus Kreuzberg gilt als einer der Drahtzieher des Freundeskreises und der Anti-Antifa in Berlin. Er war zuvor Mitglied der NATIONALEN ALTERNATIVE und wird von Ingo HASSELBACH als eine der Personen bezeichnet, die Jagd auf ihn machen.

Nach den ersten Pressemitteilungen über den geplanten Aufmarsch gerieten die Berliner Behörden unter Druck und sprachen ein Verbot aus. Dafür meldete die Marzahner PDS eine Kundgebung am selben Platz an, um zu gewährleisten, daß die Nazi-Kundgebung nicht stattfindet. Es fanden sich 300 Leute unterschiedlichen Alters zur Kundgebung ein; die Nazis ließen sich nicht blicken. Die FAP hatte ihren Treffpunkt zum nahegelegenen S-Bhf. Marzahn verlegt. Als dieses gegen Schluß der Antifa-Kundgebung bekannt gemacht wurde, nahm die Polizei die ersten Antifas bereits beim Besteigen der S-Bahn fest. Nach der Kundgebung blieben noch viele SchülerInnen auf dem Platz und die Polizei begann zu räumen. Am S-Bhf. Marzahn sammelten sich dann doch noch 150 Antifas und führten eine Spontandemo durch. Ziel war der Jugendclub an der Marzahner Promenade. Es kam zu einigen kleineren Auseinandersetzungen zwischen Faschos und Antifas, wobei auch die Scheibe einer Straßenbahn beschädigt wurde. Die Polizei überprüfte die Personalien von einigen Nazis und nahm 20-30 Antifas fest. Abends zogen größere Gruppen von Nazis, bewaffnet mit Baseball-Keulen und ähnlichem, durch die Straßen. Doch nicht genug damit. Nach Angaben eines Augenzeugen organisierte die Polizei an Ort und Stelle eine Gegenüberstellung. Die Nazis erhielten dabei die Erlaubnis, sich zu vermummen und konnten, von der Polizei unbehelligt, den Hitler-Gruß zeigen.



Bei der ersten Marzahner Anti-Antifa Aktion im August beteiligte sich der bayerische FAP-»Sicherheitsbeauftragte« Christian FRANZ (Bild oben, ganz rechts). Auch die jungen Marzahner auf dem Bild unten wollten damals eine Antifa-Demo provozieren und angreifen.



Bewährungsstrafe für Waffenhändler und WJ-Gauführer

Wir berichteten bereits im letzten Info über den Waffenhändler Sascha STEIN, der einem Zivilpolizisten ein Maschinengewehr verkaufen wollte, das aus niederländischen Armeebeständen geklaut wurde. Danach wurde in seiner Wohnung ein ganzes Waffenarsenal gefunden. Die Nazi-Gefangenenhilfszeitung, HNG, berichtete, daß Stein lediglich einen Organisationbefehl der WIKING-JUGEND umgesetzt hat, sich mit Waffen zu versorgen. Der Gauleiter der Wiking-Jugend Berlin Preußen, Sascha Stein, erhielt zwei Jahre Haft auf Bewährung. Seine Zugehörigkeit zur aktiven, militanten rechtsextremen Szene ist der Berliner Polizei seit Jahren bekannt, doch die Organisationszugehörigkeit kam im Prozeß nicht zur Sprache. Zuvor war es Stein fast gelungen Mitglied der Freiwilligen Berliner Polizeireserve zu werden. Die Berliner Zeitung, die aufgrund einer Pressemiteilung des INFO-Blattes recherchierte, meldete, daß die Staatsanwaltschaft Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt hat, obwohl das Gericht ihrem Antrag gefolgt war.

Wahlveranstaltung der Braunzone im Berliner Kronprinzenpalais

Das Kronprinzenpalais ist eine exklusive Adresse in der Hauptstadt. Von hier soll der Bundespräsident künftig seine Amtsgeschäfte regeln, er liegt im Zentrum Berlins an der Schloßbrücke. Hier trafen sich ca. 150 TeilnehmerInnen zu einer Wahlveranstaltung des »DEUTSCHEN FREIEN WÄHLERBUNDES – AUFBRUCH 94«. Der Europaparlamentarier Prof. Emil SCHLEE tingelt im Augenblick durch die Lande und versucht das national-konservative Spektrum in seiner Initiative zu sammeln. Schlee war Landesvorsitzender der REPs in Schleswig-Holstein. Auf der Veranstaltung bestritt er unter Leitung von Konteradmiral a.D. Günter POSER einen der Wortbeiträge. Poser war zuvor stellv. REP-Bundesvorsitzender, bis er aus Altersgründen zurücktrat. Auch alte Ost-Prominenz aus der Lothar de Maiziere-Regierung stand mit dem Staatssekretär a.D. ABLASS aus Strausberg auf dem Rednertreppchen. Mit im Bunde war ein prominenter Vertreter aus FILBINGERs »Studienzentrum Weikersheim«, Prof. Dr. Günther ROHRMOSER. Das Studienzentrum übt in der Braunzone eine Scharnierfunktion aus. Hier findet schon seit Jahren die Diskussion zwischen Neu-Rechten, Nationalrevolutionären, Republikanern und CDU/CSU statt.

Die hundert Antifas, die kamen, um zu protestieren, wurden von der Polizei abgedrängt, ihr Transparent wurde heruntergerissen.

Köln

Fred Leuchter verhaftet

Der amerikanische »Auschwitzlügner« Fred LEUCHTER ist kurz vor seinem Fernsehauftritt in der Sendung »Schreinemakers live« am 28.10.93 in Köln verhaftet worden. Leuchter war bei einer Veranstaltung der NPD in Weinheim 1991 mit seinen Thesen aufgetreten, konnte aber unbehelligt wieder ausreisen. Jetzt wurde auf Betreiben der Staatsanwaltschaft Mannheim Haftbefehl erlassen, eine Freilassung auf Kaution wurde abgelehnt. Die Beweislage ist eindeutig, da ein Videoband der damaligen Veranstaltung existiert. Zu fragen bleibt, wieso Sat 1 diesen in aller Welt bekannten Vertreter der »Auschwitzlüge« überhaupt einlud. Normalerweise kann er nur in Faschistenkreisen als »Spezialist« auftreten. Allein die Absicht, ihm vor einem Millionenpublikum ein Forum zu geben, sollte für die Verantwortlichen Konsequenzen haben.

(nach Antifaschistische Nachrichten 23/93)

Potsdam

Freispruch im Sachsenhausen-Prozeß

Die Angeklagten Ingo K. und Thomas H. wurden nach 13 Verhandlungstagen freigesprochen. Laut Potsdamer Bezirksgericht haben die Ergebnisse der Beweisaufnahme nicht ausgereicht, um den Angeklagten eine Mittäterschaft nachzuweisen. Nach dem Rechtsgrundsatz »im Zweifel für den Angeklagten« sprach sie der Vorsitzende Richter, Klaus Przybilla, frei.

Leipzig

Der Prozeß gegen die Leipziger und Eilenburger Faschisten, die am 4.10.92 in Eilenburg ein Flüchtlingsheim angegriffen haben (siehe Info 23), ist von neuem aufgerollt worden. Über den Ausgang des Prozesses ist noch nichts bekannt. Erwähnenswert ist aber, daß der mitangeklagte Leipziger FAP-Chef Dirk ZIMMERMANN (22) kurz vor Prozeßbeginn aus seiner einjährigen U-Haft entlassen wurde. Gerüchten zufolge saß er dort u.a. wegen des noch ausstehenden Prozesses gegen ihn, betreffs des Aufbaus »Mobiles Einsatzkommando Ost«, welchen er als Zuständiger für Leipzig im Auftrag der Deutschen Alternative ankurbelte (siehe taz 17.10.92). Die SOKO REX (Sonderkommission Rechtsextremismus, die auch gegen links arbeitet) hatte eigentlich nach §129a (terroristische Vereinigung) gegen ihn ermittelt.

Düren

Stadt leistet Neonazis Aufbauhilfe

Seit Ende 1992 betreibt die Stadt Düren bzw. das Jugendamt einen sogenannten »Skinheadtreff«. Die offizielle Bezeichnung lautet »Vereinigte Rechte Düren«. Die Treffen finden regelmäßig im Jugendtreff der Stadt Düren in Rölsdorf statt. Begleitet wird das Ganze von zwei Sozialarbeitern. Als Ziel wird angegeben, die »Gruppe« in »unpolitische Skinheads« und »Rechtsradikale« spalten zu wollen. Faktisch steht aber fest, daß das Projekt gescheitert ist. Der JN-Landesvorsitzende Michael PRÜMMER aus Stolberg und der Aachener JN-Führer Sascha WAGNER, Beisitzer im aktuellen Bundesvorstand dieser faschistischen Kaderschmiede (s.Info Nr.24), nutzen den »Treff«, um Mitglieder für die JN bzw. die Schlägertruppe um Wagner zu werben. Ein Sozialarbeiter gibt offen zu, daß »der 'Sascha' bei einem Anschlag grinsend und Fritten essend 150 Meter nebenan in der Pommesbude stand (beruft sich hierbei auf Auskünfte der Polizei), aber man müßte die Gruppe halt von innen spalten«. Außerdem kündigt er an, daß mit Erlebnisfreizeiten der WIKING JUGEND das Wasser abgegraben werden soll.

Im Jugendamt existiert denn auch ein Postfach mit der Beschriftung »S. Wagner«.

Die regionalen Antifas kündigen eine Kampagne an, die die Beendigung dieses Projektes erzwingen soll.

Quelle: Informationen von Antifas aus dem »Grenzland«

Koblenz

Podiumsdiskussion im REP-Umfeld

Die REP-Vorfeldorganisation »Forum Res Publica« hielt trotz unangenehmen Geruchs – AntifaschistInnen hatten offenbar Buttersäurebehälter verloren – eine Veranstaltung im Koblenzer »Weindorf« ab. Dieser Veranstaltungsort gehört der Stadt Koblenz. So schützte denn auch die Polizei den Ort. Der Pächter erklärte, er würde eine Bewirtung seiner braunen Gäste verweigern, müsse sie aber in den Räumen dulden.

Die Veranstaltung war als Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten angekündigt. Rudolf KRAUSE, mittlerweile Landesvorsitzender bei den REPs, wurde zu diesem Zeitpunkt noch als MdB der CDU abgekündigt. Daneben sprachen zwei Frauen von FDP und SPD. Diskussionsleiter war Albrecht GIESE, Richter am Oberlandesgericht Koblenz, der erklärte, sich nicht für Kontakte zu den (!) REPs zu schämen. Anwesend war übrigens auch Siegfried BUBLIES, einstmals JN, dann REPs, vor allem aber bekannt als Besitzer des Verlages BUBLIES UND HÖFFKES bzw. VLG. SIEGFRIED BUBLIES. Die »nationalrevolutionäre« Zeitschrift »WIR SELBST«, die in seinem Verlag erscheint, und andere Erzeugnisse des Verlages waren bei der Veranstaltung zu erwerben.

Psychatrische Behandlung für Nazi-Killer

Andy HELLBACH, Koblenzer Nazi, der zeitgleich zu den Rostocker Krawallen am 24. August 1993 in eine Gruppe Obdachloser schoß, acht Personen z.T. lebensgefährlich verletzte und einen erschoß, ist verurteilt. Er muß die 15 Jahre aber nicht absitzen, da er in eine psychatrische Anstalt eingewiesen wurde. Das übliche: Ein irrer Einzeltäter. Verbindungen zur Nazi-Szene (Skins und rechte Schläger) sowie eine Fülle von Briefen, die vor Gericht verlesen wurden, hinderten das Gericht nicht, nach bewährtem Muster von einem unpolitischen Spinner zu reden und Hellbachs schwere Kindheit in den Vordergrund zu rücken. Dabei enthielten die Briefe ganz unmißverständliche faschistische und rassistische Aussagen – übrigens auch mit Gewalt gepaarte frauenfeindliche Bemerkungen.

Quelle: Alabande – Antifaschistische Zeitung für Koblenz und Umgebung Nr.7/Herbst 93

Weimar

Thomas DIENEL hatte alles daran gesetzt, als faschistischer Märtyrer in den Knast zu kommen. Beharrlich produzierte sich der Angehörige der GdNF mit illegalen Aktivitäten wie Hakenkreuzfahnenschwingen vor laufenden Kameras, Interviews über angebliche Wehrsportaktivitäten etc. Schließlich erhörte ihn ein deutscher Richter und verordnete eine kleine Freiheitsstrafe. Schlimm gestaltet sich Dienels Martyrium natürlich nicht. So darf er Telefongespräche von bis zu 30 Minuten führen mit seinem Boss Christian WORCH, Organisationsleiter der GdNF, sowie Ursel MÜLLER, GdNF-Kader aus Mainz-Gonsenheim. Mit beiden korrespondiert er auch, ebenso mit Friedhelm »Alfred E. Neumann« BUSSE, FAP-Vorsitzender, FREY, DVU-Vorsitzender, Theo NEUBAUER, DEUTSCHE LIGA-Vorsitzender. Sammelt er da Material für seine Memoiren: »Ich schrieb allen«? Immerhin hat er Kontakt zu verschiedenen neonazistischen Verlagen aufgenommen und beim HEINRICH JÖRN SCHÖNLAUB Verlag einen Schriftstellerdauervertrag unterschrieben. Ob also seine Korrespondenz zu Nazi-Führern seine Lebensgeschichte aufwerten soll? Über Deutschland hinaus schreibt er auch nach den USA (inkl. Alsaka), Australien, Belgien, Dänemark und Großbritannien.

In seiner Zelle hängt – als Inspiration – die Reichskriegsflagge.

Quelle: Antifa Nachrichten Thüringen

ARCHIV NACHRICHTEN
Veröffentlichung der Gruppe Archiv (Coburg) Nr. 2

Betr.: Ermordung des ANC-Führers Chris Hany u.a.

Die DrahtzieherInnen:
Nation und Europa (NE), Coburg
Hilfskomitee Südliches Afrika (HSA), Coburg
Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft e.V. (DSAG), Coburg

Extreme Rechte Südafrikas:
Conservative Party (CP)
Afrikaanse Weederstandsbeweging (AWB)
World Apartheid Movement (WAM)
Afrikaanse National Socialist Movement (ANS)

Bestelladresse: Infobüro, Stichwort Broschüre, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90404 Nürnberg für 6,50 DM + Porto

Wir suchen:
Leute und Gruppen, die das Info auf Büchertischen, in Kneipen, bei Konzerten oder Demos etc. weiterverkaufen.
Info-, Buch-, Zeitungsläden, die unser Info weiterverkaufen.
Und das in der ganzen BRD und auch in Berlin. Wir wollen an möglichst vielen Stellen erhältlich sein. Setzt Euch bitte mit uns in Verbindung. Wir allein sind damit leider überfordert und brauchen Eure Unterstützung. Das gilt auch für Berlin, wo der Vertrieb längst nicht alle möglichen Läden erfaßt.



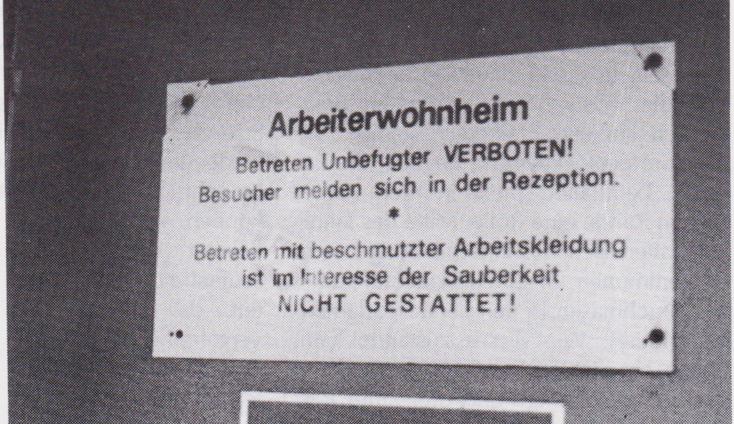
Wie geht's?
Ganz einfach: Ihr sagt uns, ab welcher Nummer Ihr wieviele Exemplare vom Antifa-Info zum Weiterverkaufen haben wollt. Ihr könnt nach jeder Ausgabe die Anzahl erhöhen oder verringern oder, wenn es nicht läuft, abbestellen.

Wie läuft die Bezahlung?
Wir verschicken die Exemplare mit beiliegender Rechnung, die Ihr nach Erhalt der Lieferung auf unser Konto überweisen könnt. Vorkasse ist gut, aber nicht Bedingung.

Zuviel bestellt?
Wenn Ihr einige Exemplare nicht verkauft, braucht Ihr sie natürlich auch nicht zu bezahlen. Dann sollten die entsprechenden Exemplare aber zu uns zurück gelangen. Ihr seht: Ihr geht kein Risiko ein, wenn Ihr mehr bestellt. Das ist besser als wenn Ihr immer nachbestellen müßt, wenn die Infos ausverkauft sind.

Preise:
Ab 3 Ex. 4,- DM, ab 5 Ex. 3,60 DM, ab 10 Ex. 3,20 DM pro Ausgabe. Alle Preise incl. Porto und Verpackung.

Am 17. Dezember '93 endet für den Großteil der ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter/innen die Aufenthaltsfrist für die BRD. Die Antwort des Bundesrates auf die von vielen erhobene Forderung nach einem dauernden Bleiberecht für die ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter/innen – demagogisch als »humanitäre Lösung« präsentiert – setzt mehr Verweigerungsgründe als Bedingungen für einen gesicherten Daueraufenthalt.



Staatlicher Rassismus:

Ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen zwischen Hoffnung und Verzweiflung

Am 31. 12. 1990 lebten in den alten Bundesländer 5,34 Mio. ausländische Bürger/innen, und sie machten ca. 8,4 % der Bevölkerung aus. Dagegen lebten in den »jungen« Ländern gerade mal 175.665 Menschen ausländischer Herkunft (1,1 %). Die bis Mitte 1990 in der DDR angekommenen einhundertzwanzigtausend Vertragsarbeiter/innen kamen hauptsächlich aus Ländern wie Angola, Korea, Kuba, Mocambique und Vietnam. Seit 1970 wurden verstärkt Vertragsarbeiter/innen in die DDR angeworben. Sie bildeten um 1990 die zweitgrößte Gruppe der Menschen, die ihren Wohnsitz für immer oder vorübergehend aus ihren Heimatländern in die DDR verlagert hatten. Sie sollten vorübergehend bleiben, da in der DDR hinter der internationalistischen Fassade die Idee oder gar Praxis einer Einwanderungspolitik faktisch nicht bekannt war.

Ökonomische Gründe bewogen die DDR-Regierung, Arbeitskräfte in den »sozialistischen Bruderländern« anzuwerben. Teilweise aus Kostengründen, teilweise der Einfachheit halber wurden die VertagsarbeiterInnen in Wohnheimen kaserniert und von der deutschen Bevölkerung isoliert. Zu DDR-Zeiten gab es für die Vertragsarbeiter/innen keinen Anspruch auf Daueraufenthalt; freilich konnten befristete Arbeitsverträge erneut abgeschlossen werden. Mit dem Rausschmiß von der Arbeit erlöschte auch der Aufenthaltszweck. Der Pragmatismus dieser Politik und seine Gründe können hier nicht besprochen werden, so nötig das auch wäre; er hatte ein ähnliche Wirkung wie die ausländer- und arbeitserlaubnisrechtlich sanktionierte Praxis der BRD. Die letzte DDR-Regierung hatte in Verhandlungen mit Vietnam, Mocambique und Angola Weichen für die Auflösung der Regierungsabkommen gestellt: Bei vorzeitiger Rückkehr sollten Prämien von 3.000 DM und drei Nettomonatslöhne gezahlt werden. Wer darauf verzichtete, konnte bis zum Ablauf der Vertragsfrist weiter arbeiten oder sich bei Verlust der Arbeit nach einer anderen umsehen. Einen möglichen Daueraufenthalt zu gewähren, daran dachte in der letzten DDR-Regierung anscheinend niemand.

Seit 1990 haben die regierungsoffiziellen Rückkehrprämien einerseits und die »ausländerfeindlichen Übergriffe« andererseits manche/n zur vorzeitigen Rückkehr veranlaßt. Wenn dies nicht freiwillig geschah, wurden schon mal einige zu ihrem eigenen Schutz vor Übergriffen in Busse und dann gleich ins Flugzeug verfrachtet (Hoyerswerda via Frankfurt nach Maputo). So ganz nebenbei war in dieser Hektik die Rückkehrprämie zu sparen.

Am 1. 1. 1991 trat das neue Ausländergesetz in Kraft und sah für die »Gastarbeiter« nun den Status einer Aufenthaltsbewilligung vor, d.h., ein befristeter Aufenthalt, der mit dem Erlöschen des Aufenthaltszweckes endet. Wer an diesem Stichtag acht Jahre im Lande war, erhielt zwar einen Anspruch auf Daueraufenthalt (Aufenthaltsberechtigung), vorausgesetzt er/sie war informiert, rannte zu den Behörden, hatte Arbeit oder konnte sich in absehbarer Zeit welche verschaffen. Für die anderen verschlechterte sich die Situation: das »neue« Ausländergesetz wurde an den Stellen, wo es gegenüber dem vorausgegangenen restriktiver geworden war, vollzogen.

Dagegen entstand Widerstand. Juristisch konnte Widerspruch dagegen eingelegt werden, politisch wurde dieser Widerstand teils über Gewerkschaften und Parlamente vertreten, teils wurde der Protest auf die Straße getragen.

Doch die Chance, den Kampf für das Bleiberecht der ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter/innen zu einem Kampf gegen das Ausländergesetz, in dem Punkt der Aufenthaltsbewilligung zu machen, wurde versäumt. Die Westorganisationen waren anscheinend immer noch mit der Verdauung der Niederlage beschäftigt, da sie die Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes nicht verhindern konnten. Die DDR-Vertragsarbeiter/innen wurden praktisch die ersten Opfer des neuen Gesetzes. Der Nachweis für eine Aufenthaltsbewilligung konnte anfangs nur schwer erbracht werden. Faktisch bedeutete die, zuvor nur auf Ausbildungsverhältnisse (z.B. Studium) bezogene Aufenthaltsbewilligung: Wer heute als Gastarbeiter mit Aufenthaltsbewilligung in der BRD lebt, muß umgehend zurück, wenn die Vertragsfrist abgelaufen ist oder der Vertrag (z.B. durch Entlassung) gekündigt wird. Eine Verfestigung des Aufent

haltes und Rechtsansprüche auf soziale Leistungen nach einer bestimmten Frist, wie das die Aufenthaltserlaubnis ermöglicht, sind ausgeschlossen. Im Klartext heißt das: Arbeiten und zahlen für den Reichtum des »Gast«landes, um anschließend, ohne den mindesten Anspruch anmelden zu können, das Land zu verlassen. In dieser Situation orientierten sich die »Ost«-Unterstützer/innen pragmatisch auf den Bleiberechtskampf. Die makabre perspektivische Realität, die das AuslG. beinhaltet, spielte in ihrem Kampf nur am Rande eine Rolle. Mitte des Jahres '92 hatten sich die Entschließungen von Ostkommunen für einen Daueraufenthalt zu Spruchblasen in den Landesparlamenten mutiert. Wie dieses zustande kam, überrascht nicht, wenn insbesondere drei Jahre »Vereinigung« und drei Jahre Rassismus berücksichtigt werden. Die Bleiberechtsregelung geriet zu einem Pferdehandel zwischen SPD und CDU/CSU: Sie wurde verhandelt im Paket, zu dem die »humanitäre Lösung« für Vertragsarbeiter/innen und Art. 16 GG gehörten. Und schließlich: Warum sollte diese »humanitäre Lösung« anders aussehen als die Abschottung der BRD und ihrer westeuropäischen Partner gegen Flüchtlinge, die vor Krieg und (in Europa mitverursachtem) Elend auf der Flucht sind?

Fazit: Die »humanitäre Lösung« für ehemalige DDR-Vertragsarbeiter/innen ist mitnichten das, als das sie verkündet wurde: ein Bleiberecht. Für Vertragsarbeiter/innen, die auch nur wegen geringster Vergehen schuldig gesprochen wurden, gab es Geldbußen, Verurteilungen und Abschiebung. Die Arbeitsaufnahme wurde durch die behördliche Genehmigungspraxis bei Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnis be- bzw. verhindert. Die »Bewährungs«frist zur Aufnahme einer Arbeit wurde von sechs Monaten auf weniger als vier Monate durch die behördliche Umsetzung der Regelung verkürzt. Statt die Stempel zu erteilen, die ein Ausländer/eine Ausländerin hierzulande braucht, um eine Arbeit aufnehmen zu können, wird die Möglichkeit einer Arbeitsaufnahme häufig vereitelt, da oft viel Zeit vergeht, bis die Stempel von den Behörden erteilt werden.

Seit März erhalten Ausländer/innen die allgemeine Arbeitserlaubnis erst dann, wenn eine vierwöchige Prüfung des Arbeitsmarktes keine deutschen oder bevorrechtete EG-Ausländer/innen für diesen Arbeitsplatz ermitteln konnte. Seit Sommer gilt, daß ein bestimmter Prozentsatz von Ausländer/innen in den Belegschaften nicht übersteigen werden darf. Seit Mitte November liegt ein »Strategiepapier« des Bundesarbeitsministers Norbert Blüm vor, wonach nicht allein die Einwanderung begrenzt werden soll, sondern »zu Nutz und Frommen der Ostdeutschen«, arbeitende »Nicht-EG-Ausländer« durch arbeitslose Deutsche ersetzt werden sollen. Wer sich also für ein Bleiberecht für auch nur eine Gruppe von Ausländer/innen einsetzt, muß wohl oder übel die Problem»lösungen« bekämpfen, die von diesem Rechtsstaatler angeboten werden. Andernfalls wird jede Regelung Makulatur. ■



Schließung von Flüchtlingsheimen

am Beispiel Berlin-Lankwitz

Im Zuge der sinkenden Asylbewerberzahlen und der Strategie des Staates, Flüchtlinge zukünftig in Sammellagern zusammenzufassen, wurden und werden zahlreiche Flüchtlingsheime in Berlin geschlossen. In vielen Fällen sind es gerade die Heime mit den besseren Bedingungen, die betroffen sind. Die Schließung ihres Heims nicht still schweigend hinzunehmen, sondern sich an die Öffentlichkeit zu wenden, hierzu hat sich ein Heim in Berlin/Lankwitz entschlossen. Zusammen mit einer UnterstützerInnen-Gruppe von SchülerInnen und StudentInnen wenden sich die Flüchtlinge seit September an Presse, Parteien und Flüchtlingshilfsorganisationen, um die Schließung ihres Heims zu verhindern.

Seit Juli 93 ist das neue Asylrecht nach Artikel 16a des Grundgesetzes in Kraft. Die Folge davon ist, daß die meisten Flüchtlinge an den deutschen Grenzen abgewiesen und nur noch wenige ins Land gelassen werden. Die Asylbewerberzahlen gehen zurück, die Flüchtlingsheime sind angeblich nicht mehr ausgelastet und werden dem Land Berlin zu teuer. – So die offizielle Version der Senatsverwaltung für Soziales als Begründung für die Schließung zahlreicher Flüchtlingsheime in der Stadt.

Bis September dieses Jahres existierten in Berlin 60 Flüchtlingsheime mit 14.800



Plätzen. Hiervon wurden bereits 8 Heime mit ca. 1400 Plätzen aufgegeben, und in zwei Heimen wurden 500 Plätze gestrichen. Bleiben z.Zt. also noch 52 Heime mit ca. 12.900 Unterbringungsmöglichkeiten. Die Senatsplanung ist, bis Ende 1993 noch 12 Heime mit ca. 2420 Plätzen zu schließen und auch im kommenden Jahr weitere Heimplätze durch Heimschließungen abzubauen.

Sieht man sich nun an, welche Heime bereits geschlossen wurden bzw. innerhalb des nächsten Jahres geschlossen werden sollen, wird offensichtlich, daß es in vielen Fällen gerade die Heime mit den besseren Bedingungen für die Flüchtlinge sind, die auf der Abschußliste stehen. Diese Heime zeichnen sich oftmals durch ihre überschaubare Größe, eine verkehrsgünstige Lage, durch gute Ausstattung und/oder die gute Betreuung der Flüchtlinge aus. Es ist zu befürchten, daß die Flüchtlinge stattdessen in den neu errichteten Sammellagern Berlins zusammengefaßt werden sollen. Nach Aussage von SOS-Rassismus ist das Sammellager Brand, das ehemals NVA-Gelände war und in der Nähe von Lübben liegt, hierfür ein Beispiel. Brand soll einmal »Wohnplätze« für 3000 Flüchtlinge umfassen. Flüchtlinge die bereits dort in den ehemaligen Kasernen untergebracht sind, bauen z.Zt. für wenig Lohn, das Flüchtlingsheim, oder besser das Flüchtlingslager, weiter aus.

Die Senatorin für Soziales, STAHMER, das Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben und die zuständigen Senatsbeamten WESTPHAL und GÖTTING, unterstützen die Strategie, die Flüchtlinge aus dem Stadtzentrum möglichst in die Außenbezirke und in die Sammellager abzudrängen, indem sie nur nach finanziellen Gesichtspunkten Heime weiterführen oder schließen statt sich nach den Bedürfnissen der Menschen zu richten, die in diesen Heimen leben müssen. Um dieses zu kaschieren, wird mit Halbwahrheiten operiert, werden die Flüchtlinge mit leeren Versprechungen ruhiggestellt und Flüchtlingszahlen zurückgehalten.

Das Flüchtlingsheim Berlin/Lankwitz

Beispielhaft für diese Verfahrensweise ist der Umgang mit den Flüchtlingen eines Wohnheims in Berlin/Lankwitz: Viele der BewohnerInnen leben dort bereits seit vielen Jahren. Im Vergleich zu anderen Heimen akzeptieren sie dieses, da es stadteingebunden liegt und Schulen, Einkaufszentren und Ämter leicht zu erreichen sind. Für die Kinder des Heims ist es wichtig, daß sie in den umliegenden Schulen integriert sind, die jüngeren Kinder im hauseigenen Kindergarten betreut werden und behinderte Kinder spezielle Betreuung erfahren. Aufgrund des langjährigen Zusammenlebens haben sich unter den BewohnerInnen sehr enge persönliche Bindungen entwickelt, die besonders für die Frauen, die das Haus selten verlassen und daher kaum Außenkontakte haben, sehr wichtig sind.

Im September kam nun der Beschluß des Landesamts für Zentrale Soziale Aufgaben (LaSoz), das Heim zum 31.3.94 zu schließen. Als Begründung wird das Auslaufen des Pachtvertrages für das Gelände des Heims genannt. Verschwiegen wird, daß die Heimleitung bereits die schriftliche Zusage des Eigentümers des Geländes, des Auguste-Viktoria-Krankenhauses, für die Verlängerung des Pachtvertrags hatte.

Flüchtlinge und UnterstützerInnen im Kampf für den Erhalt des Heimes

Die Flüchtlinge und eine UnterstützerInnen-Gruppe von Steglitzer SchülerInnen und StudentInnen, die seit zwei Jahren engen Kontakt zu den BewohnerInnen des Heims halten, verfassen daraufhin einen offenen Brief an den Zuständigen des LaSoz, Götting, in dem sie die Rücknahme der geplanten Schließung fordern. Organisationen wie SOS-Rassismus, Flüchtlingsrat, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, GEW-Berlin und die Parteien Bündnis 90/ Grüne und die FDP schließen sich der Forderung an. Der Tagesspiegel berichtet in einem längeren Artikel und einem Leserinnenbrief über die Situation im Heim und die Forderung nach Erhalt des Heims.

In einem dann folgenden Gespräch mit einem Vertreter des LaSoz sichert dieser den Flüchtlingen zu, daß er sich darum kümmern werde, daß sie bei Schließung des Heims innerhalb des Bezirks untergebracht werden. Der Vertreter selbst schlägt ein Steglitzer Heim als Alternative vor und einige der Flüchtlinge unterschreiben sogar einen Antrag auf Aufnahme in ein momentan neuentstehendes Heim im Bezirk.

Kurze Zeit darauf wird bekannt, daß die Flüchtlinge wahrscheinlich weder in das von ihnen beantragte Heim können, da der Bezirk dieses für Kriegsflüchtlinge aus Bosnien und deutsche Obdachlose vorsieht, noch in das vom LaSoz vorgeschlagene, denn – dieses Heim soll auch geschlossen werden. Nach Aussage des Steglitzer Sozialstadtrats sollen neben dem Lankwitzer Heim noch drei andere Heime im Bezirk aufgelöst werden, da das LaSoz trotz mehrfacher Nachfrage keine Zahlen über die benötigten Heimplätze für Flüchtlinge an den Bezirk weitergegeben habe, dieses als »kein Bedarf« gewertet werde und die Heime bei auslaufenden Pachtverträgen dann geschlossen werden.

Deutlich wird also:
- Die Notwendigkeit der Heimschließung wird vom LaSoz mit der vorgeschobenen Begründung, der Pachtvertrag wäre nicht zu verlängern, erklärt.
- Die Flüchtlinge werden verschaukelt, indem ihnen Alternativen genannt werden, ohne daß die Verantwortlichen dafür sorgen, daß es wirklich Alternativen werden können.

Das Lankwitzer Heim ist kein Einzelfall, ähnliches Vorgehen des Senats ist der Redaktion bei der geplanten Schließung eines Spandauer Flüchtlingsheims bekannt, das vor fünf Jahren speziell für Folteropfer eingerichtet worden war.

Die Strategie des Senats scheint immer dieselbe zu sein: die Heimschließungen mit möglichst wenig Aufsehen über die Bühne zu kriegen.

Die UnterstützerInnen des Lankwitzer Heims werden fortfahren, sich an Presse und Öffentlichkeit zu wenden (an einem Vormittag wurden im Bezirk bereits 800 Unterschriften gegen die Schließung gesammelt), denn nur durch das Öffentlichmachen kann vielleicht verhindert werden, daß, nachdem Deutschland nach außen seine Grenzen dichtgemacht hat, nun die restlichen Flüchtlinge innerhalb des Landes in Lagern interniert werden.

(Der Artikel entspricht dem Stand von Anfang November, inzwischen wurde der Redaktion bekannt, daß der Bezirk Steglitz und das LaSoz erneut die Verhandlung über den Erhalt des Heims aufgenommen haben. – Sollte der Protest etwas genützt haben?!) ■



Aktionen

Demonstrationen

Spendenaufrufe

Repression gegen Antifas

Es kann kein gemeinsames Gedenken an Täter und Opfer geben!

Am 14. November wurde in Berlin die zur »Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland« umgestaltete Neue Wache wiedereröffnet. Künftig soll dort *»Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft«* gedacht werden. Dieses ganze Vorhaben staatlichen Opfer-Gedenkens ist und bleibt ein Skandal. Wir distanzieren uns

- **von der beabsichtigten Verhöhnung aller Opfer des deutschen Faschismus;**
- **von der geplanten Unkenntlichmachung der Täter, ja dem unverschämten Versuch, sie und sich selbst ein-zu-opfern;**
- **von dem Vorhaben, den in der sogenannten Historikerdebatte gewünschten »Schlußstrich unter die Deutsche Geschichte« durch einen zentralen Schluß-Klotz zu manifestieren.**

Gegen die Behauptung vom gesellschaftlichen Konsens erklären wir unseren Widerspruch zu diesem Schandakt. Am 9. November besetzten 50 Leute aus Protest die Neue Wache und wurden gewaltsam geräumt.

Alle nur noch Opfer in Deutschland?

Soll es denn in Deutschland künftig egal sein, ob einer freiwillig die Hakenkreuzbinde anzog oder ob eine andere gezwungen wurde, einen gelben Stern mit der Aufschrift »Jude« zu tragen? Soll es denn wirklich egal sein, ob einer SS-Sturmbannführer war, der ein Ghetto »liquidierte« und später in Dresden »ausgebombt« wurde oder ob jemand zu den deutschen JüdInnen und Juden gehörte, die im Novemberpogrom 1938 umgebracht wurden, denen Synagogen, ihre Freiheit und ihr Eigentum zerstört wurde? Soll es auch egal sein, ob jemand als Soldat, als Volkssturm-Mann oder als Flak-Helferin die faschistische Reichshauptstadt bis zum letzten Moment fanatisch verteidigte und hierbei »fiel« oder ob eine andere in Viehwaggons durch Europa deportiert wurde, an der Rampe von Auschwitz selektiert und schließlich mit Millionen anderen in Gaskammern getrieben und ermordet wurde?

In dieser »Zentralen Gedenkstätte« finden wir alle beispielhaft genannten Personengruppen unterschiedslos als »Opfer« wieder. Neben der Hauptinschrift *»Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft«* wird auf einer zusätzlichen Tafel ausgeführt, daß gleichzeitig *»der Gefallenen der Weltkriege«* und *»der Millionen ermordeter Juden«* gedacht wird. Im Deutschland von 1993 müssen die Unterschiede erklärt werden: Wieviele von denen, derer wir also gedenken sollen, haben als Angehörige der Deutschen Wehrmacht teilgenommen an den Liquidationen von Ghettos, Dörfern und ganzen Städten, an den Massenmorden an der Zivilbevölkerung in allen überfallenen und besetzten Ländern Europas, haben zumindest den SS-Sonderabteilungen ihre Opfer zugetrieben und sind anschließend »gefallen«? Auch ohne solche Form von Beteiligung hielten »die Gefallenen« im Zweiten Weltkrieg eben die Front, hinter der in den Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor, Auschwitz und in vielen anderen solange pausenlos und systematisch Millionen Menschen ermordet wurden, bis diese Front durchbrochen werden konnte. Daher ist es unmöglich, gleichzeitig und an einem Ort beider »Opfergruppen« zu gedenken. Wer dies trotzdem vorschlägt, erweist den Helfern der Schlächter die letzte Ehre. Die Erschlagenen, die Millionen Ermordeten aber werden gerade mit diesem Gedenken ein weiteres mal verhöhnt.

Auch wenn auf der Opfer-Tafel einiger Menschengruppen, die Opfer des Nationalsozialistischen Regimes wurden, wie den Schwulen, den Sinti und Roma oder den Opfern des NS-Euthanasie-Programmes, zum ersten Mal nach über 48 Jahren an herausgehobener Stelle gedacht wird, so bleibt die Kritik, daß ihrer eben nur mitgedacht wird. Weder werden die Unterschiede ihrer spezifischen Verfolgungssituation berücksichtigt noch wird ihrer abseits ihrer einstigen Peiniger gedacht. *»Wir gedenken«*, heißt es stattdessen, *»der Unschuldigen, die durch Krieg und Folgen des Krieges in der Heimat, die in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind«*. Wir fragen: Wessen Krieg? In wessen Gefangenschaft? Welche Vertreibung? Es ist unerträglich, daß derer, die systematisch aus der Gesellschaft ausgegrenzt und vertrieben, und derer, die aus ihren Ländern und ihrem Leben vertrieben wurden, nicht gedacht

werden soll. Hierzulande wird nur eine Vertreibung betrauert: Die aus den »Ostgebieten«.

Wenn schließlich nicht nur der wenigen Deutschen gedacht wird, *»die sterben mußten um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen«*, sondern gleichzeitig *»der Frauen und Männer, die verfolgt und ermordet wurden, weil sie sich totalitärer Diktatur nach 1945 widersetzt haben«*, wundern wir uns kaum noch. Nur weil es böse Assoziationen zu den bewußt gemiedenen Begriffen »Deutscher Faschismus« oder »Nationalsozialismus« wecken könnte, heißt es nicht schlicht und einfach: den Opfern des Stalinismus. Auch diese Gleichsetzung von Opfern lehnen wir ab. Die Verbrechen Deutschlands im Faschismus stellen eine Singularität dar. Es verbieten sich System-Gleichsetzungen genauso wie das In-eins-setzen der sittlichen Motivation derjenigen, die dem Faschismus die Stirn boten mit der Widersachern anderer Systeme.

Die Erinnerung an den von den Nazis fabrikmäßig organisierten Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden soll zugeschüttet werden: zugeschüttet das Wissen, daß dieses Verbrechen einmalig ist in der Geschichte und in der Welt; zugeschüttet auch alle Moral, die es verbietet, diese Singularität durch Vergleiche jeglicher Art zu verwischen.

Gleichzeitig sollen die Täter unkenntlich gemacht werden. 1933 machte sich das Deutsche Volk auf, sich zur faschistischen Volksgemeinschaft zu formieren. Wir wissen, daß die Verantwortung für die daraus resultierenden Verbrechen nicht pauschal zu verteilen ist. Wir können durchaus differenzieren zwischen den Bossen der Kriegsindustrie oder der IG Farben und dem kleinen Arisierungs-Gewinnler oder Rüstungsarbeiter, zwischen alt und jung, zwischen der gesellschaftlichen Elite, die versagte, und denen, die im Bierdunst *»Heil !«* schrien. Doch wie immer die Verantwortung zu bewerten ist und welche Konsequenzen daraus zu ziehen wären: Wir sagen Nein, wenn 50 Jahre danach im neuen großen Deutschland ungestraft die Aktionäre der IG Farben tagen dürfen, um über neue Gewinne aus den alten Taten zu reden. Wir sagen Nein zu der »Zentralen Gedenkstätte«

* weil sie Täter zu Opfern erklärt
* weil in ihr nicht einmal mehr der Nationalsozialismus beim Namen genannt wird
* weil auf der Tafel zur Geschichte der Neuen Wache von 1933 bis 1945 eine große Lücke klafft.

Dem Deutschland von 1993 reicht es allerdings noch nicht, die Täter zu verschweigen: Man möchte endlich selber lieber als Opfer- denn als Täter-Nation gesehen werden. So scheut man nicht einmal davor zurück, Teile der Volksgemeinschaft, die sich vor 60 Jahren zu ihren Taten aufmachten, ein-zu-opfern und ihrer zentral zu gedenken.



Doch dieselbe Bundesregierung, die sich anschickt, in Berlin »aller Opfer« zu gedenken, weigert sich konsequent, Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Gedenkstätte in Auschwitz vor dem fortschreitenden Verfall zu bewahren. Während der unterschiedlichen Gruppen der Opfer des Faschismus mit-gedacht wird, sehen sich die Angehörigen dieser Gruppen in diesem Land erneut Verfolgung ausgesetzt: Was nützt den Behinderten eine Gedenktafel, wenn sie immer öfter auf der Straße überfallen werden und akademische Kreise über ihr Recht auf Leben erneut diskutieren? Was nützt den Roma und Sinti eine Gedenktafel, wenn sie weiter öffentlich diskriminiert und zu Tausenden außer Landes geschafft werden? Was nützt den Jüdinnen und Juden eine Gedenktafel, wenn der Antisemitismus in Deutschland auf allen gesellschaftlichen Ebenen wieder offen zu Tage tritt? **Solange für all diese Gruppen eine erneute Verfolgungs- und Bedrohungssituation besteht, solange sprechen wir diesem Land das Recht ab, ihrer heuchlerisch zu gedenken.**

Da die »Zentrale Gedenkstätte« kein Ort des Gedenkens für die Opfer des deutschen Faschismus sein kann, werden wir sie nie akzeptieren.

Berlin 4.11.93

Meshulash Berlin, Antirassistische Initiative, Berliner Mitglieder des Auschwitz-Komitees in der BRD

unterstützt von: Vorstand der A.F.V.N. (Antifascistische oud- Verzetsstrijders Nederland – Bond van Antifaschisten), Jüdischer Kulturverein Berlin e.V., Antifaschistisches Aktionsbündnis, Redaktion Perspektiven, Frankfurt/Main, Internationale Liste/Undogmatische Linke an der Uni Frankfurt/Main, Büro Claudia Roth, MdEP

Ravensbrück

Eine Initiative für polnische KZ-Versuchsopfer, gegründet von deutschen Häftlingsfrauen aus Ravensbrück und den MitarbeiterInnen der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, sammelt Spenden für Frauen in Polen, die die medizinischen Versuche im KZ Ravensbrück überlebten.

1943/44 wurden an 74 Frauen aus dem polnischen Widerstand, die als politische Gefangene in Ravensbrück inhaftiert waren, medizinische Experimente durchgeführt. Unter der Leitung von Dr. Gebhard, damaliger Vorsitzender des Deutschen Roten Kreuzes, wurde die Wirkung von Sulfonamiden getestet. Ziel war die Verhinderung von Infektionen bei verwundeten Soldaten. Es wurden Versuche zur Regeneration von Knochen, Muskeln, Nerven, Sehnen bei Transplantationen, Verletzungen und Verstümmelungen durchgeführt. Die mißhandelten Frauen leiden heute unter sehr starken gesundheitlichen Folgeschäden, nur 29 von ihnen sind noch am Leben.

Im früheren Polen bekamen diese Frauen eine Zusatzrente und eine angemessene medizinische Versorgung. Diese Leistungen fallen nun weg. Die dringend benötigten Medikamente sind nur gegen Devisen zu haben und – das zeigt beispielhaft den Zynismus deutscher Geschichte – oft deutsche Produkte.

Wir sammeln Medikamente und medizinische Hilfsmittel. Wir sammeln Geld für spezielle medizinische Behandlungen und Medikamente, für Kuraufenthalte und Lebensmittelpakete.

Spendenkonto Nr. 43 00 87 70
Stichwort: Frauen in Warschau
Sparkasse Fürstenberg
BLZ 16 05 19 52.

Rinks oder Lechts, Herr Kielhorn?

Ein offener Brief

Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn waren angeklagt, als Mitglieder der Antifa-Organisation in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager den NS-Wehrmachtsrichter Kallmerten getötet zu haben. Die BRD-Justiz zeigte ihre Rechtstreue als Rechtsnachfolgerin des NS-Regime mit der gleichen Vehemenz, mit der sie NS-Kriegsverbrecher nicht verurteilte: Vier Jahrzehnte ermittelte sie gegen die beiden alten Antifaschisten, dann gab ihr die Auflösung der DDR die Möglichkeit, deren ehemalige Staatsbürger in U-Haft zu nehmen. Der Prozeß endete mit einem »Lebenslang« für Gerd Bögelein, Kielhorn wurde freigesprochen. In letzter Zeit gerät Kielhorn zunehmend unter Kritik, weil er bei einer sich links gebenden Sekte als Referent auftritt.

Sehr geehrter Herr Kielhorn!

Wir sind davon abgekommen, einen Brief nur an Sie persönlich zu richten, nachdem wir erfahren haben, wie Sie mit den ernsthaften Einwänden von Personen, die Sie eigentlich aufgrund ihrer ernsthaften antifaschistischen Arbeit schätzen müßten, umgegangen sind. Zuvor hatten wir uns nur vorstellen können, daß Ihr Auftreten bei der INITIATIVE NEUE LINKE auf einem Informationsdefizit beruhte. Mittlerweile wissen wir, daß Sie bereits bei einer Veranstaltung der BUNTEN LISTE FREIBURG gesprochen hatten und auch über den Hintergrund dieser Sekte aufgeklärt wurden.

Als Beate Klarsfeld das Vorwort zu dem Buch »Die Sterne sind Zeugen« schrieb, war ihr über den Verlag nichts bekannt. Aufgrund der Thematik und des Autors des Buches hatte sie sich über den Tisch ziehen lassen (einer der Überlebenden des Warschauer Ghettos berichtet über den Aufstand). Der Ahriman-Verlag, Teil des auch unter Initiative Neue Linke auftretenden Sektenimperiums, versuchte, anläßlich des 50. Jahrestags des Warschauer Ghettoaufstands, sich in der antifaschistischen Öffentlichkeit eine Seriosität zu verschaffen, die die Sekte mit ihrer bisherigen Politik nicht erlangen konnte. Nun hat diese rechte Polit-/Psycho-Vereinigung ein weiteres Zugpferd, nämlich Sie, den Altkommunisten und Antifaschisten Karl Kielhorn.

Wir halten es keineswegs nur für eine Frage des schlechten Geschmacks, dieser Sekte als Referent zur Verfügung zu stehen. Immer offener gibt diese zu erkennen, wo sie sich zu Hause fühlt (und wo sie auch politisch verortet ist): nämlich in der rechten Ecke. Insider, die sich näher mit ihr beschäftigt haben, sprechen von einer faschistoiden Psychosekte (wir berichteten im INFO Nr.16, Ende 1991). Aber auch andere dürften mittlerweile klarer sehen, mit wem sie es zu tun haben: Werbung in der neu-rechten Zeitung JUNGE FREIHEIT, Unterstützung für die REPs (gegen Überwachung durch den Verfassungsschutz) oder für das Anti-Ausländer-Begehren von Haiders FPÖ in Österreich, Filmen, Katalogisieren und Denunzieren von Antifaschisten und Linken, inklusive falscher Beschuldigungen. In Wien hat ein aktiver Antifaschist diesen Psychodenunzianten ein Jahr Knast zu verdanken. Doch das alles juckt einen Antifaschisten Kielhorn nicht?

Herr Kielhorn, Sie werden die meisten der Namen kennen: Marxistisch-Reichistische Initiative (MRI), Initiative Neue Linke, Bund gegen Anpassung (BgA), Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten (BVUE), Bunte Liste Freiburg, Internationale Gesellschaft zur Entwicklung der Lebensfreude (IGEL), Antiklerikaler Arbeitskreis, Verein zur Aids-Verhütung und und und... Wir erwarten nicht, daß Sie im einzelnen über die Geschichte dieses Sektenimperiums Bescheid wissen. Aber gewisse Dinge können Ihnen – Sie haben ja einige Veröffentlichungen gelesen und einigen Reden beigewohnt – nicht entgangen sein. Wir wollen nicht von dem ekligen Gefühl der Überlegenheit und des Auserwähltseins (die einzigen »Träger der Vernunft«) dieser Leute reden. Aber bei der propagierten Feindschaft gegenüber Homosexuellen und Feministinnen, dem Vorschlag HIV-Positive zwangszutätowieren oder alternativ sie abzusondern, der Hetze gegen Autonome (mit denen Sie doch gemeinsam Veranstaltungen zu Ihrem Prozeß durchgeführt haben) als »Pogromisten« und »Neofaschisten« – da müßte es doch irgendwo klingeln? Stößt es Ihnen als altem Antifaschisten nicht auf, wenn sich die INITIATIVE NEUE LINKE als »verfolgt und entrechtet sieht analog zu den religiösen Minderheiten anno 1933«, das Abreißen ihrer Plakate als »Pogrome« bezeichnet? Das auf eine Stufe Stellen von Adolf Hitler und Willy Brandt, weil beide *»in der Vernichtung der Opposition so erfolgreich«* gewesen seien, Brandt wohlgemerkt wegen der Berufsverbote in den 70er Jahren, stört Sie nicht weiter? Und denken Sie nicht automatisch an das gesamte heutige faschistische Spektrum, von den gemäßigt auftretenden bis hin zu den militanten, wenn Sie folgenden Satz lesen: *»Vollkommen richtig, besonders aus der Perspektive des Umwelt- und Naturschutzes, finden wir den ersten, zentralen und unterzeichnungswürdigsten Punkt des Volksbegehrens: 'Österreich ist kein Einwanderungsland.'«*

Wir wissen nicht, welche Ihre Beweggründe sind, diese rechte Psychosekte mit Ihrem Namen werben zu lassen.

Jetzt, wo sich die INL zum Juniorpartner des Yuppie-Faschisten Haider aufschwingen möchte (sie dürfen sich auch des Anwalts des FPÖ-Vorsitzenden bei der juristischen Verfolgung von Antifas bedienen), können wir jedoch nicht zur Tagesordnung übergehen. Der Versuch, rechte Politik, die sich so noch nicht öffentlichkeitswirksam verbreiten läßt, in linke Floskeln zu kleiden - und mit Antifaschisten zu garnieren - dürfte Ihnen nicht unbekannt sein. Nationalrevolutionäre und Neue Rechte bedienen sich dieser Taktik, und da ist bei denen auch schon mal drin, sich selber als verfolgte Minderheit oder als *"Juden von heute«* zu bezeichnen, verfolgt natürlich von Linken und AntifaschistInnen.

Uns würde doch interessieren, wie Sie Ihre Auftritte im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit im Präsidium der Lagergemeinschaft Dachau sehen. Wenn Sie schon nicht bereit sind, sich mit der Kritik aus der Antifa-Szene auseinanderzusetzen, hoffen wir doch eine Diskussion in antifaschistischen Kreisen, besonders auch unter der älteren Generation aus den Lagergemeinschaften und des Bundes der Antifaschisten, auszulösen.

Mit Bedauern,

Antifaschistisches Info-Blatt

Celle

Kundgebung gegen Treffen der Ritterkreuzträger

Am Samstag, den 16.10.93 fand in Celle das Bundestreffen der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR) vor dem Celler Schloß statt. Die OdR ist ein militaristischer, die »Heldentaten« der faschistischen Wehrmacht bejubelnder, Verband. Logistische Unterstützung erhalten die »alten Kameraden« von der Bundeswehr: sie übernimmt den Transport der Nazi-»Helden« und spielt mit ihrer Kapelle zum Tanz auf.

Die OrganisatorInnen der Gegenkundgebung schreiben in ihrer Presseerklärung vom 20.10.93:

An dem Protest gegen das Bundestreffen der Ritterkreuzträger vor dem Celler Schloß beteiligten sich am 16. Oktober 400-500 Personen. Viele PassantInnen äußerten großes Verständnis für unser Tun. Mitglieder des Celler Schloßtheaters trugen Rollenspiele und Sprechgesänge vor. Die Feier der Ordensträger ging weitgehend in Sprechchören und Trillerpfeifen unter. Wir möchten uns bei allen TeilnehmerInnen für ihre Zivilcourage bedanken.

Durch die Mobilisierung und Informationsarbeit im Vorfeld und durch die Kundgebung und das Lärmen vor dem Schloß wurde den Ritterkreuzträger deutlich gezeigt, daß lange nicht alle CellerInnen solche Treffen dieser ewig Gestrigen kritiklos zulassen.

Hervorheben möchten wir auch die oftmals engagierte und kritische Berichterstattung in verschiedenen Rundfunk- und Fernsehbeiträgen, sowie in etlichen Zeitungen und Zeitschriften. Kritischen JournalistInnen hatte die Ordensgemeinschaft im Vorfeld »Laufbahnschwierigkeiten« prophezeit – für alte Opas, die nur ihr Bier trinken wollen, ein äußerst ungewöhnliches Verhalten. Unsere Einschätzung über die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger bestätigte sich. Etliche begrüßten sich freudig mit »Heil Hitler«, andere sahen sich wohl in die Zeit ihrer »Heldentaten« zurückversetzt als sie riefen: *»Dieses rote Gesocks – da müßte man mit dem Maschinengewehr zwischenhalten.«* Da trat diese KZ-Mentalität hervor, die keine Achtung vor dem menschlichen Leben kennt.

Zu den Klängen des Heeresmusikzuges 3 der Bundeswehr sangen die Ordensträger geschlossen die erste Strophe des »Deutschlandliedes« (»Von der Maas bis an die Memel«).



Für die Presse erklärt W. Kertz, daß sich lediglich ein paar alte Opas zum Bier treffen. Kritischen Journalisten kündigte er im Falle negativer Berichterstattung »Laufbahnschwierigkeiten« an.

Alle Ritterkreuzträger haben ihren Orden mit dem Hakenkreuz von Adolf Hitler persönlich verliehen bekommen. Sie sind darauf ungebrochen stolz, wie die Tage in Celle zeigten. Uns hat dabei vor allem die völlig kritiklose Unterstützung dieses Verbandes durch die Bundeswehr und die Verantwortlichen der Stadt erschreckt und empört.

Die Polizei hat zum Schutz der Nazihelden fünf Hundertschaften (darunter ein Sondereinsatzkommando), eine Hundestaffel und zwei Wasserwerfer aufgefahren – ein völlig überzogener und entsprechend teurer Einsatz. Der Schloßpark war hermetisch abgeriegelt; die Innenstadt großräumig abgesperrt. Das Fliegen einiger Hühnereier nahm die Polizei zum Anlaß, die DemonstrantInnen auseinander zu treiben. Dabei wurde eine ältere Frau von der Polizei niedergeschlagen und überrannt. 19 Personen wurden vorläufig festgenommen, gegen die – so die Cellesche Zeitung – »wegen Landfriedensbruch« ermittelt werden soll.

Als die Feier der »alten Kameraden« bereits beendet war, sie ihren Kranz wieder eingepackt hatten und die DemonstrantInnen sich langsam auf den Heimweg machten, schlug die Polizei erneut zu. Mit der völlig fadenscheinigen Begründung »Verhinderung weiterer Ausschreitungen« (wo hatte es welche gegeben?), kesselte sie auf der Stechbahn gut einhundert Personen ein. Dies gab einigen Polizeibeamten die Gelegenheit, vielfältige Schikanen auszuüben: Schubsen, an den Haaren ziehen, Arme ausrenken, beleidigen usw. Exakt 109 Personen mußten ihre Personalien abgeben. Ein Polizeikessel ist gesetzlich äußerst umstritten, aber so hatte die Polizei die Berechtigung für ihr massenhaftes Aufgebot selbst geschaffen.



Friedhelm Busse, FAP-Vorsitzender, kann in Zukunft seine feuchte Aussprache (JournalistInnen können ein Lied davon singen) durch fehlende Zähne noch besser zur Geltung bringen

Bonn

Die Zähne eines Naziführers...

Der Bonner Polizeipräsident Schnitzler hat den Angriff einiger antifaschistisch gesinnter Menschen auf den FAP-Vorsitzenden Friedhelm Busse am 6.11.93 folgendermaßen kommentiert: *»Der Angriff auf Busse sei als ebenso menschenverachtend zu verurteilen wie 'die menschenverachtenden Aktivitäten des rechten Spektrums'«* (Bonner Rundschau 8.11.93) Dies ist eine bewußte, billige Vereinfachung nach dem Motto »Gewalt gleich Gewalt« und setzt den Verlust einiger Zähne eines führenden Neonazis mit den von ihm mitverantworteten alltäglichen faschistischen Morden und Brandanschlägen wie in Mölln und Solingen gleich.

Busse ist kein unschuldiger, politisch etwas verwirrter alter Herr. Er ist seit Jahrzehnten aktiv in der Neonaziszene und gehört zu den Drahtziehern faschistischer Gewalt gegen Flüchtlinge, EinwanderInnen und Andersdenkende der letzten Jahre.

(...)

Busses Aufenthalt hatte auch nichts mit einem netten Einkaufsnachmittag zu tun. Er war hier, weil in Königswinter das Bundesvorstandstreffen der FAP stattgefunden hat. In Bonn taucht Busse öfters auf, da der hiesige Kreisverband der FAP, mit den auch bundesweit agierenden Nazis Norbert Weidner und Hans-Peter Krieger, einer der aktivsten ist.

Eine Aktion, die die Beweglichkeit und Redefähigkeit von Busse einschränkt, ist daher zu begrüßen.

(aus: Presseerklärung der Antifa Pressestelle 9.11.93)

Uelzen

Eine Aktion der Autonomen Gruppe Uelzen verhinderte ein Treffen deutscher Revanchisten. Die Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter (GOG) und die Notverwaltung des Deutschen Ostens (NDO) wollten, wie schon mehrmals andere Nazi-Vereinigungen zuvor, in dem Gildehaus tagen. Doch 30 Antifas besetzten den Raum, verteilten Flugblätter und entrollten Transparente. Als die Antifas der Aufforderung der angerückten Polizei, den Saal umgehend zu verlassen, nicht nachkamen, zerrten die Beamten einen Demonstranten heraus und stellten seine Personalien fest. Die BesetzerInnen entschieden sich daraufhin ihre Aktion vor dem Gebäude weiter durchzuführen, bis sie die Meldung erreichte, daß die Nazis auf einmal für die Betreiber des Gildehauses unerwünschte Gäste waren. Somit wurde die Veranstaltung verhindert.

Stuttgart

Auch dieses Jahr konnte der »deutsche Nationalfeiertag« am 3. Oktober nur unter massivem Polizeiterror gegen die Bevölkerung durchgesetzt werden. Saarbrükken, dieses Jahr Ort der zentralen Veranstaltung, wurde von einem großen Polizeiaufgebot belagert. Das Autonome Zentrum und das Info-Büro wurden überwacht, BesucherInnen kontrolliert. In der ganzen Stadt gab es Kontrollstellen. Trotzdem gelang es am Vormittag vor der Kongreßhalle gegen die zentrale Veranstaltung mit Weizsäcker und Kohl zu protestieren, ein Transparent zu entrollen und einige Autos mit Farbbeuteln zu bewerfen. Danach gab es eine Spontankundgebung (eine Festnahme). Die Aktion stand unter dem Motto: »Für uns Krieg und Elend, für Euch mehr Profit – 'Neue Weltordnung', da feiern wir nicht mit!«

Am nächsten Tag sollte gegen eine weitere »3.-Oktober-Veranstaltung« protestiert werden, bei der Außenminister Kinkel sprechen sollte. Die Gegenaktionen wurden an Kinkels Verhalten gegenüber einigen Häftlingen aus der RAF festgemacht (»Kinkelinitiative«): Es wurde die sofortige Zusammenlegung gefordert, die Entlassung haftunfähiger Gefangener mit der Perspektive, Freiheit für alle politischen Gefangenen zu erreichen. Die Demonstration wurde abgedrängt und eingekesselt, es gab 44 Festnahmen.

Quelle: Radio Harte Zeiten, Saarbrücken

Wolfsburg

Ein Stich ins Wespennest

Auch in Wolfsburg gibt es einen Ortsteil, in dem sich die Faschisten eingerichtet haben: Detmerode! Im Detmeroder Freizeitheim (Jugendzentrum) treffen und organisieren sich Faschisten aus FAP und NPD. Ein kleiner Auszug ihrer faschistischen Aktivitäten:

- ca. 50 Faschisten feierten Hitlers Geburtstag unter der Reichskriegsflagge
- hier werden überregionale Kontakte gepflegt, wird Propagandamaterial verteilt, neue Mitglieder geworben
- Gewalttaten werden geplant und ausgeführt, Andersdenkende terrorisiert, angegriffen und zum Teil schwer verletzt.

Um diesen Ort einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, wurde von AntifaschistInnen aus Wolfsburg am 8.10.93 eine Demonstration organisiert. Trotz massiver Provokationen durch die Polizei, die aggressive Leibesvisitationen durchführte und Funkgeräte, Wasserflaschen und Transparente beschlagnahmte, beteiligten sich ca. 400 Menschen an der Demonstration, darunter auch viele SchülerInnen und Leute, die nicht politisch eingebunden sind. In der Bürgerlichen Presse war mal wieder nur von »linken Chaoten« die Rede. Die Aktion machte deutlich, daß viele nicht gewillt sind, den faschistischen Terror tatenlos hinzunehmen. In Wolfsburg hat sich aufgrund der Detmerode-Kampagne eine rege Diskussion um den Treffpunkt im Jugendzentrum entfacht.

(aus: Presseerklärung des Antifaschistischen Plenums Wolfsburg)

Erkelenz

Am 2.10. sollte eine Demonstration unter dem Motto »Soziale Gerechtigkeit – Soziale Solidarität« durchgeführt werden. Anmelder war der Funktionär der NPD und JN, Sascha WAGNER (s.auch Fascho-Kurzmeldung zu Düren in dieser Ausgabe). Im Anschluß an die Demonstration sollte eine Gründungsveranstaltung von NPD und JN für Erkelenz stattfinden. Als Redner waren Wolfgang NAHRATH (Ex-Bundesführer der Wiking-Jugend) als stellvertretender Landesvorsitzender der NPD und Andreas STORR (Berlin) als JN-Bundesvorsitzender angekündigt. Angesichts 100 Antifas, die den Treffpunkt besetzt hielten, war von den Faschisten an diesem Tag nichts zu sehen.

Quelle: Informat. von Antifas aus dem »Grenzland«

Jülich

Am 20. August 1993 wollten die Rheinländer JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) erneut eine Veranstaltung in Jülich abhalten (s.Info Nr.24). Hierzu mobilisierten sie über das neofaschistische »NATIONALE INFOTELEFON«. Es sollte die faschistische Skin-Kombo »Noie Werte« auftreten. Organisatoren waren Igor RAUSCHEN vom JN-Stützpunkt Jülich und Bernd BITTNER von der dortigen NPD. Es gab eine breit angelegte antifaschistische Gegenmobilisierung zu einer angemeldeten Kundgebung. Die örtliche Polizei betrieb massive Hetze gegen AntifaschistInnen und forderte die Einwohner Jülichs auf, der Demonstration fernzubleiben. Es gab Kriminalisierungs- und Einschüchterungsversuche; Staatsschutzbeamte tauchten bei jugendlichen Antifas zuhause auf, sämtliche Telefone (Telefonzellen??) im Jülicher Innenstadtbereich und etliche Privatanschlüsse wurden angezapft. Es wurden 1000 Polizisten, u.a. aus Aachen, eingesetzt, Vorkontrollen durchgeführt. Eine besondere Blüte aus der staatlichen Hetze gegen die Antifas ist die Begründung der Polizei für die Auswahl der zu kontrollierenden Autos: *»Verdächtig waren in jedem Fall ältere, ungepflegt aussehende (Wagen-) Typen, meist mit Aufklebern, die mit mehreren, meist langhaarigen, Personen besetzt waren.«*

Von diesen Einschüchterungen ließen sich immerhin 500 Antifas, zum größten Teil aus dem autonomen Spektrum, nicht abschrecken. Die Polizei versuchte die Demo, z.T erfolgreich zu spalten.

Die Nazi-Veranstaltung fiel aus; einige Faschisten trafen sich im Haus der Familie NAHRATH (Wiking Jugend/FAP). Es wurden Autos von Faschisten beschädigt; einige Nazis trugen Verletzungen davon.

Tuttlingen

Am 28./29.8. fand in der Brauereigaststätte »Krone« in Tuttlingen-Möhringen der Landesparteitag der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEITMANN (DL) statt. Nur 60-70 AntifaschistInnen reisten an, um gegen den Parteitag zu protestieren. Dieser wurde durch ein massives Polizeiaufgebot geschützt. Die Resonanz der Tuttlinger Bevölkerung auf die Antifas wird als gut geschildert; u.a. berichteten TuttlingerInnen auch, daß sich in der »Krone« regelmäßig Faschisten treffen.

Quelle: TANZ Nr.1/September 1993

Leipzig

Demo zum 9. November

Am 9. Nov. gab es ein Demo, zu der unabhängige Antifagruppen aufgerufen hatten. Sie stand unter dem Motto »9. Nov. 1938 - 9. Nov. 1993, kein Vergeben! Kein Vergessen! Kein Heitmanns Heil!« Ungefähr 350 Menschen nahmen teil. Zu der anschließenden Kundgebung am Gedenkstein, wo früher die Synagoge stand, kamen dann nochmal ca. 100 Menschen von einem Friedensgebet dazu.

Tübingen

»Faschismus ist keine deutsche Spezialität, aber anscheinend eine europäische« heißt es in einem Appell, den verschiedene linke und antirassistische/antifaschistische Gruppen aus Tübingen gemeinsam mit FreundInnen aus Frankreich verfaßt haben. Der Aufruf steht in Zusammenhang mit einer Veranstaltung am 3. und einer Kundgebung am 6. Oktober 1993 in Tübingen gegen den faschistischen GRABERT-Verlag und seinen Ableger HOHENRAIN. Wie im Aufruf geschildert wird, gibt Grabert-Hohenrain seit 40 Jahren faschistische und geschichtsverdrehende »revisionistische« Literatur heraus. Unter anderem wird der Chefideologe der französischen »Nouvelle Droite«, Alain de BENOIST hier verlegt.

Ein zweiter Appell, unterzeichnet von der »Tübinger Koordination gegen Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus«, richtet sich gegen die REPs, die im Raum Tübingen auch mit der neofaschistischen »Heimattreue Vereinigung Deutschlands« (s.Info Nr. 24) zusammengearbeitet haben.

Berlin

9.November

In Berlin-Moabit fand am 9. Nov. die, seit drei Jahren traditionelle, Antifa-Demo unter dem Motto »Kein Vergeben! Kein Vergessen!« der Antifaschistischen Initiative Moabit statt, an der ca. 1750 Menschen teilnahmen. Die Demo führte an einer ehemaligen Synagoge vorbei, wo eine Schweigeminute gehalten wurde. Danach ging es in die Lehrter Straße 18, wo die »Junge Freiheit« ihren Sitz hat oder hatte. Dort wurde, unter dem Schutz der Ordnungshüter, die vor dem besagten Gebäude standen, eine Zwischenkundgebung durchgeführt. Danach ging die Demo am Abschiebeknast vorbei. Dort gab es einen Beitrag zu Übergriffen der Polizei auf Flüchtlinge. Damit auch alle sehen konnten, wie richtig der Redebeitrag war, griff die Polizei in diesem Moment die Demo an. Es gab einige Verletzte und Festnahmen. Nachdem die Polizei sich wieder zurückgezogen hatte, konnte die Demo in Richtung Putlitzbrücke weitergehen. An dem Mahnmal zum Gedenken an die deportierten Juden fand die Abschlußkundgebung statt.

Stoppt die Nazi-Zeitungen

Nach Vorwarnungen an Vertriebe und EinzelhändlerInnen, die faschistische Zeitungen verkaufen, wurden in insgesamt 11 Stadtteilen von Berlin Aktionen gegen rund 50 Zeitungsläden gestartet. Dabei wurden Kioske abgebrannt, mit Buttersäure angegriffen, Türschlösser zugeklebt und Begründungen für diese Maßnahmen geklebt und gesprüht.

Antifaschistische FrauenLesbengruppen und andere antifaschistische Gruppen gaben für diese Aktionen, die von verschiedenen Gruppen gemeinsam in der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober durchgeführt wurden, eine Erklärung heraus, in der sie sich auf die seit ca. einem Jahr laufende bundesweite Kampagne gegen den Vertrieb verschiedener Nazi-Zeitungen beziehen. Erwähnt werden: DEUTSCHE NATIONALZEITUNG, DEUTSCHER STANDPUNKT, DEUTSCHE STIMME, CRITICON sowie die JUNGE FREIHEIT, die als besonders gefährlich eingeschätzt und etwas genauer beschrieben wird.

Aachen

Republikanertreffen geplatzt

Am 11.9. wollte der REP-Kreisverband Aachen eine außerordentliche Mitgliederversammlung durchführen. Diese sollte im Lokal »Burtscheider Treppchen« in Aachen-Burtscheid stattfinden. Besitzer des Lokals ist ein gewisser BUCHMEISTER. Die Versammlung mußte aber ausfallen, weil die örtliche Antifa für die Durchlüftung der Räumlichkeiten gesorgt hatte. Ansonsten machten die REPs einen traurigen Eindruck. Gerade mal ein Dutzend Leute versuchte zur Versammlung zu gehen, wurde aber von Antifas verjagt.

Laut Informationen örtlicher Antifas steht Kneipier Buchmeister auch mit dem, von Antifas unterbundenen, Bundesparteitag der FAP 1990 in der Umgebung von Aachen in Verbindung. Ihm gehörte die früher die Kneipe »Bierbrunnen«. Im Info-Blatt 11 – Mai/Juni 1990 ist allerdings ein anderes Lokal als geplanter Tagungsort angegeben.

München

Nazi Aufmarsch verhindert

Das »Nationale Infotelefon« rief für den 30.10.93 zu einer Demonstration unter dem Motto »Keine Ausländer in der Polizei« und »Gegen ein Ausländerwahlrecht« in München auf. Es stellte sich ziemlich schnell heraus, daß die Veranstalter aus dem Umkreis vom Nazi-Schönling Bela Ewald Althans kamen. Das Münchner Antifa-Plenum rief dazu auf, diese Nazi-Demonstration zu verhindern. Es wurde zu einer Mahnwache am 30.10.93 vor der Zentralen Flüchtlingsunterkunft mobilisiert. Der geplante Ort wurde nicht zugelassen, da dort die Demo der Faschos lang gehen sollte. Genehmigt wurde eine Mahnwache einige hundert Meter weiter.

Am 29.10 wurden zwei Antifas verhaftet und der Infoladen von der Polizei durchsucht. Die Begründung lautete: »Aufruf zu Gewalttätigkeiten«; mit einem Plakat war zur Verhinderung der Demo der Faschisten aufgerufen worden.

Auf dem Tegernseer-Platz tauchten am 30.10. gegen 13 Uhr ganze 10 Faschisten auf. Von den meisten Anwesenden war bekannt, daß sie mit dem AVÖ-Laden in Verbindung stehen (AVÖ = Althans Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit; nach der Umbenennung im September wurde er wegen »Verbreitung faschistischer Propaganda« geschlossen). Unter anderem waren Stephan Wiesel, Stefan Jahnel sowie der Anmelder Huber anwesend. Jahnel erklärte, daß sie zu wenig wären und der antifaschistischen Übermacht weichen müßten. So wurde ihre Kundgebung aufgelöst. Die ca. 250 AntifaschistInnen zogen geschlossen als Spontandemo zur Mahnwache. Es kam dabei zu Übergriffen der Polizei, die keine Gelegenheit ausließ, in die Demo reinzuprügeln. Vier Antifas wurden festgenommen. Das Vorgehen zeigt einmal mehr, wie deutlich Polizei und Staat Positionen beziehen.

(aus: Presseerklärung des Münchner Antifa-Plenums)

Schwedt

Braune Hochburg an der Oder – Antifas machen weiter

Die Öffentlichkeitsarbeit antifaschistischer Initiativen aus Schwedt und Berlin brachte der Stadt an der Oder endlich den Ruf ein, den sie verdient. Umfangreiche Beachtung fand ein Artikel der Berliner Zeitung, der die Praxis der Schwedter Behörden bei der Duldung der Aktivitäten der NF-Nachfolgeorganisationen dokumentierte. Verfahren, in denen Schwedter Nazis von Journalisten wegen Erpressung und Körperverletzung angezeigt wurden, wurden nicht zur Anklage gebracht, die von verprügelten Antifas schon gar nicht. Carsten war einer der Opfer rechter Schläger. Ihn erkannten die Nazis als einen der Teilnehmer auf der Antifa-Demo im Juni dieses Jahres. Er wurde von 20 Nazis überfallen und mußte 2 Tage auf der Intensivstation und eine Woche auf der Unfallstation verbringen. Die Polizei versuchte Carstens Mutter abzuwimmeln und sie davon zu überzeugen, keine Anzeige zu stellen. Erst wurde ihr gesagt, sie könne ohne ihren Mann gar keine Anzeige stellen, dann wollte der Bulle zur Abschreckung eine Fotomappe präsentieren, die Bilder von Opfern zeigte, die es gewagt haben Nazis anzuzeigen. Dieser Fall ist Monate später noch nicht bei der Staatsanwaltschaft angekommen. Dieter Jankow ist Chef der Schwedter Schutzpolizei und um ein gutes Verhältnis zur Szene bemüht: »Einmal im Monat treffe ich mich mit Vertretern der rechten Szene«.

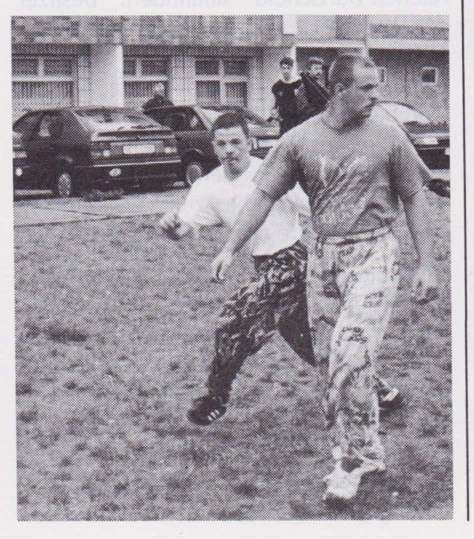
Was die Polizei duldet kann dem Jugendamt nur recht sein. Nach diesem Motto verfährt der Leiter des Schwedter Jugendamtes Burkhard Fleischmann. Er legt großen Wert auf den Dialog mit der Nationalen Jugend Schwedts (NJS), die u.a. von Andreas Pohl (NF) aufgebaut worden ist. Fleischmann besorgt ihr Klubräume, veranlaßt, daß antifaschistische Jugendliche aus den Clubs rausgeschmissen werden und lädt die Nationale Jugend zu den »runden Tischen« ein. Manchmal wird er beruhigend aktiv. Er besuchte die Eltern eines Schwedter Antifas und redete stundenlang auf sie ein, auf ihren Sohn einzuwirken. Er solle sich doch ruhig verhalten und seine »Provokationen« unterlassen. Fleischmann war es, der bekannte Schwedter Nazis als Saalschutztruppe engagiert hatte. Die Ordner griffen einen Lehrer an, der sich zuvor öffentlich gegen Nazis ausgesprochen hatte und warfen ihn ihrem Jungvolk vor die Stiefel. Das Ergebnis für den Lehrer waren eine Gehirnerschütterung, Nasenbeinbruch, Krankenhausaufenthalt und eine mit auf den Weg gegebene Drohung: *»Halt dich aus der Antifa raus.«* Der 17jährige Mirko Hannig wurde unter der Angreifern erkannt und einen Tag später von der Sozialarbeiterin Birgit Kronenberg zum Essen eingeladen.

Um den schlechten Ruf loszuwerden, haben sich einige Aktivitäten entwickelt. Für den 9. November rief der SPD-Oberbürgermeister Peter Scheuer zur Demonstration gegen Gewalt auf. Auch Scheuer pflegte zuvor das Gespräch mit den Nazis. Es kamen immerhin 500 Leute und auch dieses Mal standen die Nazis am Straßenrand, um die TeilnehmerInnen zu beobachten. Sprüche wie *»Scheuer – gestern Freund, heute Feind«* wurden an die Wände gesprüht.

Zwei Tage später verteilten 100 Antifas aus Brandenburg und Berlin Flugblätter an Schwedter Schulen. Es wurde dazu aufgerufen, sich mit der Schwedter Antifa in Verbindung zu setzen. Viele erlebten zum ersten Mal das Klima in Schwedt hautnah. Selbst 12jährige reckten, aus sicherer Entfernung, den Arm zum »Sieg-Heil«. Auch antifaschistische Jugendliche trauten sich an einigen Schulen nicht, Flugblätter zu nehmen, da sie von den Rechten beobachtet wurden. Nach dem Kennenlernen einiger Schulrektoren und Lehrer braucht man sich auch nicht zu wundern, wie die Schüler drauf sind. Einige SchülerInnen und LehrerInnen jedoch freuten sich über den Besuch und suchten das Gespräch. An einer Schule wurden die Antifas mit offenen Armen empfangen, da gerade ein Projekttag über das Thema stattfand.

Organisierte Rechte älteren Jahrgangs ließen sich so gut wie gar nicht sehen und die Polizei zog es vor, die Flugblattaktion aus sicherer Entfernung zu beobachten. Es kam doch noch zu einer Festnahme, weil zwei Nazis Antifas für ihre Verletzungen verantwortlich machten. ■

Die Schwedter Nazis SASSE (groß) und GIESE lernen am Rande der Antifaschistischen Demonstration das Rennen...



Repression –

BRD

Ermittlungen nach §129a gegen die Rote Hilfe

Wegen des Verdachts der Unterstützung bzw. der Werbung für eine terroristische Vereinigung, hat der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen die Rote Hilfe eingeleitet. Das Verfahren richtet sich gegen einen Artikel in der Ausgabe 2/93; in ihr war ein Beitrag zum High-Tech-Gefängnis Weiterstadt dokumentiert worden, das im April 93 von der RAF gesprengt worden war. Der Beitrag war einer fünf Jahre alten Broschüre der »Bunte Hilfe Darmstadt« entnommen und entsprechend gekennzeichnet worden.

Die Ermittlungen richten sich gegen »Unbekannt«, obwohl die Rote Hilfe-Zeitung einen presserechtlich Verantwortlichen nennt. Dies scheint der Versuch zu sein, die Strukturen der Roten Hilfe zu durchleuchten und Reaktionen zu testen. Bisherige Ermittlungen der Sicherheitsbehörden gegen die Rote Hilfe-Zeitung mußten eingestellt werden.

Die Rote Hilfe wertet das aktuelle §129a-Verfahren als erneuten Kriminalisierungsversuch ihrer Tätigkeit, der dazu dienen soll, Menschen vor einer passiven oder aktiven Mitgliedschaft in der Roten Hilfe abzuschrecken. Die Rote Hilfe braucht jetzt selbst die Solidarität, die sie ansonsten für andere organisiert. Sie appelliert an alle, die sich schon einmal mit dem Gedanken befaßt haben, Mitglied zu werden, dies jetzt zu tun, um den Staatsschutzbehörden zu demonstrieren, daß ihr Manöver zum gegenteiligen Erfolg führt. Solidarität ist eine Waffe!

(aus einer Pressemitteilung der Rote Hilfe-Redaktion)

Sachsen

Sonderkommission Rechtsextremismus künftig gegen Antifas

Die sächsische Sonderkommission Rechtsextremismus soll künftig verstärkt gegen Autonome und Antifagruppen eingesetzt werden. Dies hat das sächsische Innenministerium in einem »Extremismusbericht« angekündigt.

Die im Juli 1991 gebildete SokoRex hatte in mehr als 50 Einsätzen die sächsische Nazisszene unter einen *»permanenten Verfolgungsdruck«* gesetzt und erfolgreich

Repression – Repression – Repression

zahlreiche Mitläufer von weiterer Betätigung abgeschreckt.

»Allerdings müßten die Sicherheitsbehörden künftig mehr Personal einsetzen, um den Schutz vor gewalttätigen Extremisten gewährleisten zu können.« Das soll wohl heißen: die immer noch aktiven Nazis sind abgetaucht und agieren jetzt in schwer kontrollierbaren abgeschotteten Zirkeln. Um sich ihre Existenzberechtigung zu sichern, soll die Arbeit deswegen wohl auf die »wahren Feinde« ausgeweitet werden.

Die Polizei will darüberhinaus durch Präventivveranstaltungen und Öffentlichkeitskampagnen über *»Ursachen und Gefahren des politischen Extremismus«* aufklären. *»In einem Modellversuch sollen dabei Sozialarbeiter gezielt in besonderen Problem-Wohngebieten eingesetzt werden.«*

Saalfeld/Rudolstadt

In Saalfeld und Rudolstadt nehmen die Angriffe von Faschisten auf Linke, Ausländer und Andersdenkende zu. Hierbei kristallisierte sich 1991 die Gaststätte »Zur Goldenen Ähre« als faschistischer Treff- und Organisierungspunkt heraus. Mitglieder der mittlerweile verbotenen Deutschen Alternative (DA) waren dort zu sehen, es bestanden Verbindungen zum Nationalen Block (Kronach), zur Nationalen Offensive und zu Thomas Dienel (Deutsch Nationale Partei, Weimar).

Die Organisatoren des Rudolf-Heß-Aufmarsch am 17.8.92 in Rudolstadt sind fest in diese Struktur eingebunden und unterhalten mittlerweile gute Verbindungen zur internationalen Rechten.

Eine Gruppe von Antifas wollte im Oktober 91 die Selbstsicherheit im Nazi-Treff etwas stören. Als sie mit drei Autos an der Gaststätte vorbeifuhren, wurden sie mit Steinen beworfen. Die Antifas ergriffen die Flucht und wurden von mehreren Autos verfolgt. Eines der Antifa-Autos versuchte sich in einer Parklücke zu verstecken und wurde von einem Verfolger-PkW gestellt. Die Verfolger bedrohten die Insassen mit Pistolen. Diese versuchten die Angreifer zurückzuschlagen. Daraufhin wurde viermal auf das vollbesetzte Auto geschossen.

Die Antifas konnten flüchten, wurden aber kurz darauf an einer Straßensperre gestoppt. Die Verfolger stellten sich erst hier als Zivilbullen heraus. Kurze Zeit später griffen die mittlerweile nachgerückten Nazis einen Teil der Festgenommenen mit Tritten und Schlägen an. Die Polizei schritt nicht ein.

Zehn der verhafteten Antifas wurden 19 Stunden in Haft genommen. Bei den Vernehmungen wurden sie mit Schlägen, Tritten, Würgen und auf der Hand ausgedrückten Zigarettenkippen mißhandelt. Bei 7 Verhafteten wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Nach 2 Jahren wurde gegen die (damals noch) Jugendlichen Anklage erhoben. Der Vorwurf lautet auf schweren Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Waffengesetz und Widerstand gegen die Staatsgewalt. *»Dies verdeutlicht, mit welchen Maßnahmen und Kriterien dieser Rechtsstaat gegen AntifaschistInnen vorgeht (...). Es läßt auch vermuten, gegen wen sich das Gesetz zur »Inneren Sicherheit« wenden wird. Nicht gegen mordende faschistische Horden, sondern gegen Menschen, die das nicht so einfach hinnehmen wollen und können. Die 'Festung Europa' wird sich besonders gegen Ausländer, Asylbewerber und Linke richten. Aber ohne uns!!!«* Am 2.12.93 soll der Prozeß in Rudolstadt beginnen.

Berlin

Strafprozeß gegen Gewerkschafter

Am 15. Dezember 93 um 11.20 Uhr findet vor dem Moabiter Gericht in der Turmstraße ein Strafprozeß gegen den Gewerkschafter Hans Köbrich statt.

Zum Hintergrund:

Die neofaschistische FAP machte am 1. Mai 1993 einen Aufmarsch in Berlin-Lichtenberg. Es war der Vorabend des 60. Jahrestages der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Hitler-Faschisten.

Nach dem Bekanntwerden des FAP-Aufmarsches auf der DGB-Kundgebung im Lustgarten zogen spontan ca. 30 GewerkschafterInnen nach Lichtenberg um dagegen zu protestieren. Einer davon war Hans Köbrich, aktives IG-Metall Mitglied und Betriebsrat bei BMW.

Um der FAP den Weg freizumachen, wurden von der Polizei mehrere AntifaschistInnen festgenommen, auch Hansi. Er wird jetzt angeklagt wegen »Widerstand in einem besonders schweren Fall« und »Körperverletzung«. Die »Tatwaffe« soll eine IG-Metall Fahne gewesen sein. Darüberhinaus wird ihm vorgeworfen »Deutsche Polizisten schützen die Faschisten« und »Nie wieder Krieg« gerufen zu haben.

Wir halten es für einen Skandal, daß die Berliner Staatsanwaltschaft eine gewerkschaftliche Aktion kriminalisiert, die zum Ziel hatte den Mißbrauch des 1. Mai's durch Neofaschisten zu verhindern.

Wir fordern die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen H. Köbrich!

Wir fordern ein konsequentes Verbot der FAP und aller anderen neofaschistischen Organisationen!

(aus einem Flugblatt der GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus – Berlin)

Wiesbaden

Zum Verfassungsschutz-Spitzel Klaus STEINMETZ, der es dem Staatsaparat ermöglichte, Birgit Hogefeld zu verhaften und Wolfgang Grams zu ermorden, gibt es jetzt eine Darstellung von Leuten, die in den 80ern in Kaiserslautern in antiimperialistischen Zusammenhängen aktiv waren. Im Zusammenhang mit einem Prozeß gegen AntiimperialistInnen und Leuten aus dem AStA (hier war Steinmetz damals aktiv) hatten sie zeitweilig Kontakt zu ihm. Im Zusammenhang mit diesem Prozeß machte er 1985 Aussagen vor der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz. Schon zu Zeiten der »Friedensbewegung« 1983 war Steinmetz vom Staatsschutz angesprochen worden und ist scheinbar auch zu diesem Gespräch gegangen. 1985 zog er nach Mainz, die Autoren des Textes sagen, daß sie noch bis ca. 1987 sporadisch Kontakt zu ihm hatten. Offensichtlich ist er damals nicht in antiimperialistischen oder autonomen Zusammenhängen gewesen.

Wir rufen hier angesichts der sich verschärfenden Repression auch gegen AntifaschistInnen noch einmal dazu auf: Verweigert Aussagen, trefft Euch nicht mit Verfassungsschützern, ihr habt dabei nix zu gewinnen!

Das Papier geht außerdem auf die Situation in den 80ern in Kaiserslautern ein. Kontaktadresse: Radio Harte Zeiten, c/o Infobüro Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz, 66111 Saarbrücken

Weitere Informationen zu Steinmetz in einem Interview in »Arranca!« 2/1993, zu beziehen über: F.e.I.S., c/o LAZ, Crellestr.22, 10827 Berlin



LeserInnen-briefe

Die Briefe geben immer die Meinung der SchreiberInnen wieder. Auch wenn wir eine andere Meinung haben, wird der Brief unkommentiert abgedruckt. Lediglich faktische Fehler probieren wir richtigzustellen.

Inhaltlich fürchterliche Defizite

*Zum Diskussionsbeitrag **»Keine Klassen mehr? Nur noch Deutsche? Eine Antwort auf 'Calamaty Jane und die abgestürzten Flugblattsammler«** in Antifa-Info Nr.24*

Liebe Leute,

ich schicke euch hier einen Batzen infos zurück, ich werde sie nicht mehr los. Keine Chance. Wandelt meine bisherige Bestellung in ein normales Abo um. In aller Schnelle die Gründe für die Absatzschwierigkeiten, die gleichzeitig natürlich eine Kritik darstellen.

Ihr leistet auf dem Bereich der technischen Bildung gute Arbeit. Das ist unbestritten, deshalb will ich das info weiter beziehen. Inhaltlich habt ihr fürchterliche Defizite. Vom ArbeiterInnenklassen Mythos will ich an dieser Stelle mal absehen, da können wir uns aber sicher gut dran streiten...

Mir ist nicht bekannt, daß irgend jemand behauptet hätte, der deutsche Nationalcharakter sei ein »Geburtsmakel«, wie ihr es unterstellt. Lest da mal nach, so einen Unsinn schreibt wirklich keineR.

Zitate bitte ich richtig wiederzugeben: »Bomber Harris said: 'I would do it again.' We say: 'Do it now!'« Aussage dessen (stark verkürzt): Die Bombardierung deutscher Städte im 2. Weltkrieg war richtig und nicht verurteilenswürdig, die Deutschen keine Opfer. Wenn das hier so weiter geht, könnte so was wieder nötig werden. Ein Apell also an den autoritären Charakter, still zu halten.

Willkommen in der »SAG« (grusel) [Gemeint ist vermutl. die »Sozialistische Arbeitergruppe«, Anm. d. Red.]: »Rassismus, Sexismus und Nationalismus sind von Oben propagierte Verhaltensmuster, die in erster Linie dazu dienen, die Bevölkerung zu spalten und zugunsten der Herrschenden Konkurrenz zu sähen.« Die Bevölkerung ist also ganz unschuldig, arm und verführt von bösen Kapitalisten und Bonzen (immer noch nicht geschnallt, wo hier der Antisemitismus liegt?) die aus ausschließlich ökonomischen Interessen Handeln. Eigene Entscheidungen zugunsten antiaufklärerischer Positionen sind kategorisch ausschließbar? Daß ich nicht lache!

Schade, daß ihr ohne euch eine konkrete politische Perspektive zu konstruieren nicht kämpfen zu können scheint. Was macht ihr, wenn ihr zur Analyse kommt, »daß 99% der Deutschen Rassisten seien«? Verabschiedet ihr euch dann? (...)

Rotfront! C.

Hallo Antifa-Info!

....Ich beschäftige mich speziell mit dem Thema **»Christen in der Braunen Rand-und Naziszene«**. Und da muß ich einen Artikel aus Info Nr. 24 wiederlegen: Die COTC (S.56/57-Untertitel USA) ist keine neuheidnische sondern eine »heidnische -christliche« Bewegung. Ihr Heidenverständnis versteht sich im »Einklang leben mit Natur und Kosmos«. B. Klassen selber war Katholik, besuchte regelmäßig die Kirche.

Im Ausland sind die Christen sowieso sehr stark in rassistisch-nazistische Gruppen eingebunden. Im Ku-Klux-Klan haben Christen ihren festen Platz genau wie in unbekannteren Organisationen wie »American liberat Movement« (Amerikanische Freiheitsbewegung), »Arijan war« (Arischer Krieg) oder »Gods arijan war« (Gottes arischer Krieg). Aber nicht nur in der USA, sondern auch in Südafrika (F.Munroe-»AVF«) oder Rußland (Konstantinow-»Einheit«) werden Kirche und Christen für nationalistische-faschistoide Zwecke in jeweiligen Organisationen eingespannt.

Auch in Deutschland, wo bisher Möchtegern-Rechtsradikale eine offen antichristliche Einstellung hatten, ist zu bemerken, daß immer mehr Christen auf die dummdreisten Sprüche eines Herrn Schönhuber oder Frey reinfallen. Es geht sogar noch weiter. Christen gründen ihre eigenen rassistischen Organisationen wie z.B. »Christlich-Konservatives Deutschland Forum«, »Deutsche Katholische Jugend« und »Christlich-Nationale Bewegung« (in Berlin aktiv). Sogar in den faschistischen Nazikreisen haben sich Christen etabliert. In Marzahn und Lichtenberg sind zeitweise die Wände mit rassistischen Parolen und Aufklebern einer Gruppe »Trampe Skins« voll. Sprüche wie »Ostberlin bleibt türkenfrei« usw. Sie scheuen sich nicht, Runen und das Hakenkreuz zu verwenden. Und dann tauchen unter ihren Phamphleten und Graffitis Sätze auf wie: »Mit Gott für ein besseres Deutschland«, »Gott mit uns«, »Christen und Heiden geeint gegen Links«.

Mein Aktivismus bleibt leider darauf beschränkt, solchen Kram zu entfernen. Man müßte natürlich die Hintermänner (es gibt keine Kontaktadresse) herausfinden, um das Übel direkt an der Wurzel vernichten »zu können«. (Quellen: teilweise »Anne-Frank-Journal«)

Antifaschist aus Lichtenberg

Richtigstellung zu den Ereignissen im Umfeld der Antifa-Demo am 4.9.93 in Frankfurt/Oder.

Dazu die uns bekannten Zwischenfälle

- Ca. 11.30 Uhr befindet sich eine Antifa-Gruppe bei ihren Autos, als sie plötzlich von etwa acht Personen angegriffen werden. Sie trugen Stiefel, Kampfanzüge und waren vermummt. Sie warfen ein paar Steine und kamen, mit Holzknüppel, auf die Antifas zugerannt. Durch das anfängliche Chaos gingen erst nur einige zur Gegenwehr, den Angreifern entgegen - die sich, bis auf einen, verpissten. Bei der folgenden Auseinandersetzung wurde ein Antifa am Kopf verletzt und mußte ins Krankenhaus, der Täter entkam mit einigen Beulen.

- am Abend wurde ein Kleinbus angegriffen der bis auf einen kaputte Scheibe noch Glück hatte.

- ein weiterer Antifa hatte weniger Glück, er wurde bei einem Angriff schwer verletzt. Als er am Boden lag, befahl einer, ihm das Bein zu brechen. Diese Ereignisse spielten sich alle in der Umgebung der Oderallee, nähe Stadion, ab. Die Beschreibung der Täter und ihr organisiertes Handeln lassen darauf schließen, daß es sich um organisierte Faschisten handelt.

Autonome Antifas Berlin/Brandenburg

Liebe Antifas,

in der letzten Ausgabe stand etwas über einen Anschlag auf ein Auto eines Mitglieds des **CARTELL VEBAND KATHOLISCHER STUDENTENVERBINDUNGEN.** Der CV ist keine Burschenschaft, sondern eine katholische Verbindung. Burschenschaften sind nur die Verbindungen, die in der DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT zusammengeschlossen sind und einige andere, welche sich selbst so bezeichnen.

Mit antifaschistischen Grüßen

Eure Hochschul-Antifa, ASTA Uni HH

9. NOVEMBER

Ein Plakat und seine Folgen



AntifaschistInnen in Göttingen haben anläßlich des vielleicht wichtigsten revolutionären Datums in Deutschland, der Novemberrevolution 1918, unterschiedliche Aktionen und ein bundesweit verklebtes Plakat organisiert. Hierzu bringen wir eine Presseerklärung aus Göttingen. In einem uns zugekommenen Beitrag werden Plakat und Presseerklärung kritisiert. Wie kein anderes Datum, steht der 9. November für die deutsche Geschichte in diesem Jahrhundert: 1918 Novemberrevolution, 1923 Hitlerputsch, 1938 antijüdische Pogrome, 1989 Fall der Mauer. In den zwei Beiträgen werden unterschiedliche Sicht- und Umgehensweisen in Bezug auf den 9. November deutlich. Wir sehen Stoff für eine inhaltliche Diskussion.

Pressemitteilung

zur Antifaschistischen Aktionswoche und der Demonstration am 9. November 1993 in Göttingen

Die Demonstration am Abend des 9. November 1993 in Göttingen – zum Gedenken an den Jahrestag der deutschen Novemberrevolution von 1918 und den Opfern der antijüdischen Pogrome der Faschisten um den 9. November 1938 – stellte mit 400 Teilnehmern und Teilnehmerinnen einen Höhepunkt der antifaschistischen Wochen dar.

Vom 24. Oktober bis 14. November 1993 liefen im Zusammenhang mit diesen Wochen in Göttingen eine Vielzahl von Veranstaltungen. U.a. kamen Zeitzeugen wie Emil Carlebach, ehemaliger Häftling des KZ Buchenwald und Mitglied des illegalen Lagerkomitees und Kurt Baumgarte, aktiver Kämpfer im kommunistischen Jugendverband KJVD und ebenfalls 10 Jahre von den Nazis in Zuchthäuser und KZ verschleppt, zu Wort.

Einen Mittelpunkt der antifaschistischen Wochen bildete die Ausstellung »Revolutionäre Aufstände und antifaschistische Organisationen in der Weimarer Republik«...

In den zwei Wochen, die die Ausstellung zu sehen war, haben einige hundert Besucher und Besucherinnen sich über die politische Entwicklungen in der Zeit der Weimarer Republik informieren können. (...)

Uns ging es darum, die politischen Zusammenhänge zwischen den Daten des 9. November 1918, 1923 und 1938 aufzuzeigen. Im Mittelpunkt stand dabei der 9. November 1918, das Datum der deutschen Novemberrevolution, mit der der I. Weltkrieg beendet, die Monarchie beseitigt und politischer und sozialer Fortschritt in der Gesellschaft eingeleitet wurde.

Der Kampf der revolutionären Bewegung im deutschen Reich, die weitaus mehr wollte, als die parlamentarische Demokratie, nämlich mittels Rätesystem die kapitalistische Herrschaftsordnung abschaffen, wurde in einem blutigen Bürgerkrieg unter der politischen Verantwortung der Sozialdemkratie niedergekämpft.

Doch die militärische und politische Niederlage der revolutionären Bewegung reichte den rechten und bürgerlichen Kreisen nicht aus. Die Tilgung der revolutionären Erhebung aus den Köpfen und der Geschichte war ihr Ziel.

Kein Wunder also, daß der Hitlerputsch 1923 in München zum 9. November inszeniert wurde. Der von den Rechten als »Schanddatum« bezeichnete 9. November 1918 sollte durch den faschistischen Putsch historisch überflügelt und die Taten, der von den Faschisten als »Novemberverbrecher« titulierten Revolutionäre und Revolutionärinnen, aus dem Bewußtsein dert Bevölkerung verschwinden.

Die Nazis unternahmen alles, um nach 1933 dieses Vorhaben umzusetzen. Der 9. November wurde ein NS-Feiertag, an dem den Toten des Hitlerputsches in einer pompösen Inszenierung im ganzen Reich gedacht wurde. So fügten sich auch Jahre später die antijüdischen Pogrome um den 9. November 1938 in dieses Vorhaben ein. Die im ganzen Reich wegen des 9. November in Bereitschaft stehenden SA- und SS-Stürme brauchten nur noch die Befehle zu erhalten, um systematisch gegen den jüdischen Teil der Bevölkerung vorzugehen. Seither steht der 9. November als Datum für eines der schlimmsten Verbrechen, das durch das deutsche Volk begangen wurde.

Obwohl sich mit dem 9. November 1918 soviel anderes verbindet, als mit den Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung 1938, denken wir, daß wir beiden Daten gedenken können und müssen. Sie gegeneinander zu halten, das eine neben dem anderen nicht gelten lassen zu wollen, hieße das Geschäft einer unredlichen Geschichtsschreibung zu betreiben.

Wenn auch die revolutionäre Bewegung 1918 nicht siegte, sollte nicht vergessen werden, wieviele progressive Impulse trotzdem in der Gesellschaft zu wirken begannen. Das allgemeine und geheime Wahlrecht, das Wahlrecht für Frauen, der 8-Stunden-Tag, um nur einige wenige Punkte zu nennen, die uns heute wie selbstverständlich erscheinen, verdanken wir der Revolution von 1918.

Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V. und Autonome Antifa (M)

9. NOVEMBER

Plakative Revolutionsromantik

»Der Blick zurück ist nie nur ein Blick zurück. Er ist immer motiviert aus einem Interesse am Heute. Er ist immer, ob ausgesprochen oder nicht, ein vergleichender. Sei es aus Gründen der Kritik an Gegenwärtigem, sei es aus Gründen der Rechtfertigung.«

Ingrid Strobl

Dieses Zitat von Ingrid Strobl findet sich auf einem kürzlich von der »Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation« (im folgenden BO) herausgegebenen Plakat zum 9. November 1993. Wohl zur Rechtfertigung der eigenen Praxis müssen die Sätze von Ingrid Strobl dafür herhalten, daß sich plakativ auf den 9. November bezogen wird. Nicht etwa erinnernd auf den 9. November 1938, sondern zentral auf den 9. November von 1918, auf die Novemberrevolution.

Wie kann es angehen, daß eine antifaschistische Organisation ein Plakat zum 9. November 1993 herausgibt und sogar unter Verweis auf die *»gern verdrängte Erinnerung«* an die Stelle des Gedenkens an den antisemitischen Novemberpogrom von 1938 eine plakative Revolutionsromantik setzt? Dies erfordert eine genauere Betrachtung.

Der Blick zurück

Der Haupttext unter der Überschrift *»9.November 1918 – 9. November 1993, 75. Jahrestag der Novemberrevolution und der Räterepublik«* lautet: *»Bis 1989 stand der 9. November im Nachkriegsdeutschland im Zeichen der Erinnerung an die gern verdrängte 'Reichspogromnacht'. Seit dem Mauerfall darf an diesem Datum in Deutschland wieder gefeiert werden. Der 9. November hat aber auch eine revolutionäre Geschichte: 9. November 1918: Sturz der Monarchie, Karl Liebknecht ruft in Berlin die 'Sozialistische Republik' aus. Bereits zwei Tage zuvor in München: Im Anschluß an eine Friedenskundgebung ruft Kurt Eisner die Republik aus. Kasernen werden gestürmt, der bayische König flieht, Wahl eines Arbeiter- und Soldatenrates. Am 9. November 1923 wird in München der Hitlerputsch niedergeschlagen.«*

Bereits im Einleitungssatz ist einiges verkehrt. Die Einschätzung der BO, der 9. November habe vor 1989 *»im Zeichen der Erinnerung an die gern verdrängte 'Reichspogromnacht'«* gestanden täuscht Bedingungen vor, wie sie niemals existiert haben. Gedenken an die jüdischen Opfer der Pogromnacht von 1938 war, gesamtgesellschaftlich gesehen, nicht weit verbreitet. Es gab anläßlich bestimmter Jahrestage, wie beispielsweise dem 50. Jahrestag der Pogromnacht 1988, verstärkte Anstrengungen antifaschistischer Kräfte an diesem Tag zu gedenken. Unter den überlebenden Jüdinnen und Juden, unter den NS-Verfolgten und den Widerstandskämpferinnen und -kämpfern, einer kleinen Minderheit gemessen an der gesamten Bevölkerung, gab und gibt es ein Bewußtsein über die Bedeutung des 9. November 1938. Sie waren es, die in der Bundesrepublik Jahr für Jahr an den Pogrom vom 9. November 1938 und die Machtübergabe an die Nazis am 30. Januar 1933 erinnerten. Das ist aber nicht zu verwechseln mit einem in der Bevölkerung verankerten kollektiven Gedenken, das es möglich macht davon zu sprechen, daß der 9. November *»im Zeichen der Erinnerung«* stand bis 1989.

Unklar bleibt auch, was die BO'lerInnen mit dem unpräzisen Begriff *»Nachkriegsdeutschland«* meinen. Wenn die BRD und die DDR gemeint sind, bleibt anzumerken, daß sich in beiden Staaten unterschiedliche Formen des staatlichen Gedenkens herausgebildet hatten.

Verdrängung und Ersetzung

Im Kontext der Aktivitäten der Autonomen Antifa M und dem Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V. zum 9. November 1993 wurde nicht nur das Plakat veröffentlicht, sondern auch eine Presserklärung (s. Seite davor). In der Presserklärung erläutert die Autonome Antifa M, warum ihrer Meinung nach am 9. November sowohl der Opfer der Pogromnacht von 1938 wie der Novemberrevolution gedacht werden müsse. Nicht beiden »Daten«, zu gedenken, *»das eine neben dem anderen nicht gelten lassen zu wollen, hieße das Geschäft einer unredlichen Geschichtsschreibung betreiben.«* Da es Ziel der Nazis und rechter bürgerlicher Kreise war, die *»Tilgung der revolutionären Erhebung aus den Köpfen und der Geschichte«* zu betreiben, sei die Erinnerung an 1918 wichtig.

Im Fluchtpunkt dieser Argumentation steht der 9. November 1938 als ein Ereignis, quasi als Höhepunkt in einer Entwicklung, die dem Vergessen der Novemberrevolution diente: *»So fügten sich auch Jahre später die antijüdischen Pogrome um den 9. November 1938 in dieses Vorhaben ein.«* Die Pogromnacht wird in letzter Instanz so als antisozialistisch und nicht in erster Linie als antisemitisch motiviert zurechtinterpretiert. Das ist in der Tat *»unredliche Geschichtsschreibung«*, wenn dieses Wort aus dem Vokabular oberlehrerhafter Belehrung benutzt werden soll. Der Ausgrenzungsprozeß, angefangen von dem Boykott jüdischer Geschäfte 1933 bis zu den »Nürnberger Gesetzen«, gerät so aus dem Blick. Das die Bedeutung des Antisemitismus vor 1938 im Nationalsozialismus aus dem Blick gerät, paßt allerdings zu einem Plakat, daß anläßlich des 9. November nichteinmal Antisemitismus heute thematisiert.

Auf dem Plakat ist nur an einer Stelle die Rede von der Pogromnacht von 1938. Paradoxer Weise wird von der *»gern verdrängte(n) 'Reichspogromnacht'«* gesprochen, um einer Ankündigung gleich, sie im Folgenden vollkommen verschwinden zu lassen. Wer die Opfer waren, wer die Täterinnen und Täter, die den Pogrom organisierten, wird mit keinem Wort benannt. Eine erstaunliche Leistung.

Der staatlich organisierte Massenpogrom, der sich gegen alle Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland richtete, wird nicht mehr thematisiert. Kein Satz dazu, daß die Synagogen verwüstet und niedergebrannt, die Wohnungen und Geschäfte von jüdischen Menschen zerstört und geplündert wurden. Kein Wort darüber, daß 20.000 Jüdinnen und Juden allein am 9. und 10. November verhaftet und viele gefoltert und gelyncht wurden. Das alles verschwindet, indem es nicht mehr benannt wird.

An die Stelle der Erinnerung an den Pogrom von 1938, der einen entscheidenden Schritt darstellte im Übergang von dem gesellschaftlichen und staatlichen Diskriminierungs- und Ausgrenzungsprozeß von Jüdinnen und Juden, hin zur Shoah, ihrer europaweiten industriellen Vernichtung in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern, wird der Blick zurück auf die gescheiterte Novemberrevolution von 1918 gesetzt, die es vermochte







Der 9. November in Zeichen der Geschichte:

***Die Übergabe der Garde-Klauen-Kaserne an die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates am 9. Nov. 1918** (Bild rechts oben)*

***Bei dem Pogrom am 9. Nov. 1938 gefangengenommene Juden werden in die Konzentrationslager abgeführt** (Bild oben)*

***Aktion anläßlich der Maueröffnung am 9. Nov. 1989** (Bild rechts)*

die demokratische, nicht aber die sozialistische Republik zu erkämpfen. Diese Verdrängungsleistung ermöglicht es scheinbar den positiven Bezug auf die »eigene« Geschichte wiederherzustellen. In Zeiten der epochalen Niederlage der revolutionären Bewegungen wird der Mangel an eigener Stärke überdeckt, indem unkritisch der Bezug zur Novemberrevolution hergestellt wird.

Es darf gefeiert werden?

Das war aber erst der Anfang. Der Plakattext geht noch weiter: *»Seit dem Mauerfall darf an diesem Datum in Deutschland wieder gefeiert werden.«* Wie ist das gemeint? Darf nun gefeiert werden oder nicht? Die Irritation entsteht dadurch, daß die ironisierende Formulierung nahelegt, die AutorInnen meinen, es dürfe wirklich gefeiert werden. Natürlich nicht die Maueröffnung, sondern die revolutionäre Bewegung von 1918. Die Novemberrevolution endete aber bekanntlich in einer Niederlage, die nicht allein aus dem brutalen konterrevolutionären Terror ihrer Gegenkräfte erklärt werden kann.

Die 1918 erkämpfte demokratische Republik endete im Notverfassungsstaat Brünings und macht es von daher notwendig die Niederlage der Arbeiterbewegung von 1933 mitzureflektieren. Die Niederlage des antifaschistischen Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus in der Weimarer Republik macht es notwendig die Fehler der Faschismusanalysen und die politischen Fehler der antifaschistischen Bewegung von damals zu analysieren. Es geht nicht an, das Problem der Kollaborationsbereitschaft und der teilweisen Selbstgleichschaltung der Gewerkschaften auszublenden und begeistert auf Erkämpftes, wie den 8 Stundentag und das Frauenwahlrecht zu blicken.

Ohne den Versuch einer kritischen Aufarbeitung dieser Niederlagen bleibt der Bezug auf 1918 abstrakt und wird zur billigen Revolutionsromatik. Billige Revolutionsromantik hilft allerdings keinen Schritt weiter bei der aktuellen Frage, wie antifaschistische Politk verhindern kann, daß noch mehr Arbeiterinnen und Arbeiter faschistische Parteien wählen und rassistische und antisemitische Ersatzhandlungen und Ersatzidentitäten an Stelle von internationalistischem antikapitalisitschem Widerstand treten.

Historisches Wissen über die Geschichte der antifaschistischen und der revolutionären Bewegung ist dringend notwendig, um aus den Niederlagen der Bewegungen zu lernen. Dringend notwendig ist auch die Aneignung von Wissen über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik. Das Wissen allein reicht aber nicht aus. Es bleibt nutzlos, wenn es nicht mit der Bemühung zusammenkommt mit Menschen der heute wieder Diskriminierungen und Verfolgungen ausgesetzten Gruppen eine Beziehung aufzubauen. Wer sich um ein solche Beziehung beispielsweise zu den jüdischen Überlebenden des Nationalsozialismus bemüht, weiß was ihnen der 9. November bedeutet. Wer das weiß, weiß auch um ihre Angst, daß am 9. November eines Tages allem Möglichen gedacht wird, nicht mehr aber an den Terror des Novemberpogroms von 1938.

Gedenken heißt nicht nur am 9. November dem Pogrom von 1938 zu gedenken, sondern heißt die Verbundenheit mit den Opfern des nationalsozialistischen Terrors zum unverzichtbaren Bestandteil unserer antifaschistischen Kultur im Alltag zu machen. ■

Florian Schmaltz (Beirat des Auschwitz-Komitees in der BRD)

»Die volle Bedeutung des Kampfes wurde nicht erkannt.«

In den nächsten Jahren werden sich immer mehr auch bis dahin konservative und vom Kapital befriedete Menschen mit einer Situation konfrontiert sehen, in der ihnen die Grundlage für ihre bisherige Existens durch Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau zerstört wird. Ob und in welche Richtung die Betroffenen sich entwickeln werden, wird wesentlich davon abhängen, ob es zu Widerstand kommt und wie dieser geführt wird. Von der vertanenen Chance im Zusammenhang mit Bischofferode handelt das folgende Anfang November geführte Interview mit dem 75jährigen Antifaschisten FRITZ TEPPICH, der sich im Sommer dem Hungerstreik der Kali-Kumpel angeschlossen hatte.

Die als konservativ und christlich geltenden Kali-Kumpel in Bischofferode haben einen beharrlichen Kampf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze geführt und führen ihn noch immer. Der Aufruf von ihnen und ihren Unterstützern, diesen Kampf zu einem Flächenbrand in Thüringen und ganz Ostdeutschland auszuweiten, verhallte weitgehend ungehört. Damit ist eine wichtige Chance von Belegschaften, Gewerkschaften und fortschrittlichen Kräften vertan worden, aus den isolierten Protesten gegen Massenentlassungen eine breite kämpferische Bewegung zu schaffen, die in der Lage gewesen wäre auch politisch einiges in Gang zu setzen. Damit haben sich aber auch die Möglichkeiten für einen aktiven Kampf gegen Faschismus und Reaktion weiter verschlechtert. In der antifaschistischen Bewegung wird dies nicht thematisiert. Ein schwerer Fehler, wie wir finden. Faschismus läßt sich auf Dauer nicht durch Aktionen kleiner und isolierter Gruppen aufhalten (daß auf den Staat erst recht nicht zu hoffen ist, wird von vielen ja gesehen), sondern nur durch Aktionen auf der Straße, die von einer breiten Massenbewegung getragen werden. Diese notwendige Verbreiterung der antifaschistischen Kräfte setzt die Einbeziehung sozialer Forderungen und die Vernetzung (und damit möglicherweise auch Radikalisierung) der verschiedenen Kämpfe voraus. Grundlage für einen solchen Prozeß sind eigenständige, um die eigenen Interessen, geführte Kämpfe. Davon kann heute noch überhaupt nicht die Rede sein. Vor dieser Situation gilt es aber nicht den Kopf in den Sand zu stecken, sondern die ersten Schritte in die richtige Richtung zu tun und das heißt heute, die Diskussion darüber überhaupt in Gang zu bringen und die verschiedenen sozialen Kämpfe und Bewegungen in der gesamten Gesellschaft stärker zur Kenntnis zu nehmen.

Info: Wie kam es zu deinem Entschluß nach Bischofferode zu gehen und am dortigen Hungerstreik der Kali-Kumpel gegen die Schließung des Bergwerks teilzunehmen?

Fritz: Ich bin Vorsitzender des Seniorenausschußes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen im DGB Berlin und als solcher Mitglied im Landesvorstand der HBV. Wir hatten erfahren, daß der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie (IGBE) den kämpfenden Kumpeln in Bischofferode in den Rücken fällt. Das fanden wir schlimm. Wir hätten verstanden, wenn die Leitungsgremien und der Vorsitzende der IGBE anfangs eine andere Meinung vertreten hätten. Aber wenn Arbeiter kämpfen, dann hat die Gewerkschaft die Verpflichtung ihnen zu helfen und ihnen beizustehen und alle Kritik mu0 zurückstehen. Da man in der gegebenen Situation nicht mit Worten helfen konnte, sondern bloß mit Taten, haben wir von der Leitung des Seniorenausschußes beschloßen, daß ich nach Bischofferode fahre und am Hungerstreik teilnehme. Ich habe 23 Tage am Hungerstreik und später am Protestmarsch nach Berlin von Genthin nach Brandenburg teilgenommen. Wegen einer Mitgliederversammlung des Seniorenausschußes kehrte ich nach Berlin zurück. Da trafen sich 71 Mitglieder und dort habe ich gesagt, wir müssen hier etwas spektakuläres machen. Acht Leute haben sich gemeldet und wir haben kurzzeitig die Außenstelle des Bundeswirtschaftsministeriums Unter den Linden besetzt und zwei Tage später die Bezirksstelle der IGBE. Dort hatten wir ein Gespräch mit dem Bezirksleiter, bei dem wir noch mal unseren Standpunkt dargelegt haben. Wir waren der Ansicht, daß sich jetzt entscheiden muß, ob die Gewerkschaften eine Art Dienstleistungsgesellschaft nur zum Abschluß von Tarifverträgen sind, oder ob sie eine energische Interessenvertretung der Arbeitenden, der Arbeitslosen und der Rentner sein sollen. Das hat ziemlich viel Aufsehen erregt und es hat bis in die Spitze des DGB eine Diskussion gegeben.

Info: Gregor Gysi steht nicht allein, wenn er in einem Zeitungsinterview die Gegend um Bischofferode als katholisch und schwarz, d.h. konservativ, bezeichnet hat. Warum kam es gerade dort zu solch einer Ausweitung des Protestes gegen Arbeitsplatzabbau?

Fritz: Die Leute haben dort in der Gegend zu 90% CDU gewählt; das würden sie wohl heute nicht mehr tun, denn in diesem außerordentlich langen und verdienstvollen Kampf seit Mitte Dezember 1992 haben sie natürlich viele neue Ansichten und Erkenntnisse gewonnen und neue Erfahrungen gemacht. Zur Frage: Erstens glaube ich, Bischofferode ist j.w.d., sehr isoliert, auch von der Hektik und von der Reizüberflutung dieses Lebens. In der Abgeschiedenheit können sie viel nachdenken. Zum zweiten gab es starke Unterstützung durch die Familien. Die Religion hat auch eine große Rolle gespielt, wobei diese Leute meist sozusagen basisreligiös eingestellt sind. Sie sehen Jesus Christus als einen Kämpfer für Gerechtigkeit und ich denke, das hat ihnen Kraft gegeben. Das alles führte dazu, daß die Belegschaft äußerst intelligent ihren Kampf führt. Dies zeigt sich auch an der Art und Vielfalt ihrer Aktionen: Die Frauen sind monatelang mit in den Schacht gefahren, dann der Hungerstreik, der Marsch nach Berlin, verschiedene Kundgebungen usw. Auch in den Verhandlungen die es verschiedentlich bis zum Bundeskanzleramt gab, wurde beachtliches geleistet. Die Gegenseite hatte die Schaffung von Ersatz-Arbeitsplätzen für einen begrenzten Zeitraum in Aussicht gestellt, aber die Kumpel haben gesagt, daß sie sich nicht gegen die Arbeitslosen— von denen es ja 22.000 in der Gegend gibt — ausspielen lassen und haben diese Bestechungsversuche zurückgewiesen.

Info: Gab es von Rechts Versuche der Einflußnahme?

Fritz: Ja. Mehrere rechte Gruppierungen sind dort zu den Aktionstagen erschienen. Sie sind so aufgetreten, daß sie nicht auf den ersten Blick zu erkennen waren. Als ein Beispiel möchte ich die Schiller-Ge-



Fritz Teppich auf der Antifa-Demo am 19.8.92 in Eberswalde anläßlich der Ermordung von Amadeu Antonio

sellschaft von LaRouche und seiner Frau Helga Zepp-LaRouche nennen, die dort mit vielen Zeitungen erschien. Es gab auch einen fragwürdigen Mann, den wir nie ganz durchschauen konnten, der sich zu den Hungerstreikenden eingeschlichen hatte. Es hat das also gegeben und zwar ziemlich intensiv.

Info: Wie haben die Kali-Kumpel darauf reagiert?

Fritz: Es mußten erst Erfahrungen gesammelt werden. Leute mit mehr politischer Einblick haben versucht den Kumpeln zu erklären, was hinter der demagogischen Propaganda der Rechten steckt. Das hat gewirkt.

Info: Wie sah die Unterstützung des Kampfes vor Ort und durch Gewerkschaften aus?

Fritz: In der unmittelbaren Umgebung wurden die Kumpel stark unterstützt. Nur so war es möglich, daß am ersten Aktionstag ca. 10.000 Leute teilgenommen haben. Die IGBE spielt dagegen eine fatale Rolle, indem sie den Kumpeln während des Kampfes in den Rücken gefallen ist. Sie hat an den Egoismus der Arbeiter in den anderen Kali-Bergwerke appelliert, indem sie gesagt hat, wenn Bischofferode weiter arbeitet, dann werden die anderen ihre letzten Arbeitsplätze verlieren. Der IGBE-Vorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Berger, der übrigens im Aufsichtsrat der BASF sitzt, hat also im Effekt für die Interessen dieses NS-belasteten Konzerns Stellung bezogen.

Info: In dem Aufruf »Thüringen brennt« hatten sich eine Reihe Betriebs- und Personalräte aus der Region für eine Bündelung der Kräfte im Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung in Ostdeutschland eingesetzt. Hat sich da etwas bewegt?

Fritz: Zu wenig. Die konservativ-reaktionären Organe – ich nenne das Handelsblatt, die FAZ, auch den Spiegel – hatten erkannt, welche Weiterungen dieser Kampf haben könnte. Sie sprachen von Flächenbrand, der ausgetreten werden müßte. Sie haben gesehen, daß durch eine Vernetzung aller Arbeitenden, die in ähnlicher Situation sind, für die Bundes- und Landesregierung eine schwierige Situation enstehen würde. Die SPD-Führung steht leider für den Fusionsvertrag und damit gegen Bischofferode. Es hat von einzelnen Leuten aus den Reihen der SPD, der Grünen und nachhaltig seitens der PDS sowie der ostdeutschen Betriebsräteinitiative und lokal von einzelnen Gewerkschaften Unterstützung gegeben. Das ist aber nicht genug angesichts der Bedeutung, die die Sache hatte. Auch das »Neue Deutschland« hat zwar Artikel gebracht, in denen die Lage erklärt wurde, aber der Apell an die Massen und an die etwa 140.000 Mitglieder der PDS, daß sie überall ebenso spektakuläre Aktionen unternehmen, wie die Bischofferoder, ist ausgeblieben. Als die kämpfenden Kumpel zu ähnlichen Aktionen in anderen Städten und Regionen aufriefen, hätten 100 Leute in 50 Städten genügt, die in einer Kirche oder in einem Gewerkschaftshaus mit Hungerstreiks angefangen hätten und der Flächenbrand wäre dagewesen. So ist es nicht dazu gekommen. Wir können in Deutschland lange zurückblicken, bis wir einen Kampf finden, der mit dieser Intelligenz, Beharrlichkeit und Energie geführt wurde. Das hat nicht nur Bedeutung für die Arbeiterbewegung, sondern auch für Deutschland überhaupt. Gerade in diesen Tagen um den 9. November wird klar, wie sich Deutsche immer wieder gebeugt haben und nicht aufgestanden sind und auch nicht genug den Mund aufgemacht haben. Dieser Kampf wurde also bis in die Linke hinein unterschätzt.

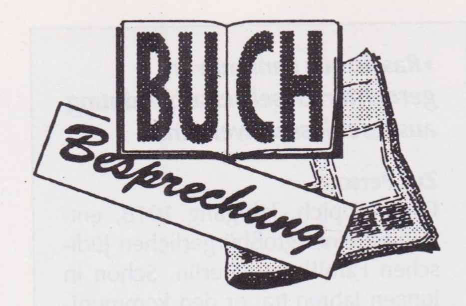
Info: In den letzten Jahren hat es in Deutschland einen starken Rechtsruck gegeben. Es ist zu erwarten, daß sich dies im nächsten Jahr bei den Wahlen fortsetzen wird. Wie siehst du die politische und soziale Entwicklung in Deutschland vor dem Hintergrund deiner Erfahrungen?

»Rassismus kann nur in gerechter Gesellschaftsordnung ausgeschlossen werden.«

Zur Person:
Fritz Teppich, Jahrgang 1918, entstammt einer großbürgerlichen jüdischen Familie aus Berlin. Schon in jungen Jahren trat er den kommunistischen Roten Pfadfindern bei. 1933 ging Fritz ins Exil und lernte in Paris Koch. Im September 1936 gehörte Fritz zu den ersten Freiwilligen, die zur Verteidigung der spanischen Republik gegen den Franco-Putsch sich auf eigene Faust nach Spanien durchschlugen. Bis 1939 kämpfte er in der republikanischen Armee und geriet nach Francos Sieg in Gefangenschaft. Nach gelungener Flucht lebte er in Belgien, wo er beim deutschen Überfall 1940 als Deutscher interniert, nach Südfrankreich deportiert und im berüchtigten französischen Lager Camp du Vernet interniert wurde. Der Deportation in deutsche Vernichtungslager konnte sich Fritz durch Flucht nach Portugal entziehen. Bis zu seiner Rückkehr nach Berlin im Jahr 1946 war Fritz im portugiesischen Exil.

In den späten 70er Jahren gehörte er der Gruppe »Gewerkschafter gegen Rechts« an. Mit anderen Kollegen gab er den entscheidenden Anstoß zur Gründung der Wilmersdorfer Friedensinitiative, die am Beginn der neuen Friedensbewegung der 80er in West-Berlin stand und wurde Initiator der Friedenskoordination. Im Sommer dieses Jahres nahm Fritz am Hungerstreik der Kali-Kumpel in Bischofferode teil und organisierte in Berlin Solidaritätsaktionen.

Fritz: 1989/90 fand in der DDR und im sozialistischen Lager keine Wende, sondern eine Rückwende statt. Solcher Rückwende, solcher Restauration folgt, das wissen wir aus der Erfahrung, stets Reaktion, Rassismus, Antisemitismus, Arbeiterfeindlichkeit usw. Die Rückwende wird langwierige Folgen haben und die Arbeiter und Arbeitslosen sollten erkennen, daß wenn sie sich nicht besinnen, sie dafür teuer bezahlen werden, schon teuer bezahlen. Auch im Nazi-Reich dachten ja viele, sie sind für Revolution, nationale Revolution – und wo hat das geendet? Auf den Schlachtfeldern, in Blut, Elend und Teilung Deutschlands! ■



Broschüren, Antifaschistische Ausstellung

Faschistische Umtriebe! Rassistische Überfälle! Das ist mittlerweile trauriger Alltag. In einem Gemeinschaftsprojekt der **Antifa Prenzlauer Berg** und den **Edelweißpiraten Berlin** wurde eine **Antifaschistische Ausstellung** erstellt. Im ersten Teil soll aufgeklärt werden über die Strukturen und Ziele der Faschisten im Prenzlauer Berg. Im zweiten Teil informieren die Edelweißpiraten Berlin über sich u. ihre Arbeit. Die Ausstellung ist zu sehen:
3.-14.1.94 in der Dimi 81, Dimitroffstr. 81, 10405 Berlin.
Ab 17.1.94 im el locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 B, Di+Mi 13-24 Uhr, Do-Sa 16-24 Uhr.

»Die Abrechnung - Ein Neonazi steigt aus«; Ingo Hasselbach, Winfried Bonengel; Aufbau-Verlag, 25 DM.

Mitte '93 erschien das Taschenbuch »Die Abrechnung«, ein autobiographischer Bericht von INGO HASSELBACH, formuliert von dem Regisseur Winfried Bonengel (bekannt durch seinen Propaganda-Film »Beruf Neonazi«).

Der Umschlagtext verspricht verkaufsfördernd: *»Hasselbach nennt Namen, deckt Verbindungen auf, charakterisiert 'Führer' und Anhänger...«*. Doch die Neugierde wird schnell enttäuscht, denn alle *»Namen und Gesichter von im Buch erwähnten Personen, die nicht relative Personen der Zeitgeschichte sind, wurden verfremdet bzw. geschwärzt«*. So wurden z.B. die »unrelevanten« Gesichter führender Neonazis, wie Norbert Weidner und Stefan A. Niemann (beide FAP Bonn/Rhein-Sieg) übermalt, das ehemalige NA-Mitglied, Andreas Hackmann (Hacki), taucht nur unter dem Pseudonym »Stinki« auf und Heiko Baumert erhielt das Pseudonym »Mike Prötzke«.

Somit gibt es in diesem Buch leider nichts zu entdecken, was nicht schon an anderer Stelle ausführlich veröffentlicht wurde. Viele Passagen wurden aus Antifabüchern und -zeitungen abgeschrieben.

Eine Abrechnung ist auch nicht Hasselbachs Absicht. »Ich habe nichts verraten« behauptet er in einem Interview. »Weder an die Exekutive, sprich die Polente, noch an die Staatsschützer. Ich habe keine Lust, von einer Abhängigkeit in die nächste zu gehen. Kameraden verraten gilt nicht.« (erstaunlich nur, daß er noch 1990 unter Druck seiner »Kameraden«, vor allem Küssel, geriet, weil er vor der Polizei umfangreiche Aussagen gemacht hatte). Vielmehr wolle er zur Nachdenklichkeit in der rechten Szene anregen.

Als Grund für seinen Ausstieg gibt er an, die »traurigen Vorgänge« in Mölln, wie er die Morde in seinem Buch bezeichnet, und die Angriffe auf »Unschuldige, oft Frauen und Kinder«, hätten für ihn »ein bestimmtes Maß überschritten« und ihn immer weiter von seinen Kameraden entfernt. Seinen Ausstieg habe er über das Buch öffentlich gemacht, um sich selbst unter Druck zu setzen, damit er »nicht mehr zurückkonnte«.

Ist es nicht vielmehr so, daß der »unumstrittene Führer von Berlin«, wie ihn die Schweriner Volkszeitung betitelt (was völliger Quatsch ist), mit der starken Publizität sein narzistisches Ego befriedigt, ebenso wie vor ihm Kühnen, Althans und die vielen anderen mit ihrem übersteigerten Zwang zur Selbstdarstellung? Das I-Tüpfelchen hierzu ist die »Autogrammkarte« am Ende »seines« Buches.

Hasselbach lügt wie gedruckt, und gedruckt wird momentan viel von ihm. Seine Geschichtchen sind unpräzise, oberflächlich, einfältig, schöngefärbt. Immer dann, wenn seine Erzählungen drohen interessant zu werden, bricht er ab. Tatsachen werden jeweils so verdreht, wie er sie gerade braucht. So beschreibt er beispielsweise in seinem Buch, daß die Verletzungen, die er sich bei den Auseinandersetzungen um die Pfarrstraße zuzog, von Linken verursacht worden seien. In einem Interview stellt er dieselben Verletzungen in Zusammenhang mit seinem Ausstieg und seinen »ultrarechtsradikalen« Kameraden.

Selbstverständlich spielt er seine eigene Rolle als Führungskader in der Struktur der NSDAP/AO weitgehend herunter. Auch habe er sich immer geweigert, an Gewalttaten teilzunehmen, »außer, wenn es gegen die Autonomen ging.« Und hier betont er immer und immer wieder, wieviele brutale Anschläge er verübt hat – ein scheinbar wirksames Mittel, um seinen Marktwert zu erhöhen und der Versuch einzuschüchtern.

So bezieht sich Hasselbachs »Abrechnung« ausschließlich auf die Prüfung seiner Kontoauszüge am Monatsende. Schließlich wird der Dauergast bei Talkshows und Interviews seine Taschen nicht unerheblich gefüllt haben, die erste Auflage seines Buch war bereits zwei Wochen nach Verkaufsbeginn nicht mehr lieferbar.

Daß er tatsächlich ausgestiegen ist, scheint gesichert. Nur darf die Frage gestellt werden, ob der Wolf, der immerhin kein kleines Licht in der Naziszene war, Kreide gefressen hat? »Nachdem ich im Fernsehen die Berichte über Solingen sah, hatte ich jedenfalls spontan das Gefühl, ich sollte jetzt etwas gegen Nazis tun« sagt er. Ob er dies zukünftig als Regieassistent, sein Berufswunsch, tun will, bleibt abzuwarten.

Prädikat: Ein Groschenroman zum Einschlafen. Die 25 DM sind für das Antifa-Info besser angelegt.

»Chronik eines angekündigten Todes« – Zur Liquidierung des Grundrechts auf Asyl; Leitfaden zum neuen Asylrecht vom 1.7.1993

In dieser Broschüre, herausgegeben vom Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V., sind alle zum Asylrecht im Juni 1993 verabschiedeten Gesetzesänderungen abgedruckt. Zusätzlich werden in mehren Artikeln die rechtlichen und politischen Auswirkungen der Änderungen erklärt und bewertet. An einigen länderspezifischen Beispielen wird die Unmenschlichkeit dieser Gesetze deutlich gemacht. Außerdem ist eine ausführliche Chronik der bundesdeutschen Asylpolitik seit 1948 bis zur faktischen Abschaffung des Asyls 1993 enthalten. Erfahrungen aus dem Widerstand gegen die staatliche Praxis oder vom Umgang mit der erzwungenen Illegalität der Flüchtlinge sind in der Broschüre leider nicht berücksichtigt. Sie ist dennoch sehr empfehlenswert, zumal sie wichtige Informationen schnell zugänglich macht und somit selber einen Beitrag zum praktischen Handeln gegen die deutsche Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik liefert.
Zu beziehen über: Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V; oder beim Hamburger Flüchtlingsrat. Preis: DM 10,-

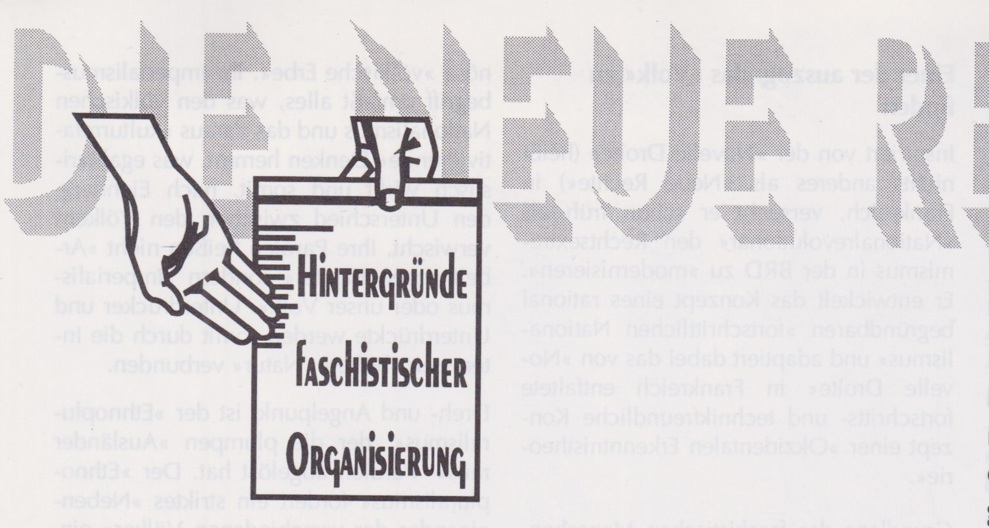
»Neue Soundtracks für den Volksempfänger«; Hrsg: Max Annas, Ralph Christoph; Edition ID-Archiv, 172 S., 22 DM

»Bislang ist der deutsche Nazi-Rock stets nur als singuläres Phänomen diskutiert worden. Als sei er ohne Bindung an politische und kulturelle Entwicklungen in der Bundesrepublik entstanden, interessieren sich die Medien lediglich für die Darstellung der Musiker als negative Helden und Außenseiter, die für eine kleine Schar Hartgesottener ihre braune Musik zum Besten geben. Vieles, wenn nicht gar alles Wesentliche wurde dabei – absichtsvoll oder aus Inkompetenz – übersehen.« (aus dem Vorwort)

Das erste Buch, was sich ausführlicher mit dem Thema »Nazi-Rock« auseinandersetzt. Nachdem man sich in nahezu jeder Tageszeitung von teilweise unqualifizierten JournalistInnen etwas über dieses Thema anhören durfte (weil es gerade IN war und nicht etwa, weil sie etwas davon verstanden haben) war es angenehm, mal etwas Hintergründigeres und fachlich Qualifizierteres zu diesem Thema zu lesen.

Das Buch ist von insgesamt 10 AutorInnen geschrieben, die sich mit sehr verschiedenen Aspekten auseinandersetzen: »Warum es kein Zufall ist, daß die Böhsen Onkelz aus Frankfurt kommen« begründet Klaus Walter in seinem Kapitel »Dicker Stefan, gutes Kind«. Er bezieht dort ausführlich Stellung zu der seit geraumer Zeit diskutierten Frage, »ob die Onkelz denn nun noch faschistisch sind oder nicht«. Ein eigenes Kapitel hat auch die Geschichte über die Entstehung der Skinhead-Szene, sowohl in England als auch in der BRD. Das Interview mit den »unpolitischen« Skinheads hätte man sich vielleicht sparen können. Max Annas unternimmt den Versuch, die Texte und die Musik des Nazi-Rocks genauer zu analysieren, was ihm auch ziemlich gut gelingt. Weiterhin geht es um die Darstellung des Themas in den Medien, die Funktion des Musikproduzenten Herbert Egoldt (Rock-O-Rama), die staalichen Maßnahmen gegen den Nazi-Rock und anderes.

Teilweise ist das Buch nicht gerade leicht zu lesen. Mein subjektives Urteil lautet trotzdem, daß es ein empfehlenswertes Buch ist.



Einer der auszog, das »Volk« zu finden

Der Senat der Universität Stuttgart hat entschieden, daß Henning Eichberg, ein Wortführer der »Neuen Rechten«, keine außerordentliche Professur für historische Verhaltensforschung am Institut für Sozialforschung erhält. Daß er die Professorenstelle nicht bekommen hat, zeigt nicht daß der Senat der Uni recht progressiv wäre. Im Gegenteil. Es verursacht anscheinend nur ein Schulterzucken, daß HENNING EICHBERG (Jahrgang 1942) einer der Vordenker der deutschen »Neuen Rechten«, schon als Gastdozent seit Mitte der achziger Jahre an der Uni Stuttgart referieren darf. Abgelehnt wurde er nur, weil er in seinem Alter immer noch nicht habilitiert ist. Eine feste Professur hatte er sich sehnlichst in seinem »dänischen Exil« erhofft, weil es ihn wissenschaftlich rehabilitiert hätte. Seine völkischen Ideologien haben schon längst in der Breite Fuß gefaßt. Kohl bezeichnet in der letzten Bundestagsdebatte die »Absicherung und Fortführung des Europäischen Einigungswerkes als 'Schicksalsfrage'«. Dazu paßt dann auch Stoibers Antwort, mit Blick auf die Kritik an seinen nationalistischen Tönen , daß »die hysterischen Reaktionen zeigen, wie weit wir in Deutschland von einem normalen Verhältnis zur Nation entfernt sind«.

Eichbergs Zeitreise durch die Geschichte der »Neuen Rechten«

Bevor wir uns aus aktuellen Gründen den Hauptsäulen von Eichbergs (alias Hartwig Singer, Thorsten Sievers, Fan Fiebig,Ottokar...) rechtem Ideologiegebäude zuwenden, ist es wichtig, seinen Lebenslauf zum Verständnis der Gegenwart ins Leben zu rufen. Die Biographie von Eichberg ist wie eine Zeitreise durch die Geschichte der »Neuen Rechten«. (Wobei »Neue Rechte« immer nur als ein Arbeitsbegriff zwecks Abrenzung gegenüber dem vielfältigen Spektrum der übrigen Rechten dient.)

Schon als Schüler suchte er aktiv politische Orientierung und trat in den 50er Jahren der OTTO STRASSER Partei »Deutsche Soziale Union« bei. Von dort bekommt er auch Kontakt zu der u.a. von WOLF SCHENKE (ehem. HJ-Führer in der Reichsjugendführung) gegründeten und an Strasser Gedankengut orientierten »Vereinigung deutsche Nationalversammlung«. 1962 taucht er als Teilnehmer in dem rechten Diskussionszirkel »Donnerstagsrunde« auf. Diese ist eine von vielen in der Zeit entstandenen Gruppen und Zirkel, die sich bereits in den 60er und teils auch schon ende der 50er Jahre im Zusammenhang mit der faschistischen »Europa -Arbeit« konstituiert hat. Ihr Wille zu stärkerem nationalistischen Aktivismus und die quälende Unterlegenheit ihres Argumentationsvermögens gegenüber der Apo, führte dazu, daß sie ein besonderes reges Interesse an einer ideologischen Niveau-Anhebung der Rechten hatte. Initiiert wurde die »Donnerstagsrunde« von der »Legion Europa« ,der Nachfolgeorganisation des verbotenen »Bundes nationaler Stundenten«. Hinter ihr standen Peter Dehoust, Martin Mußgnug und Peter Stöckicht. Hier bekam Eichberg auch Kontakt zu ARTHUR EHRHARDT, dem damaligen Herausgeber des rechten ideologischen Zentralorganheftchens NATION EUROPA. Ehrhardt wird politischer Ziehvater für Eichberg. Ehrhardt, ehem. SS-Hauptsturmführer und Chef der »Bandenbekämpfung« im Führerhauptquartier, war auch immer Förderer anderer »junger neuer Rechter« Gesellen, und vor allem auf die Fortführung der Ansätze der europäischen Waffen-SS ausgerichtet (Mit seiner Zeitschrift Nation Europa, die heute von Peter Dehoust geführt wird, blieb er bis zu seinem Tode 71 Verbindungsglied zwischen »Neuer und Alter Rechte«.) Auf Ehrhardts Initiative hin besuchte Eichberg ein militärisch aufgezogenes Zeltlager »Französischer Nationalisten«, die einen einschneidenden Eindruck bei ihm hinterlassen haben. Nicht nur für ihn der sich nun als »Nationalrevolutionär« bezeichnet sondern auch für die »Neue Rechte« in der BRD tritt eine »Kehrtwende« ein. Denn er habe Begriffe wie »Nationalismus« und »Elitebewußtsein« gelernt und den Mut gefaßt, »gleich der französischen (Neuen Rechten, d. Red.) auf die Tradition des revolutionären Linksfaschismus und der europäischen Waffen-SS zurückzugreifen«...

Geradeaus auf dem rechten Trampelpfad

Der frischgebackene »Nationalrevolutionär« Eichberg, der in den 60er Jahren nach seinem Wehrdienst Geschichte und Geisteswissenschaften in Hamburg studiert, ist beim NPD Studentenverband Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) organisiert. Er publiziert rege in Zeitschriften des rechten Lagers (Nation Europa, Deutschen Studenten Anzeiger), im rechtskonservativen Umfeld (u.a. in Burschenschaftliche Blätter, actio, criti-

con) und als einer der Wortführer der »Neuen Rechten« (u.a. in Junges Forum, Kommunikation, Junge Kritik, Ideologie&Strategie, Neue Zeit). 1970 promoviert er in Bochum in Neuerer Geschichte und wird Assistent für Sportgeschichte an der Uni Bochum. Nebenbei ist er in der von der NPD ins Leben gerufenen »Aktion Widerstand« (Parolen: »Rüstet Euch! Kauft Waffen!« und »Brandt an die Wand«) mit dabei. Dies war damals eine gegen die Ostverträge und das Treffen zwischen Brand und Stoph in Kassel gerichtete Aktion, aber auch der Versuch der NPD, den radikal aktionistischen und jungen Flügel der Partei zu integrieren. Nach dem Ausbleiben der Wahlerfolge 69, den ungelösten Spannungen zwischen Radikalisierungstendendenzen bei Teilen der Mitglieder im Gefolge des militanten Kampfes gegen die Ostverträge und gegenüber des »alten Nationalismus« der NPD, kam es 1972 zu der Gründung der »Aktion Neue Rechte« (ANR). Auch hier finden wir Eichberg wieder. Er selbst soll zwar kein Mitglied der Organisation gewesen sein, was ihn aber nicht davon abhält die Grundsatzerklärung zu entwerfen, die unter dem Namen »Manifest einer europäischen Bewegung« mit einigen »Entschärfungen« als Programm der ANR dient. Nach seiner Habilitation 76 und einer Vertretungsprofessur sind seine Bemühungen um eine Professur um mit staatlicher Kohle »nationalrevolutionäre Politik« zu betreiben (1980 Berlin Sportgeschichte, Münster 81 Militärgeschichte, und Vechta 82 Soziologie) erfolglos. Eichberg übersiedelt nach Dänemark und arbeitet dort als Hochschul- und Volksschullehrer. Er bleibt Hausautor des »Neue Rechte«- Heftchens »Wir selbst«. (siehe auch Info 24). Die Zeitschrift für »nationale Identität und Internationale Solidarität« wurde 1979 von Mitgliedern der Koblenzer Gruppe der »Jungen Nationaldemokraten (JN)« gegründet, die sich zu diesem Zeitpunkt »Grüne Zelle Koblenz« nannte. Wie man auch schon aus dem Namen erkennen kann, ist dies eines der Publikationsorgane, das die Zielrichtung auf ein linkes Publikum hat und als Blokkadebrecher für rechte Ideologie dient. Neben Beiträgen zum Thema »Nationale Identität«, »Regionalismus«, »Befreiungsbewegungen«, »Ökologie« , deutsch-deutsche Kultur (Literatur,Musik, Film) und eindeutig rechten Autoren findet man dort auch Autoren die nicht unbedingt zum rechten Spektrum dazuzurechnen sind, wie z.B. A. Mechtersheimer (»Antiamerikanismus – weshalb eigentlich nicht«) und Arno Klönne (macht sich als Anitfa-Autor einen Namen). Nun zurück zu Eichbergs Karriere als Theoretiker der neuen Rechten.

Einer der auszog, das »Volk« zu finden

Inspiriert von der »Novelle Droite« (heißt nichts anderes als »Neue Rechte«) in Frankreich, versucht er schon früh als »Nationalrevolutionär« den Rechtsextremismus in der BRD zu »modernisieren«. Er entwickelt das Konzept eines rational begründbaren »fortschrittlichen Nationalismus« und adaptiert dabei das von »Novelle Droite« in Frankreich entfaltete fortschritts- und technikfreundliche Konzept einer »Okzidentalen Erkenntnistheorie«.

Grundlage des faschistischen Menschenbildes war, und ist bis heute, die biologische Evolutionstheorie des Sozialdarwinismus. Dies verlangt aber die Ausschaltung sozialer und damit humaner Berücksichtigungen menschlicher Existenz. Der »Durchsetzung des Stärkeren« wird eine Schranke der »Volksgemeinschaft/Schicksalsgemeinschaft« oder »Nation« vorgeschoben, die aufgrund der erfundenen Kriterien, wie die genetische Abstammung, territoriale, nationale und kulturelle Zugehörigkeit, gemeinsamen Interessen dient. Menschen, die nach ihren Kriterien nicht zur »Volksgemeinschaft« gehören, werden ausgegrenzt und diskriminiert. Die »Okzidentale Erkenntnistheorie« der »Neuen Rechten« soll die historische, ethnische, kulturelle Überlegenheit des »Europiden« darstellen. Wenn also Eichberg und Konsorten von »Okzident« reden, dann sind damit nicht nur Europa als geographisches Gebiet oder die Europäer als dessen Bewohner gemeint. Gedacht wird, und darauf bezieht sich auch das auf die »Erkenntnistheorie« nachfolgend so genannte »Okzidentale Syndrom«, zumeist an die »weiße Rasse« der »Europiden«. Deren »Erbbiologische Voraussetzungen« (Eichberg 1973) seien die direkten Grundlagen der europäischen Zivilisation, einschließlich der europäischen Ethik, der technologischen Entwicklung usw. Dieses Agitationsmuster hat die »Neue Rechte« ziemlich schnell wegen der offen rassistischen Argumentation fallen lassen müssen, es steht aber nach wie vor hinter all ihrem Handeln und Denken. Der zweite Kampfbegriff ist »nationale Identität«. Nach Eichberg bildet sich Identität »zugleich auf Grund von Unterscheidung, von Einsicht in das andere und in seine Eigentümlichkeit«. Nach Logik der »Neuen Rechten« müßte es nun ja auch das Gegenteil von Identität geben. Gibt es auch. Die »Entfremdung« der Identität. »Entfremdung« wird aber nicht als Ergebnis der zunehmenden Arbeitsteilung der kapitalistischen Warenwirtschaft verstanden, sondern als ein Angriff auf das ominöse »völkische Erbe«. Ihr Imperialismusbegriff umfaßt alles, was den völkischen Nationalismus und das daraus »kulturrelativierende« Denken hemmt, was egalitaristisch wirkt und somit, nach Eichberg, den Unterschied zwischen den Völkern verwischt. Ihre Parolen heißen nicht »Arbeit gegen Kapital« sondern »Imperialismus oder unser Volk«. Unterdrücker und Unterdrückte werden somit durch die Interessen »höherer Natur« verbunden.

Dreh- und Angelpunkt ist der »Ethnopluralismus«, der die plumpen »Ausländer raus«- Parolen abgelöst hat. Der »Ethnopluralismus« fordert ein striktes »Nebeneinander der verschiedenen Völker« ein. Ausgehend vom Primat des »Rechts auf eigenständige Entwicklung der Völker« ist dieser heute zum bestimmenden Nationalismuskonzept des gesammten rechten Lagers geworden (»Deutschland den Deutschen, die Türkei den Türken«). Daß Eichbergs »Nebeneinander der Völker« nicht sehr viel mit Humanismus oder mit der Sorge um »GastarbeiterInnen« zu tun hat, merkt man schnell, wenn am Ende der »Entfremdung« für ihn das »nationalistische Kollektiv und das Selbstbewußtsein des okzidentalen Menschen als Täter, der sich dem Prometheus Ideal verwandt weiß« steht. (Prometheisch=an Kraft, Gewalt, Größe alles übertreffend). Wenn jedes Volk nämlich Anspruch auf »nationale Identiät« besitzt, das Recht auf »Selbstbestimmung« und das »Recht auf Unterschied« hat, dann wird »Nationalismus« das Gegenprinzip zum multinationalen Imperialismus. Dadurch werde der Nationalismus »potentiell revolutionär« (aus Assheuer/Sarkowicz). Eichbergs »nationalrevolutionäre Befreiungsphilosophie« sieht zwar linken Anti-Imperialismus verblüffend ähnlich, kommt aber aus gänzlich anderem Begründungszusammenhang: die angebliche Selbstregulierung der Kulturen im inneren und äußeren Überlebenskampf (und hier treffen wir wieder auf Darwin). Seine »These« lautet: »Kulturelle Entwicklung kann als biologische angesehen werden«. Tacheles geredet heißt das: Entwicklungshilfe und »Gastarbeiter-Politik« stören kulturelle Entwicklungs- und Ausleseprozesse! Und wenn er von der Erhaltung der »Vielfältigkeit der Völker« redet, dient dies nur der Erhaltung der Apartheid. Sozusagen jedem Volk sein »söuveränes Homeland«. Soziale Armut, Kindersterblichkeit, Analphabetismus werden als »nationale Identität« verkauft.

Eichbergs Erweiterung des Begriffs hin zu einer antiegalitären »regionalen Identität« der kleinen Einheiten (»Balkanisierung für Jedermann?« Eichberg 80; aktuelles Beispiel »Liga Nord« in Italien) ist nichts Von

»Neurechtes« Blatt an Berliner Unis verteilt/
Tränengas und Raubüberfall durch VerteilerInnen/
OSI-Student verantwortlich


Günther Nenning: „Mischung zwischen Links und Rechts", Seite 1

JUNGE FREIHEIT

Deutsche Zeitung für Politik und Kultur 8. Jahrgang 2A 4084 E DM 3,80/ÖS 30,-

Nr. 11/93 November 1993

Maastricht: Wende zur nationalen Identität

Korrektur der

MELDUNGEN

Frankreich wehrt sich gegen Englisch

PARIS. Gegen die „Anglo-Amerikanomanie" hat sich jetzt der französisch sprechende Teil Kanadas gewandt. Hundert Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens von Quebec versammelten sich zu einem Aufruf in der Tageszeitung *Le Monde*, wonn aus Anlaß des vom 16. bis 18. Oktober auf

»Junge Freiheit« belästigt Studierende

Zu Beginn des Wintersemesters 1993/94 belästigt das »neurechte« Vorzeigeblatt »Junge Freiheit« (JF – s. Info Nr.24) massiv die Studierenden Berlins. Vom 19. bis zum 21.10. wird das Blättchen an den drei großen Unis der Stadt ausgelegt zunächst an der Technischen Universität, dann an der Humboldt-Uni.

Am 21.10. nehmen sich die Verteiler – zwei Männer und eine Frau – die Freie Universität (FU) vor. Ein Antifaschist, der hiergegen protestiert, wird mit Tränengas attackiert und seiner Jacke beraubt, die die drei unerkannt flüchtenden VerteilerInnen mit sich nehmen. Es wird eben kalt in Deutschland.

Der AStA der FU reagiert prompt, macht den skandalösen Vorfall durch ein Flugblatt öffentlich und erstattet Anzeige gegen Unbekannt.

Es gibt allerdings einen Hinweis darauf, wer für die rechtsextreme Propaganda verantwortlich ist.
Helge DRESCHER, Außendienstmitarbeiter und gelegentlich Autor in der JF hat sich 100 Stück postalisch zusenden lassen. Drescher ist Diplomant am Fachbereich Politische Wissenschaften der FU – Otto-Suhr-Institut (OSI). FAZ und Welt ha-

Absender

Postzeitungsgut

Vertriebskennzeichen M 4084 E			
Zur Versendung mit			
Stück	Nr.	Anzahl der Sendungen	Vermerke des Absenders
100	10	1	Zustellung Zustellgeld bezahlt

Wenn unzustellbar, bitte Rücksendung

12109

Herrn
Helge Drescher
Illzacher Weg 22

12109 Berlin

Postleitzahl bitte besonders groß und auffällig angeben! (Bestimmungsort)

Helge Drescher ließ sich per Post 100 Exemplare der »Jungen Freiheit« schicken.

ben das OSI schon vor langem als Kaderschmiede der radikalen Linken enttarnt. Gegen diese Zustände will Drescher erklärtermaßen vorgehen. In einem Gespräch mit der institutsinternen »osi zeitung« OZ im November erklärt er seine uni-politischen Absichten. Mit einer Gruppe konservativer Studenten will er eine Wendung am OSI einleiten. Geschlossen wollen sie in Seminare gehen, um dem angeblich so linken OSI-Mainstream entgegenzutreten, »freiere« Diskussionen zu ermöglichen. Vermutlich soll die Masse hierbei einschüchternd wirken. Dreschers Ziele richten sich gegen am OSI in langwierigen Kämpfen durchgesetzte Freiräume – er will »das Rausschmeißen von Männern aus Frauenseminaren«, für ihn »umgekehrter Sexismus«, beenden. Wahrscheinlich will er auch hierfür als Drohung mit einer konservativen Männercombo auftauchen. Wahrlich eine »Wendung«.

Die Gruppe um Drescher hat während der Streikbemühungen im Sommersemester gegen den Hochschulstrukturplan erste Aktivitäten eingeleitet. Die hiermit verbundene Aushebelung demokratischer Rechte an den Unis, die Eingriffe in die Uni-Autonomie und die enormen Einsparungen, unter denen wieder emanzipatorische Ansätze leiden werden und der Konkurrenzkampf unter Studierenden gesteigert wird, wird Drescher entsprechend den elitären und undemokratischen Zielen seiner Zeitschrift zweifellos begrüßen. Im Uni-Streik erwies sich denn auch, wie die extreme Rechte zum Hilfsinstrument reaktionärer Politik wird. Auf ein Flugblatt folgte ein geschlossenes Auftreten von ca. 5-6 Yuppie-Studis auf einer Streik-VV. Die radaumäßig vorgetragene Forderung, »demokratisch« über den Streik abzustimmen, endete erwartungsgemäß mit einer Blamage für die Rechten.

Drescher erklärt, im OSI Diskussionen »ohne Maulkorb« führen zu wollen. Dies entpuppt sich als Propaganda: OZ zitiert einen Artikel Dreschers in der Junge-Union-Zeitung »Trend«, in welchem er vor gerade 2 Jahren wünschte, dem »Gesocks«, den »widerlichen« streikenden studentischen »Kreaturen« einen – so wörtlich – Maulkorb verpassen zu können.

Neben seinen Aktivitäten an der Uni ist Drescher Ansprechpartner für den Berliner JF-Leserkreis (s.Info Nr.24). Er behauptet, dieser umfasse 100 Personen – da war wohl der Wunsch Vater des Gedankens. Für den Leserkreis will er als Referenten Roland HAHN gewinnen, Rechtsaußen im Kollegium des OSI. Nach einem Auftritt vor dem »Hoffmann-von Fallersleben Bildungswerk« ist der wissenschaftliche Assistent ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Die studentischen TutorInnen am OSI veröffentlichten einen offenen Brief an Hahn. Die ProfessorInnen und DozentInnen haben sich noch nicht geäußert, auch die Studierenden schweigen.

Im Oktober-Heft der JF berichtet Drescher übrigens begeistert von seiner Teilnahme an der »Ijzerbedevaart« ins belgische Diksmuide. Am größten europäischen Faschistenaufmarsch nehmen jedes Jahr auch deutsche Neonazis teil. ■

anderes, als verschleierter und knallharter Nationalismus in Scheiben. Wenn er ein »Deutschland der Regionen«, mit einem »Freistaat der Alemanen«, ein »Freies Franken« ein »sozialistisches Sachsen« etc. fordert , darf dieses rechte Konzept nicht unterschätzt werden.

Mit diesem Konzept einer Regionalisierung innerhalb Europas soll ein neues Selbstbewußtsein geschaffen werden, in dem sich mensch erstmal mit seiner unmittelbaren Umgebung, dann mit der Region, mit dem Land und später natürlich mit der »Schicksalsgemeinschaft« Europa identifizieren soll. Und er hofft mit diesem Konzept, sowohl dem Vorwurf des expansionistischen Strebens nach einer deutschen Weltmachtstellung zu entkommen, als auch den Anschluß an europäische separatistische Bewegungen zu erhalten, welche dann Träger einer gesamteuropäischen »Befreiung von den Supermächten« sein könnten. Mit diesem Konzept des modernisierten Faschismus gelang es Eichberg auch , in die Friedensbewegung und in Teile der Grünen einzuwirken, was ihm die »Auszeichnung« eines »Rudi Dutschke von rechts« einbrachte.

Er hat das »Volk« gefunden- wie findet das »Volk« ihn?

Den Durchbruch bei der SPD verschafften ihm TILMANN FICHTER und PETER GLOTZ . Sie ermöglichten schon 1991, daß Eichberg für die SPD-Theoriezeitschrift »Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte« (NG) schreiben konnte. Kein Wunder, wenn man weiß, daß Glotz 1974 in seinem Buch »Vorbilder für Deutsche« Hermann Heller als Idol präsentiert, der einer der Ideologen des »Hofgeismarer Kreises« war. Und Fichter publizierte 1985 zusammen mit PETER BRANDT und HERBERT AMMON (beide bekannte »Nationalrevolutionäre« aus der »Linken Deutschlanddiskussion« Okt.84) ein Pamphlet für die deutsche Wiedervereinigung, das von zahlreichen rechtsextremen Aktivisten von NPD und Nationalrevolutionären unterzeichnet wurde. Mehr noch: Glotz rechtfertigt den Abdruck von Eichbergs Artikel im NG, der von völkischen Ideen der Konservativen Revolution strotzte und sich gegen die Prinzipien von 1789 richtete damit, daß »die späte Bonner Republik Kontroversen bräuchte, da sie sonst an ihrem Konformismus erstickt«. (Kleines Spielchen mit dem Feuer, Herr Glotz?) Der deutsche Faschismus ist logische Folge der Weimarer Republik, weil völkische Bewegungen und Konservative Revolution den Geist von Ungleichheit, Abgrenzung und elitärem Denkens in sich tragen.

Eine Rehabilitierung dieser Ideen bereitet den Nährboden (wieder einmal). Wer Henning Eichberg rehabilitiert tut dies auch. Eichberg, sein ideologischer Zwillingsbruder Rudolf Bahro an der Humboldt-Universität, der eine Professur für »Sozialökologie« inne hat, und andere, müssen enttarnt und als das bekämpft werden, was sie sind. Nichts anderes als Faschisten. ■

Faschisten an der Uni Hamburg

Vor ein paar Monaten wurde durch die taz bekannt, daß der Hamburger Verfassungsschutz neofaschistische Burschenschtler beobachtet und daß es in Hamburg anscheinend eine größere Gruppe von eben solchen gibt. Nach ein paar Recherchen zeichnet sich nun langsam ein Bild dieser Szene ab.

Zu den eindeutig neofaschistischen Burschenschaften zählen die BURSCHENSCHAFT GERMANIA HAMBURG, die BURSCHENSCHAFT ASKANIA und die PENNALE BURSCHENSCHAFT TEUTONIA.

der Germania ist schon seit längerem der gute Kontakt zur FAP bekannt. Bis Dezember 1992 wohnte im Germanenhaus in der Sierichstrasse auch deren Hamburger Landesvorsitzende ANDRÉ GOERTZ. Mehrere Demonstrationen, z.B. des BüRGERFORUMS FüR DIE DEUTSCHE EINHEIT, unter dessen Namen sich ein breites Spektrum Hamburger Nazis vereinigt (REPs, NPD, DVU, FAP, NL und die studentische Gruppe 146), wurden im Burschenschaftshaus vorbereitet.

Außerdem finden im Hause der Germanen auch ideologische Schulungen statt, z.B. am 29.4.1993 über die sog. Konservative Revolution. Es wurde ein Referat über Moeller van den Bruck gehalten, der für einen völkischen Ständestaat plädierte und dessen Buch »*Das dritte Reich*« Adolf Hitler als Vorbild diente. Der Referent distanzierte sich nicht von diesem »*Wegbereiter des Faschismus*« (Pätzold), sondern sprach in rechtfertigender Weise von dem »*Nationalen Lager*«, in dem sich früher Moeller und heute die Burschen befänden. Die Meckis, wie sich die schlagenden Korporierten selbst nennen, werben regelmäßig in der JUNGEN FREIHEIT, u.a. auch für eine Veranstaltung mit dem deutschnationalen PROF. SEIFFERT aus Kiel. Seiffert war mit Schönhuber im »Deutschlandrat«, einer rechten Akademikerriege, die kurz vor der Gründung der REPs für diese ideologische Vorarbeit leistete. In Hamburg fiel Seiffert durch eine Veranstaltung an der Uni auf, bei der ihm Schläger der faschistischen HAMBURGER LISTE AUSLÄNDERSTOPP Saalschutz gewährten.

Zweite braune Burschenschaft ist die ASKANIA. Von ihr ist wenig bekannt, da sie die Öffentlichkeit scheut. Sie soll ca. 15 Mitglieder haben, welche als Neonazis eingeschätzt werden. Für eine Veranstaltung, die im Haus der DEUTSCHEN UNITARIER RELIGIONSGEMEINSCHAFT, einer Nazisekte, stattfand, luden sie GENERAL A.D. UHLE-WETTLER ein. Dieser war in der REP-Programmkommission und ist ständiger Autor der Jungen Freiheit.

Für Nazis an den Schulen ist die Schülerburschenschaft TEUTONIA HAMBURGIA zuständig. Sie gibt die Zeitung FREIES VOLK heraus. In der Redaktion sitzen HEIKO PäTZMANN, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Hamburger REPs, und ROLF LEPPERT, ehem. Beisitzer der Partei. Die Zeitung orientiert sich anscheinend an dem großen Vorbild »Junge Freiheit« und versucht, mit Ethnopluralismus und Nationaler Identität den Kampf um die Köpfe zu gewinnen. Doch

manchmal gerät dieser Versuch doch etwas arg plump: Sätze wie »*insbesondere die Stadtteile Kreuzberg und Neukölln sind dermaßen überfremdet, daß eine Integration nicht mehr möglich ist*« oder »*das Deutsche Reich, das Bismarck 1871 gegründet hat, ist der Nationalstaat des deutschen Volkes. Dazu gehören natürlich die Ostprovinzen Preußens nach dem Stande von 1914*«, verraten die völkische Absicht.Neben Werbeanzeigen der Nazi-Blätter Europa Vorn, Junge Freiheit und den Unabhängigen Nachrichten findet sich in einer Ausgabe auch ein Interview mit dem selbsternannten »Nationalmarxisten« REINHOLD OBERLERCHER. Dieser legte gerade ein »Hundert-Tage-Programm der nationalen Notstandsregierung« vor, welches dem Vergleich mit dem NSDAP-Programm locker standhält und deswegen auch im Index, der Zeitung von CHRISTIAN WORCH empfohlen wird. Die Teutonia hat sich mit acht weiteren Schülerburschenschaften im ALLGEMEINEN PENNÄLER RING zusammengeschlossen. Diesem gehört auch die in der Jungen Freiheit werbende ALBIA HARBURGENSIS an.

Im Sommer 1990 haben die drei braunen Burschenschaften Germania, Teutonia und Askania den DEUTSCHEN FREUNDESKREIS (DFK) gebildet. Laut Verfassungsschutz ist dieser Zusammenschluß, der sich nach den revanchistischen DFKs in Polen (Schlesien) eine nur aus Korporierten bestehende Organisation. Vermutlich wurde sie von enttäuschten Republikanern gegründet, die nachdem die Intellektualisierung der REPs durch den Republikanischen Hochschulverband scheiterte, Schönhuber den Rücken kehrten und nun versuchen, ein Bündnisprojekt aufzuziehen. Zeitweilig stand der DFK auch der faschistischen DEUTSCHEN LIGA FüR VOLK UND HEIMAT nahe.

Bis Ende 1991 gab der DFK die Zeitung HORIZONT heraus, verantwortlich war INGO CURDTS. Auch in dieser Redaktion saß Rolf Leppert. In der Zeitung Die Welt kündigte der DFK für den 9. November 1990 großkotzig eine Demo unter dem Motto »*Nie wieder Sozialismus in Deutschland*« an. U.a. hieß es »*Keine internationalistische Gleichmacherei, keine multikulturelle Gesellschaft, die Deutschland seiner in Generationene gewachsenen kulturellen Identität beraubt.*« Reden durfte auf der Kundgebung der Nazi-Anwalt JÜRGEN RIEGER. Am 3. Oktober 1991 machte der DFK eine Flugblatt-Aktion unter dem Titel »*Solidarität mit allen unterdrückten Völkern!*« In nationalrevolutionärer Weise wird der Bogen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, hier der Kroaten, Iren oder Basken zum völkischen Chauvinismus der Deutschen geschlagen. Gefordert wird die Annektion Schlesiens, Pommerns und Ostpreußens unter Verletzung aller völkerrechtlichen Grenzen. Der DFK macht auch verschiedene Veranstaltungen, z.B. mit dem berüchtigten Auschwitzleugner DAVID IRVING und dem Leiter des neurechten Thule-Seminars, PIERRE KREBS. Treffen des DFK finden im Haus der Germania Hamburg statt.

Eine Gruppe aus Burschenschaftlern, DFK-Mitgliedern und anderen Faschisten treibt in Niedersachsen regelmäßig Wehrsport. Geübt wird mit Übungs- und Leuchtspurmunition, Gotcha-Waffen und eigenen Fahrzeugen. Von den Ausbildern wurde 1992 das KOMITEE FÜR FREIWILLIGE RESERVISTENARBEIT NORD gegründet. Durch die offizielle Gründung erhofft man sich eine Anerkennung durch die Bundeswehr, um mit dieser gemeinsam zu trainieren. Trainiert wird für Anschläge auf ImmigrantInnen und für den Kampf gegen politische Feinde. Durch die Kontakte des DFKs zu Worch ist eine Verbindung zur Anti-Antifa nicht auszuschließen. An der Hamburger Uni tauchten entsprechende Schmierereien auf. In dem in der taz zitierten geheimen Verfassungsschutzbereicht heißt es, es sei »*keinesfalls mehr auszuschließen, daß sich auch fanatisch-nationalistische und von einem elitär-revolutionären Pathos beflügelte Korporationsstudenten dazu aufgerufen fühlen, das Vaterland mit Gewalt gegen Volksunterdrücker zu verteidigen. Es wäre nicht das erste Mal in der deutschen Geschichte, daß sich Korporationsstudenten in die erste Reihe einer Nationalrevolutionären Bewegung stellen würden*«.

Nicht in der taz erwähnt wird die LANDSMANNSCHAFT MECKLENBURGIA ROSTOCK, die in der Zeitung des Sturmvogels, einer Abspaltung der militanten Wiking Jugend, Nachwuchs sucht.

Das Neueste von der Front völkischer Studis ist die Gründung eines Lesekreises der Jungen Freiheit. Wir sind sicher, daß auch hier wieder Korporierte dabei sind. Immerhin wurde die »rechte taz« schon 1990 von folgenden Hamburger Korporationen abonniert: HAMMONIA-MARKO NATANGIA, Mecklemburgia Rostock, SCHLESVIGIA-NIEDERSACHSEN. Diese sind alle Landsmannschaften im COBURGER CONVENT und des Pressereferats der DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT in der Roonstraße in Hamburg.

Der neofaschistische Charakter einiger Hamburger Korporationen läßt sich nicht leugnen, und da die Uni-Leitung sicher wieder erklären wird, es gäbe keine juristischen Möglichkeiten gegen diese braunen Burschen, können wir nur empfehlen:

- Distanziert euch von jeglichen Korporationen!
- Sorgt dafür, daß Burschen- und Landsmannschaften an der Uni keine Möglichkeit bekommen, ihre Propaganda zu betreiben!
- Keinen Fußbreit den Faschisten und ihren Wegbereitern!

Hochschul-Antifa HH ■

Quellen: taz; Freies Volk Nr. 1-3; Flugblätter des Deutschen Freundeskreises; Index der Zeitung der »Nationalen Liste«; Abo-Datei der Jungen Freiheit

Saalfeld: Tagung der Deutschen Kulturgemeinschaft

Vom 11. – 13.6.1993 fand im thüringischen Saalfeld die zentrale Tagung der einflußreichsten Schaltstelle des NS-Netzwerkes statt. Die Jahrestagungen der Deutschen Kulturgemeinschaft waren in den vergangenen Jahren in Österreich Ziel polizeilicher Aktionen und von einer für die Nazis negativen Pesse begleitet. Deshalb bewegte sich der Troß der DKG letztes Jahr nach Süddeutschland, wo ihre Treffen weniger Aufsehen erregten. Für den reibungslosen Ablauf des diesjährigen NS-Kadertreffens sorgten die thüringischen Behörden. Schon im Vorfeld forderten sie Mitarbeiter des evangelischen Pfarramtes Saalfeld zum Stillschweigen auf. Die Stadtverwaltung taktierte und sagte zu, ein Verbot zu erwirken. Offensichtlich ging es dem »Amt für Ordnung- und Innere Sicherheit« darum, das Nazi-Treffen ohne öffentliche Proteste stattfinden zu lassen. Mit den Nazis kam dann die zusammengezogene Bereitschaftspolizei und ging gegen antifaschistische Jugendliche aus Saalfeld vor.

Braune Kader,...

Der jährliche Aufmarschversuch verschiedener NS-Organisationen am Volkstrauertag gibt einen Einblick, wie geschätzt die älteren Herren und Damen der DKG »in den Kreisen junger Kameraden« sind. Kader fast sämtlicher NS-Nachfolgeorganisationen folgten dem Aufruf der Scharnierorganisation des bundesdeutschen und österreichischen Faschismus. Die DKG oder das Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes (DKEG) oder der Freundeskreis Ulrich von Hutten bezeichnen ein quasi identisches Spektrum. Hier leiten alte Waffen-SSler junge Nazis an und hier werden strategische Absprachen getroffen. Hier trifft sich die Creme des organisierten Faschismus, wie die Teilnehmerlisten früherer Treffen belegen. Der Bundesführer der Wiking Jugend sitzt mit der Führung der Nationalistischen Front an einem Tisch, zusammen mit unverbesserlichen Alt-Nazis, wie dem Österreicher Herbert Schweiger, der als ehemaliges Mitglied der SS-Eliteinheit »Leibstandarte Adolf Hitler«, noch heute einen Großteil der Fäden heutiger NS-Organisationen in der Hand hält. Hier präsentierte sich dieses Jahr auch der als kommender »Führer« gehandelte Wolfgang Juchem (Deutsche Liga und Aktion Freies Deutschland).

Sämtliche oben genannten Vereine gingen im Laufe der Jahre aus dem DKEG hervor. Das DKEG, Abteilung BRD, wurde am 1.Mai 1950 von Dr. Herbert Böhme, Miglied der obersten SA-Führung, Mitglied der Reichspropagandaleitung der NSDAP und »Reichsfachschaftsleiter für Lyrik in der Reichsschriftumskammer«, ins Leben gerufen. Nach dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei, 1952, spielte dieser Verein eine wesentliche Rolle in der Aufrechterhaltung der verbotenen organisatorischen Bemühungen. Die selbe Rolle spielen die oben genannten Vereinigungen heute wieder, wenn sie unter dem Denkmantel der Kulturpflege ihre Treffen abhalten.

...gastfreundliche Thüringer und...

Für einen quasi ungestörten Ablauf dieses Kader-Treffens machte sich die Saalfelder Stadtverwaltung, genauso wie das thüringische Innenministerium stark. Bereits eine Woche vor der Versammlung protestierten Mitarbeiter des Evangelisch-Lutherischen Pfarramtes der Stadt Saalfeld bei der Stadtverwaltung. Diese forderte die Kirchenmitarbeiter zu Stillschweigen auf, damit die Stadt nicht einen schlechten Ruf bekommt. Außerdem sagte man zu, ein Verbot zu erwirken. Dies blieb aber ebenso folgenlos, wie die Briefe des Pfarramtes an das Bundesinnenministerium und das Erfurter Innenministerium, in denen ein Verbot der Tagung gefordert wurde.

Den Nazis wurden über die Saalfelder Touristeninformation Zimmer in der »Pen-

Alt-Nazi Herbert Schweiger



Hans-Jörg Rückert (sen. + jun.) vom Vorstand der DKG, jetzt Berliner Kulturgem. Preußen



sion Müller« vermittelt und das »Waldhotel Mellestollen« bot sich als Tagungsort an. Vor dem Hotel zeltete die angereiste Schutztruppe der Wiking Jugend, die ihrerseits von einem Ring Polizei vor unerfreulichen Besuchen seitens möglicher GegendemonstrantInnen geschützt wurde.

... eine fürsorgliche Polizei!

Die Polizei wartete nicht auf eventuelle Störungen seitens der Antifa, sondern ging gleich in die Offensive. Eine Hundertschaft der zusammengezogenen Bereitschaftspolizei belagerte am Freitag abend das Erfurter Klubhaus, in dem sich fortschrittliche Jugendliche treffen. Vorwand war die Präsens von Nazi-Skinheads in der nahegelegenen kommerziellen Discothek Malibou. Ohne das es zu einem Zwischenfall gekommen wäre, rückte die Polizei an und drohte mit einer Durchsuchung des Klubhauses. Wie bei zahlreichen ähnlichen Aktionen verhielt sich die Polizei äußerst aggressiv und drohte, ihre Polizeihunde auf die Jugendlichen loszulassen. Nur dem Einsatz des Klubleiters ist es zu verdanken, daß die Beamten unverrichteter Dinge wieder abziehen mußten, wenn man von der willkürlichen Festnahme eines Jugendlichen einmal absieht.

Doch der Gipfel staatlicher Unverfrorenheit war damit noch nicht erreicht. Am Sonntag vormittag wurden die TeilnehmerInnen der Tagung in 20er bis 30er Gruppen unter dem Schutz von Ordnern der Wiking-Jugend zu einer Stadtbesichtigung ausgeführt. Zuvor hatte der Leiter des Thüringer Heimatmuseums Dr. Werner den morgendlichen Vortrag bestritten. Zur Stelle war eine kleine Gruppe von AntifaschistInnen, um diese denkwürdige Besichtigung mit der Photokamera festzuhalten. Die Mitglieder der Wiking-Jugend griffen daraufhin die Antifas an und warfen mit Steinen. Es ergab sich ein kleines Handgemenge, in dem sich die jugendlichen Antifas verteidigen mußten und sich daraufhin zurückzogen. Der Polizei war die Dokumentation des Nazi-Treibens ebenso unrecht wie den Faschisten. Beamte durchsuchten ein nahegelegenes Kaffee und nahmen 10 Jugendliche fest. Es wurden zwei Photokameras und drei Filme beschlagnahmt. Die Antifas mußten sich auf der Straße an die Wand stellen, ihnen wurden Handschellen bzw. Plastikbänder angelegt und danach wurden sie für mehr als 8 Stunden auf der Wache festgehalten. Dort wurden sie unter Androhung von Gewalt einer Sonderbehandlung unterzogen, einer mußte sich nackt ausziehen und acht von ihnen mußten Stunden stehend in einer Garage unter Bewachung verbringen. Alle Festgenomenen wurden erkennungsdienstlich behandelt und von der SOKO 1 (Mordkomission!) verhört. Danach fanden bei allen Beschuldigten Hausdurchsuchungen, teilweise ohne Hinzuziehung von Zeugen, statt. Die Polizei glaubte den Angaben der Wiking-Jugend, und ermittelt auschließlich gegen Antifas.

Wie zu erwarten wurden die später gestellten Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die Polizei zurückgewiesen und die Antifas warten bis heute auf die Anklageerhebung. So können sich Faschisten auch künftig in Saalfeld wohl fühlen. ■

Für weitere Informationen: Antifa-Infos 16, 17, 20, 22 und »Aufbruch der Völkischen« (1993) – Wolfgang Purtscheller erschienen bei Picus

TeilnehmerInnen der Jahrestagung der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT:

Eingeladen wurde vom DEUTSCHEN KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG), vom FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN und von der NOTGEMEINSCHAFT FÜR VOLKSTUM UND KULTUR.

Angekündigt waren:

LISBETH GROLITSCH (Jahrgang 1922 – Präsidentin der österreichischen DKG/DKEG und zusammen mit OTTO ERNST REMER Gründerin des Freundeskreis Ulrich von Hutten – 1982)

HERBERT SCHWEIGER (Jahrgang 1924 – ex-»Leibstandarte Adolf Hitler«, enger Weggefährte von OTTO SKORZENY, Organisator der SS-Nachfolgeorganisation ODESSA – Rattenlinie, sitzt im Vorstand und Beirat der österreichischen DKG)

WOLFRAM NAHRATH (31 – der Bundesführer der WIKING JUGEND, Berlin, ererbte dieses Amt 1990 von seinem Vater WOLFGANG NAHRATH – Gründer der HJ-Nachfolgeorganisation 1952, Wolfram Nahrath nimmt eine zentrale Rolle bei der Organisation der alljährlichen Aufmärsche zum sog. »Heldengedenken« ein)

ERNST GÜNTER KÖGEL (Jahrgang 1926 – der pensionierte Lehrer aus Remscheid wurde wegen Volksverhetzung zu 12.600 DM Geldstrafe auf Bewährung verurteilt, wegen der Behauptung die Gaskammern von Ausschwitz und Treblinka seien Teil der »genialen psychologischen Kriegsführung der Engländer« gewesen)

WOLFGANG JUCHEM (der ehemalige Geheimdienst-Mitarbeiter aus Hessisch Lichtenau ist alljährlicher Redner auf den sog. »Hess-Gedenkmärschen« und Mitglied der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT, sowie Vorsitzender der AKTION FREIES DEUTSCHLAND (s. Art. zu Godenau in dieser Ausgabe)

SEPP BIBER (WJ), Dipl. Ing. INGO TIJSSEN, GEORG ZIEGLER, HANS MAYR, FRITZ BECKER (Autor von »Stalins Blutspur durch Europa«), HUBERT DEURINGER (»Komponist und Orchesterleiter«), Dr. WERNER (Leiter des Heimatmuseums Thüringen)

Wie organisiert ist die Nazi-Szene?

Dieser Artikel soll einen kurzen Überblick geben, inwieweit die NS-Gruppen über ein gefestigtes Kadernetzwerk verfügen. Gerade für den uninformierten Betrachter ist der reale Organisationsgrad dieses politischen Spektrums schwer durchschaubar, zumal der Verfassungsschutz und andere Behörden nicht gewillt sind, diese Fragen sachlich korrekt zu behandeln. Die Schwierigkeit bei der Analyse besteht in der Tatsache, daß die Nazis im Hintergrund es noch nicht für opportun halten, eine gemeinsame Organisation zu gründen und die kleinen Funktionsträger zu egoistisch sind. Die entscheidenden Kontakte werden von Personengruppen, Vereinen und verdeckt arbeitenden Organisationen geknüpft, die ihrerseits ihre Finger in verschiedenen offen auftretenden Organisationen haben. Dieses Netzwerk im Hintergrund hat Geschichte.

Ein Rückblick

Nach dem verlorenen II. Weltkrieg verschwand ein Großteil der Kriegsverbrecher über die vom Alt-Nazi OTTO SKORZENY gegründete ODESSA (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen). Diese baute die sog. »Rattenlinie« auf, die Fluchtroute, die die Nazi-Kriegsverbrecher über den Vatikan nach Südamerika oder in den Nahen Osten lotste.

Auch die geraubten Millionen der SS verschwanden aus Deutschland. Nach Erkenntnissen US-amerikanischer Untersuchungen wurde dieses Kapital in ca. 750 Firmen angelegt, die nach dem Krieg im neutralen Ausland gegründet worden sind. 58 Firmen entstanden in Portugal unter dem Diktator Salazar, 112 in Franco-Spanien, 35 in der Türkei, 98 in Argentinien, 214 in der Schweiz und der Rest vor allem in den Diktaturen Lateinamerikas, wohin sich der Großteil der Alt-Nazis zurückgezogen hatte. (siehe Info 8).

Nach der Niederlage: Das Netz arbeitet weiter

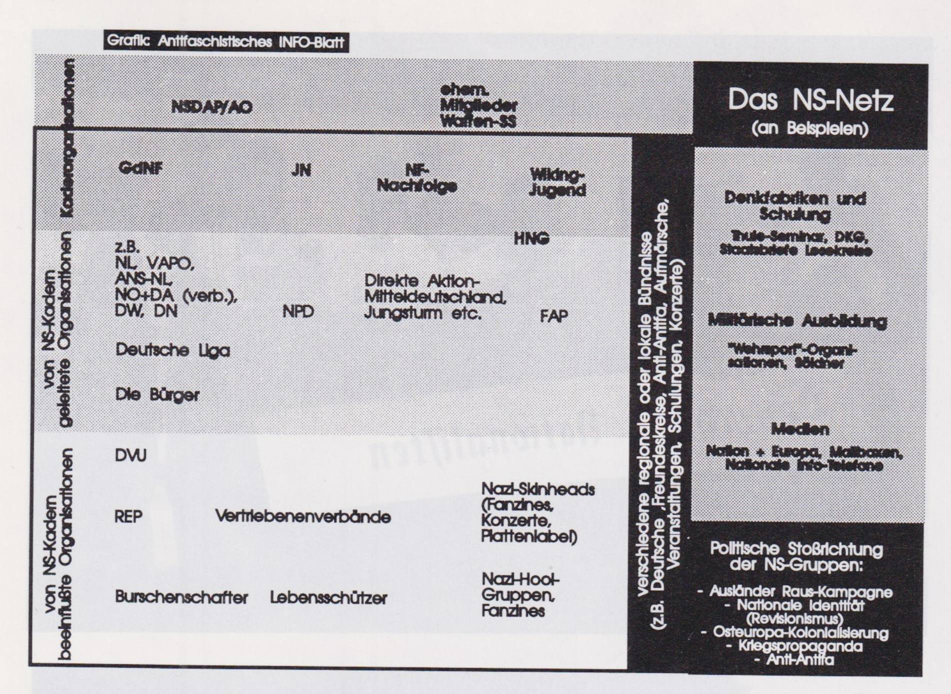
Die in Europa verbliebenen Nazis machten sich sofort nach dem Krieg daran, neue Strukturen aufzubauen. Klarheit bestand über die Tatsache, daß erstmal die direkte Erinnerung an den Terror des dutzend-jährigen Reiches verbleichen mußte, bevor eine Massenbasis erneut geschaffen werden konnte. Ein damals gegründetes Projekt ist die noch heute erscheinende Zeitung »Nation Europa«, die auf Beschluß der sog. Malmö-Konferenz 1951 (Teilnehmer aus England, Schweden, Deutschland, Belgien) entstanden ist. Auch die alten Waffen-SSler gründeten ihre »Traditionsverbände« wie die HIAG (Hilfsorganisation der ehem. Angehörigen der Waffen-SS), der sogar Gemeinnützigkeit bescheinigt wurde. Innerhalb der HIAG gab es Zirkel, die politisch an der Reorganisation der NS-Struktur weiter arbeiteten. Dokumentiert wurde einer dieser Kreise auf den Listen des KAMERADENWERKES KORPS STEINER, bestehend aus SS-Freiwilligen mehrerer europäischer Länder (siehe Info 19).

Zu behaupten, daß der NS-Bewegung zwar eine schwere Niederlage beigefügt worden ist, sie jedoch damit nicht vom Erdboden verschwunden ist, ist eigentlich eine Banalität und hat nichts mit einer »Verschwörungstheorie« zu tun. Nach unserem Erkenntnisstand sind vor allem ehem. Waffen-SSler weiterhin aktiv gewesen wie z.B. der bereits erwähnte »Mussolini-Befreier« Skorzeny oder sein Kompagnon, der Österreicher HERBERT SCHWEIGER. Durch Vereinigungen wie die DEUTSCHE KULTURGEMEINSCHAFT EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG) wurden die organisatorischen Verbindungen aufrecht erhalten und das gesammelte Organisationswissen an die nachfolgenden Generationen weitergegeben (siehe Artikel in diesem Heft). Anfangs, als die gesellschaftliche Situation für neue Nazis noch nicht reif war, hielten vor allem Einzelpersonen über derartige Netzwerke den Kontakt zueinander. Im Laufe des Erstarkens der NS-Bewegung wurden daraus organisatorische Kontakte, die von den Alt-Nazis vermittelt wurden. In diesem Sinne ist es falsch, von Neonazis zu reden, da es sich lediglich um ein Wiedererstarken handelte, jedoch um nichts Neues oder gar Anderes.



Seit 1952 bemüht sich die Wiking-Jugend (oben) um die Schulung neue Kader





Das Netzwerk wird verbreitert

Ein wichtiges Netz stellt die illegale NSDAP/AO dar. Hier arbeiten Nazis in abgeschotteten Zellen in einer strengen Hierarchie organisationsübergreifend zusammen. Ein Indiz dafür ist, daß die Gefolgschaft der österreichischen VAPO sowie die konkurrierende NATIONALE FRONT von ihren vorgesetzten Kadern als von Mitglieder »der Partei« sprechen. Andere Hinweise dafür geben Aussagen Michael Kühnens, der das damalige DVU-Mitglied (1977) HARALD NEUBAUER als NSDAP/AO Mitglied bezeichnete. Gefundene Unterlagen ermöglichen einen Einblick in die Arbeitsweise dieser Gruppe. Anwärter müssen sich anfangs durch kleinere Aufgaben, wozu auch Brandanschläge, Kurierdienste usw. zählen, beweisen, bevor sie zum Aktivisten ernannt werden. Der Aktivist hat ein umfangreiches Programm zu absolvieren, bevor er in den Kreis der Funktionäre aufgenommen wird oder später in den Kreis der Leitung. Nur die Leitung hat Anbindung zu den geheimen Zirkeln. Die Zirkel oder Zellen werden von einem Kader geleitet, der wiederum seine Befehle vom regionalen Leiter erhält, dieser wiederum von der nächst höher geordneten Stelle usw. Dieses Netzwerk existiert seit Mitte der 70er Jahre und auch der Verfassungsschutz war an seinem Aufbau beteiligt (siehe Konkret 1980: Deckname Reiser). Normale Mitglieder der Nazi-Parteien haben zu dieser Ebene keinen Zutritt.

Schon ein flüchtiger Blick auf die Parteien- und Gruppenstruktur legt nahe, daß im wesentlichen arbeitsteilig vorgegangen wird. WIKING JUGEND, die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) sind für die Kaderaufzucht zuständig, die NF-Nachfolgeorganisationen oder die GdNF sind ausgesprochene Kaderorganisationen mit unterschiedlichem Konzept. Die NF hat den Anspruch, eine Elite auszubilden, die trotz inhaltlicher Unterschiede am ehesten mit der ehem. Waffen-SS zu vergleichen ist. Die GdNF koordiniert die Kader, die in sog. Massenorganisationen aktiv sein sollen und sind historisch der alten SA ähnlich. NPD, Deutsche Liga, FAP und ähnliches, sind Organisationen, die von NS-Kadern geleitet werden und neue Leute rekrutieren.

Wichtig ist die Feststellung, daß das Netzwerk im Hintergrund nicht überall gleich gut organisiert ist. Da gibt es regional große Unterschiede, je nach dem wer, wie lange und mit wem organisiert arbeitet. Besonders im Osten der Republik ist das Kadernetz heute noch sehr schwach ausgebildet, mit Ausnahme von Cottbus, wo eine ähnlich Arbeitsteilung wie im Westen zu beobachten ist.

Es fehlen Kader

Der Fall der Mauer 1989 war das endgültige Startzeichen für die Nazis, daß ab jetzt wieder alles möglich ist und die Neuordnung Europas auf der Tagesordnung steht. Gerade die Politik der Bundesregierung spielte der neuen Generation tausende AnhängerInnen zu, die jedoch erstmal zu NS-Kadern aufgebaut werden müssen. In diesem großen Zulauf in kürzester Zeit liegt auch augenblicklich die entscheidende Schwäche der NS-Bewegung, wie einer der einflußreichsten deutschen Nazis, der Rechtsanwalt JÜRGEN RIEGER, unlängst in einem Interview betonte: »Wenn wir genügend Untercorpsführer hätten, könnten wir zehntausende marschieren lassen.« Diese Einschätzung wird gegenwärtig von vielen Kadern der NS-Bewegung aus verschiedenen Parteien geteilt. Um die Basis organisierter Kader zu verbessern, wird an verschiedenen Konzepten gearbeitet. Im Vordergrund steht dabei die Schulung junger Kader durch Bildungswerke wie das HOFFMANN VON FALLERSLEBEN BILDUNGSWERK, Berlin, oder die in der Deutschen Kulturgemeinschaft zusammengeschlossenen Vereine. Ansehen, vor allem unter den alten SSler, genießen die Nachfolgeorganisationen der Nationalistischen Front (NF), da ihr Organisationskonzept eine jahrelange Schulung vorsieht und nur gefestigte Gruppen auf die Menschheit losgelassen werden. Teilweise arbeiten diese Gruppen jahrelang im Verborgenen, bevor dieser Zustand erreicht worden ist.

Die Antworten auf Verbote

Vor allem die Bonner INITIATIVE FÜR GESAMTDEUTSCHLAND hat den Plan, das bestehende Nazi-Spektrum, einschließlich REPs und DVU, quer zu den Parteienstrukturen in Zellen zu organisieren und durch »kulturelle Schulung« zu erziehen, so daß Parteienverbote wirkungslos bleiben würden. Auch die FAP-Bonn hat sich nach eigenen Angaben schon umorganisiert und ist dabei, sich in einer Zellenstruktur neu zu formieren, um nach einem Verbot weiterarbeiten zu können.

Nach den Verboten haben sich regional verschiedene Bündnisse der bestehenden Gruppierungen entwickelt, die gerade für die Mitglieder der verbotenen Parteien ein neues Betätigungsfeld bieten. Meistens nennen sie sich DEUTSCHE FREUNDESKREISE: Dort sind FAP, Mitglieder der GdNF, NPD oder JN, Deutsche Liga oder die WJ zusammengeschlossen. Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist das von der Nazi-Presse gelobte Konzept der Gründung der NATIONALEN als Wählergemeinschaft, in denen die Parteien ihre Eigenständigkeit vorerst behalten sollen.

Für die Bundestagswahlen haben sich REP, Deutsche Liga und NPD bereits abgesprochen, sich nicht ins Gehege zu kommen. THOMAS SALOMON (NPD), INGRID SCHÖNHUBER (REP) und MANFRED ROUHS (DL) kamen auf einem Treffen überein, nicht gegeneinander zu kandidieren. Nach dem bekanntgewordenen Plan soll die DL-Köln, im Falle eines Erfolgs, zu der Fraktion der REPs stoßen.

Interessengemeinschaften mit den Bürgerlichen

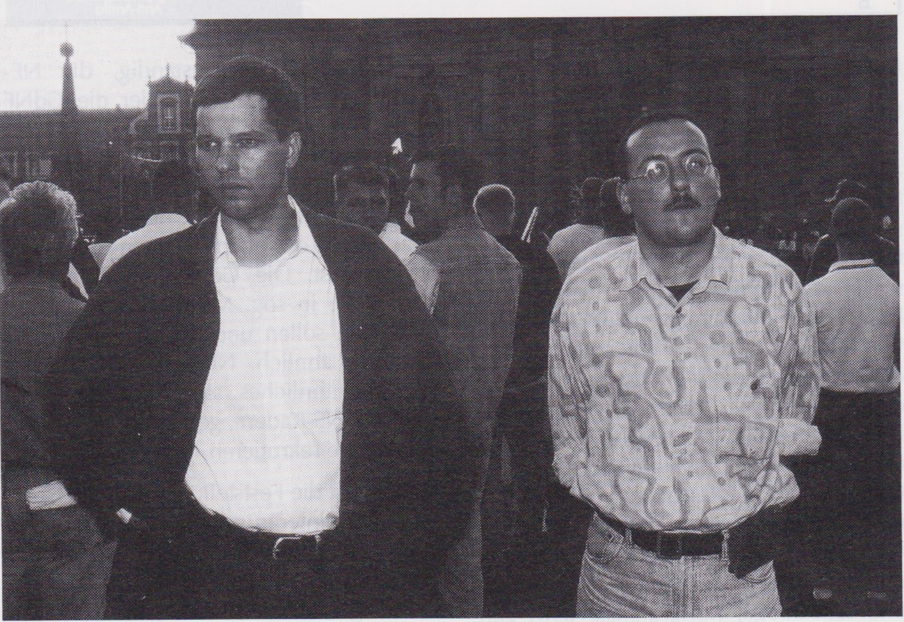
An den fünf Schwerpunkten der NS-Bewegung wird die Koordination, die in der Vergangenheit hauptsächlich über Kader

im Hintergrund gewährleistet wurde, auf eine breitere Stufe gestellt:

Die AUSLÄNDER RAUS KAMPAGNE und die Leugnung der Nazi-Kriegsverbrechen zur WIEDERERLANGUNG DER NATIONALEN IDENTITÄT ermöglichte den Nazis eine Ausweitung des politischen Einflusses; bis in die Reihen der Konservativen (Heitmanns-Heil). ANTI-ANTIFA ist für die Nazis vor allem in bündnispolitischer Sicht notwendig, da die Bekämpfung der Linken seit jeher auf ihrem Programm stand. Bei der EROBERUNG DER OSTGEBIETE bemühen sich Nazis verschiedener Fraktionen um eine Zusammenarbeit, wobei sie dadurch ihren Einfluß in den Vertriebenenorganisationen ausbauen können. Von der zu erwartenden KRIEGSPROPAGANDA versprechen sich die Nazis eine weitere Zusammenarbeit und kommende Unterstützung durch Reaktionäre aus Armee und Parlament.

Bei diesen Themen besteht eine Interessengemeinschaft mit bürgerlichen Parteien, die auch in den kommenden Jahren dafür sorgen wird, daß die Nazis von diesem Staat gebraucht werden. Vor den anstehenden Wahlen jedoch sieht besonders die CDU eine Konkurrenz von Rechts gar nicht gerne. Sie wird im kommenden halben Jahr auch darum bemüht sein, gegen Rechts vorzugehen, zumal die NS-Faschisten nach den Mordanschlägen von Solingen in weiten Teilen der Öffentlichkeit nicht gerade hoch angesehen werden. DVU und REP sind im Westen wesentlich populärerer, als die offen auftretenden NS-Gruppierungen, doch es fehlt an allen Ecken und Enden Personal. Im Osten der Republik sind dagegen die NS-Gruppen stärker entwickelt, da hier hauptsächlich Jugendliche von den Rechten angezogen werden.





Die GdNF gründet immer neue Parteien (Foto oben) *beide Fotos: C.N., Kontakt über Info*
Zwei Drahtzieher des neuen SA-Flügels: Christian Worch (NL) und Christian Malcoci (HNG - Hilfsorg. für nationale Gefangene und deren Angehörige) *(unten)*

Der Svoray Report

Von Oktober 1992 bis zum April 1993 untersuchte der israelische Journalist Yaron Svoray das Netzwerk deutscher und internationaler Nazis. Er stellte sich als australischer Journalist mit dem Pseudonym Ron Furey vor und gab an, für die nicht existierende Zeitung »Der Rechte Weg« zu arbeiten. Interesse der Nazis war geweckt, als Svoray/Furey durchblikken ließ, daß er für einen US-amerikanischen Multimillionär arbeite, der auf der Suche nach geeigneten Spendengeldempfängern sei. Der abschließende Untersuchungsbericht bestätigt, daß ein straff organisiertes Nazi-Netzwerk existiert, daß die deutsche Regierung mit falschen Angaben über Potential und Organisationsgrad hantiert und daß Nazis aus den Reihen der Polizei unterstützt bzw. vorgewarnt werden. Für diesen Bericht interessierte sich der US-Kongreß, der auf Grundlage des Berichtes im Juni '93 eine Anhörung durchführte. Von der BRD-Regierung gab es, wie üblich, keine Reaktionen.

Begonnen hatte Svoray seine Nachforschungen bei Heinz Reisz in Langen, welcher ihm die Kontakte vermittelte und ihn auf einer Rundreise durch die deutsche Nazi-Szene begleitete. Die Gespräche wurden teils offen, teils heimlich mitgeschnitten und über nacht an das Wiesenthal-Center in Los Angeles geschickt. Dort wurden sie analysiert, damit Svoray in der Lage war, die richtigen Fragen zu stellen und die passenden Antworten zu geben. Damit die Nazis nicht mißtrauisch wurden, schlüpfte ein Mitarbeiter des Wiesenthal-Centers, Richard Eaton, in die Rolle des Multimillionärs, um fortan die Gespräche gemeinsam mit Svoray zu bestreiten. Die Angaben des Berichts basieren im wesentlichen auf Aussagen der Nazis selbst und sind deshalb teilweise mit Vorsicht zu genießen.

Dieser Bericht belegt vor allem, daß die Nazis von HEINZ REISZ (DEUTSCHES HESSEN) bis MEINOLF SCHÖNBORN (NATIONALISTISCHE FRONT), von Alt-Nazis wie REINHOLD KOPPS alias JUAN MAHLER bis zu ROY GODENAU alias ARMSTRONG, von WOLFGANG JUCHEM bis zu der Witwe ROST VAN TONNINGEN, von REP-Mitglied BERND THRUN bis zu FRIEDHELM BUSSE und MANFRED ROEDER in einer Struktur arbeiten.

Ein Nazi-Zentrum im Ausland

Bei einem Treffen zwischen Svoray, Juchem, Roy Godenau, Friedhelm Busse, WILHELM, genannt »Kampfhahn«, KÖBERICH und Heinz Reisz in einem Frankfurter Hotel wurde in Erwartung einer kräftigen Finanzspritze der Aufbau eines Nazi-Zentrums beschlossen – und Heinz Reisz erzählte in mehreren Interviews, daß die Errichtung eines solchen Zentrums nun bald bevorstünde. Die detaillierten Pläne kamen von MEINOLF SCHÖNBORN, dem Vorsitzenden der verbotenen NF. Er ließ Svoray seine Vorstellungen für die »Konstruktion einer professionellen Kaderorganisation« zukommen. Darin wird der Aufbau in zwei Phasen unterteilt. Veranschlagte Kosten: 3,5 Millionen. Schönborn ist derweil häufig in Polen unterwegs, wie viele andere deutscher Nazis, die versuchen, sich dort einen Stützpunkt aufzubauen.

Die Reise durch das Gruselkabinett führten Svoray und Eaton zu den Ikonen der NS-Bewegung. GUDRUN BURWITZ ist die Tochter Heinrich Himmlers und genauso wie EDDA GÖRING (Tochter) eine enge Freundin der FLORIE ROST VAN TONNINGEN (Niederlande), die eine wichtige Schaltstelle im Nazi-Netz innehat und sich als Juchem Unterstützerin gab. Als weitere Ikone trafen die Mitarbeiter des Wiesenthal-Zentrums KARL-WILHELM KRAUSE, der Leibwächter Hitler gewesen war.

Juchem und Godenau

Als einflußreichste Figuren der deutschen NS-Bewegung begegneten ihnen das Gespann Roy Arthur Godenau aus Nordhessen und sein Kompagnon Wolfgang Juchem aus Hessisch-Lichtenau. Juchem steht der Organisation AKTION FREIES DEUTSCHLAND vor, spricht auf Veranstaltungen des gesamten faschistischen Spektrums (dieses und letztes Jahr war er Redner auf den »Rudolf-Hess-Märschen«) und will sich heute noch nicht auf eine Parteimitgliedschaft festlegen, da er abwarten wolle, welche das Rennen macht. Juchem, der der Deutschen Liga nahesteht, werden Redetalent, Ausstrahlungskraft sowie weitreichende Verbindungen bescheinigt. Er war viele Jahre Mitarbeiter des BUNDESNACHRICHTENDIENSTES (BND) und wird, laut Bericht, von vielen als der kommende Mann in der Nazi-Szene gehandelt. Doch Juchems Verbindungen wären nur halb so gut, wenn er nicht mit einer der dunkelsten Gestalten der NS-Szene zusammenarbeiten würde.

Roy Godenau reist mit seinem US-amerikanischen Paß, der auf Roy Armstrong ausgestellt ist, durch die halbe Welt und soll, laut Bericht, bei dem vereitelten und recht dilettantischen, Putschversuch der Nazis in Surinam (1990) beteiligt gewesen sein. Dort haben sich Nazis als Söldner anwerben lassen. Während des Krieges gegen den Irak stellte ihn die BRD-Polizei, laut seinen eigenen Angaben, unter Hausarrest, da ihm vorgeworfen wurde, den Irak über Bewegungen von NATO-Panzern an der türkischen Grenze auf dem laufenden gehalten zu haben. Sein Geld verdiene er mit der Verbreitung von anti-semitischen und anti-Freimaurer-Büchern des Autors REINHOLD KOPPS. Unter dem falschen Namen JUAN MAHLER lebt dieser heute in Argentinien und war während des zweiten Weltkrieges, laut Godenau, Offizier der Abwehr, der in Albanien zur Bekämpfung von Partisanen eingesetzt worden war. Nach Südamerika sei er nach dem Krieg über die »Rattenlinie« gekommen, für die er auch im Vatikan gearbeitet hat. Godenau gab an, daß er sowohl Geld für Kopps verschiebe wie auch für ihn als Mittelsmann mit Nazis in »52 Ländern« fungiere. Kopps gab den Wiesenthal-Mitarbeitern nach drei Besuchen ein Empfehlungsschreiben für einen Kontakt in Luxemburg mit, über den der Geldtransfers nach Deutschland ausgeführt werden könnte. Aufgrund des Berichts hat Kopps Ärger mit den argentinischen Behörden bekommen. Juchem und Godenau wurde hingegen von der Polizei »keine überragende Bedeutung« bescheinigt. ■

Roy Arthur Armstrong-Godenau

Kontaktmann der Internationale des Antisemitismus

Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen schießen in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden. Fast ebenso schnell verschwinden sie wieder von der Bildfläche. Verbote sollen dem Ansehen der BRD im Ausland wieder zu etwas mehr Glanz verhelfen. Der rechtsextremen Struktur schaden sie nur unwesentlich. Kurze Zeit tauchen die Anführer der jeweiligen Gruppierung im Rampenlicht der Presse auf, faseln etwas von ewiger Kameradschaft, Treue oder Vaterland, um dann wieder im Dunkel des rechtsextremistischen Mobs zu verschwinden. Sehen wir uns die »Köpfe« der letzten 10 Jahre an, so stellen wir fest, es sind wenige, die den »braunen Laden« zusammenhalten.

Zum einen sind dies bei jeder sich bietenden Gelegenheit in der Presse herumgereichten Funktionäre wie Schönhuber, Frey, Deckert, Worch, Busse usw. Sie haben genau diese Funktion, nämlich in der Öffentlichkeit aufzutreten und den bundesdeutschen Stammtischen die »Lösungen« anzubieten. Ebenso wichtig sind jedoch diejenigen, die mehr im Hintergrund stehen, über die Grenzen der jeweiligen Gruppierung hinaus die Kontakte halten oder knüpfen. Ihren Namen in der breiten Öffentlichkeit vorzufinden, ist für diese Personen nicht unbedingt nützlich, da es ihre Funktion ist, die Infrastruktur des braunen Netzes auszubauen und zu stabilisieren. Dies läßt sich unerkannt besser bewerkstelligen.



Im Folgenden soll einer dieser Hintermänner näher beleuchtet werden, der in letzter Zeit zu einer gewissen Berühmtheit gelangte, da er aus dem Nähkästchen plauderte, um an die von dem jüdischen Journalisten Svoray vorgetäuschten Millionen heranzukommen. (s. Art. dieses Info)

Die Rede ist von Roy Arthur Armstrong Godenau, einem US-Amerikaner, der 1977 nach der Hochzeit mit Ingeborg Godenau sich je nach Laune mal Armstrong, mal Godenau nennt.

Roy Arthur Godenau (im folgenden G.) wurde am 2.11.48 in Seattle/Washington als Roy Armstrong geboren. Dort hatte er schon in jungen Jahren Kontakt zur NS-Szene, u.a. zur Bewegung um Matt Koehl, der Hitler als eine Art Gott verehrt und Chef der »World Union of Nationalist Socialists« (WUNS) ist. Als GI kam G. 1969 nach Gießen. Ab 1976 lebte er dann ständig hier. Mit der Beziehung zu Ingeborg Godenau, die er auf einem JN-Jugendlager kennergelernt hat, heiratete er 1977 in eine bestehende braune Struktur ein.

Das Wohnhaus der Godenau's, die Buchenmühle bei Sebbeterode in Nord-Hessen, ist ein kleineres Anwesen, das mindestens seit Anfang der 70er Jahre den verschiedensten Nazi-Gruppen als Tagungshaus, Zeltplatz, Übungsplatz etc. dient. Von den »Tagen Volkstreuer Jugend«, veranstaltet von »Bund Heimattreuer Jugtend« (BHJ) und »Wiking Jugend« (WJ), die in dieser Zeit bis 1976 regelmäßig dort stattfanden, schwärmte die WJ in den höchsten Tönen. Auch Urlaubsgästen wurde das Haus angepriesen als Ort, an dem garantiert »eine völkische Weltanschauung« vorherrscht.

In diese »gewachsene« Struktur bringt G. seine internationalen Verbindungen als Mitgift ein. Sie bestehen aus den Kontakten zur »Internationale des Antisemitismus«. Sein aktiver Beitrag dazu ist, daß er antisemitische Flugblätter, Bücher des Juan-Maler-Verlags (Argentinien) und anderes Schriftgut bezieht, verteilt und ins benachbarte Ausland weiter verschickt. Dies bringt ihm 1983 ein Verfahren wegen Volksverhetzung ein, weil er Flugblätter verbreitet hatte, in denen gegen die Fernseh-Sendung »Der Holocaust« gehetzt wurde. Daß er in der Nazi-Szene nicht gerade unbedeutend ist, wird klar, als er im Berufungsverfahren – in den HNG-Nachrichten wird von »unserem Kameraden« geschrieben, was auf eine Mitgliedschaft schließen läßt – am 28.3.86 von Rechtsanwalt Rieger aus Hamburg verteidigt wird. Während des Prozesses werden seine engen Kontakte zum »Institut for Historical Review« aktenkundig, eines der wichtigsten Zentren des internationalen Antisemitismus.

Auch oder gerade nachdem G. in der Buchenmühle das Sagen hat, geben sich Faschisten aus vielen Ländern dort die Klinke in die Hand, teils um dort Urlaub zu machen, teils um kleinere Treffen und /oder Veranstaltungen abzuhalten. Einige bekanntgewordene Beispiele:

- am 7.6.84 findet dort die Gründung des FAP-Kreisverbandes Marburg statt
- im Sommer 84 macht die »Nothilfstechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel«(TENO) des Zahnarztes Jürgens dort Rast, mit dabei u.a. Th.Wulff.

Von G.selbst werden folgende Aktivitäten bekannt:

- am 20.6.84 nimmt er an der Gründungsveranstaltung des KV Frankfurt der FAP teil, auf der Otto Ernst Remer spricht
- 1987 trifft er mit Ernst Zündel und KKK-Leuten in Kanada und den USA zusammen, im selben Jahr wird er bei einer Zündel-Veranstaltung in Österreich verhaftet. In dieser Zeit hält er Kontakte zu allen Größen des internationalen Faschismus.

Hat sich G. in der Öffentlichkeit bis dahin weitgehend zurückgehalten, so ändert sich dies ab Anfang der 90er Jahre. Er beginnt in einschlägigen Blättern für den »Juan-Maler-Verlag« zu inserieren, firmiert als Kontaktadresse der FAP-Tarnorganisation »Bürgerinitiative Unsere Zukunft« (BUZ) und taucht vermehrt bei öffentlichen Veranstaltungen auf, so z.B. bei der geplatzten Veranstaltung der »Deutschen Allianz« am 11.5.91 in Hungen-Inheiden, beim NF-Treffen am 29.6.91 in Roding oder bei einer SPD-Veranstaltung zum Thema Rechtsradikalismus im Sommer 92 in Frankenberg bei Marburg in Begleitung von W. Juchem (»Aktion Freies Deutschland«), Th. Fink (HNG-Funktionär) und anderen, um zu provozieren. Die Teilnahme an der »Anti-Antifa-Demo« in Meschede, organisiert von »Nationaler Liste» (NL) und »Sauerländer Aktionsfront« (SAF) am 18.7.92 überrascht da auch nicht mehr.

Es ist offensichtlich sein Interesse, rechte Organisationen aktiv zu »unterwandern« oder, wo er selbst nicht Mitglied werden kann, weil er US-Amerikaner ist, »seine« Leute unterzubringen.

- Seine Frau, Ingeborg G., von Beruf Lehrerin, ist seit der Kommunalwahl '93 im Kreistag des Schwalm-Eder-Kreis als REP-Abgeordnete tätig.
- Sein Schwiegervater Siegfried G., organisiert in der »Gemeinschaft Deutscher Osten«, taucht in jüngster Zeit im ehemaligen Ostpreussen auf, um dort Wohnraum für anzusiedelnde Rußland-Deutsche zu erwerben, oder Baumaterial für Renovierungen zur Verfügung zu stellen.



Wolgang Juchem in Fulda 1993

- Seit 1990 sind eine Sigrid Godenau, seit 1992 die Kinder Volker und Irmhild Godenau Mitglieder der rechtsextremen Jugendorganisation »Sturmvogel«, eine Abspaltung der »Wiking Jugend«.

Unterstützung fand auch die »Freie Wählergemeinschaft Frankfurt« durch Flugblätter mit seiner Kontaktadresse. Diese Flugblätter wurden sowohl 1992 im Raum Marburg/Gießen verteilt als auch 1993 in der ganzen BRD verschickt, was ihm derzeit mehrere Ermittlungsverfahren der Marburger Staatsanwaltschaft einbrachte. Über seine Adresse ist der »Nachrichten Austauschdienst« (NAD) des W. Ochensberger aus Österreich versandt worden. Einer Einladung des »Bildungswerk Deutsche Zeitgeschichte« zu einem Vortrag von W. Juchem am 27.11.92 in Beuern bei Giessen liegen Flugblätter bei, für die G. verantwortlich zeichnet und die mit einen Grund dafür abgegeben haben, daß diese Veranstaltung von der Polizei abgesagt wurde.

Unklar sind G's Kontakte zum Irak und zu anderen arabischen und afrikanischen Staaten, welche ihm von dem oben erwähnten Journalisten Svoray nachgesagt werden. Wundern würde es keineN, da über die Kontakte seines Freundes Juchem (ehemaliger MAD-Mann) und seines »Arbeitgebers« Juan Mahler (alias Reinhold Knopps, als solcher während der NS-Zeit tätig für die Abwehr) sicher sowohl Informationen weitergereicht werden könnten als auch Rückendeckung gegeben ist. Aber das ist noch sehr spekulativ.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß G. mit allen rechten, rechtsextremen und faschistischen Gruppierungen und Organisationen Kontakt hält und daß er im Geflecht des internationalen Antisemitismus und Nationalsozialismus eine wesentliche Rolle spielt. ■



Dänemark

Nazis ohne Glück

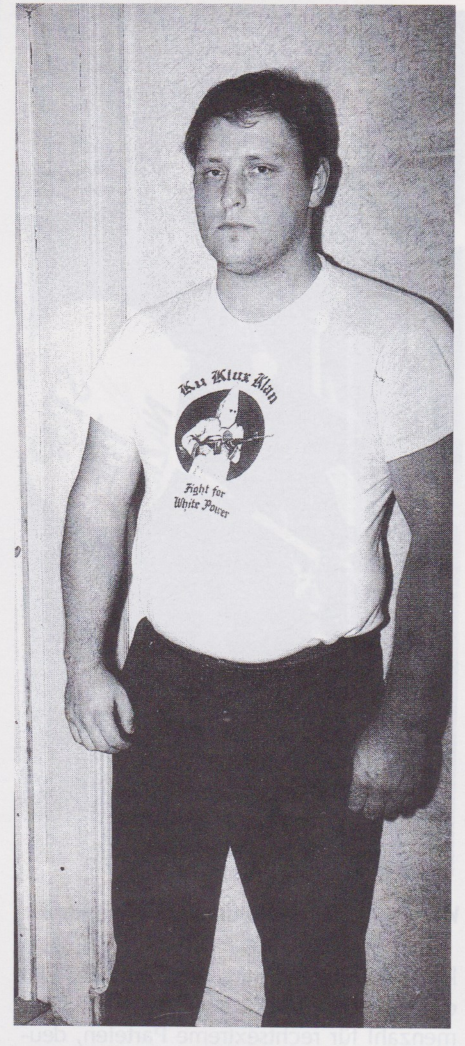
Anfang September wurde die dänische Nazi-Szene ordentlich durchgeschüttelt. Der Grund dafür war eine ganze Flut von Presseberichten und Insider-Aussagen, die die kriminellen Machenschaften einiger Nazi-Führer ans Licht brachten.

Am 8. September strahlte der Fernsehsender »TV2« eine Sendung über rechtsextreme Organisationen in Dänemark aus. In dem Bericht wurde u.a. ausgesagt, daß JONNI HANSEN, Führer der DÄNISCHEN NATIONALSOZIALISTISCHEN BEWEGUNG (DNSB) hinter dem Einbruch in ein Büro einer sozialistischen Partei und dem Handel mit den dabei entwendeten Mitgliederkarteien stand. Auch mit einem Einbruch in das Büro der antirassistischen Organisation »Fair Play« wird Hansen in Verbindung gebracht. Noch am selben Abend der TV-Ausstrahlung mobilisierten AntifaschistInnen in Kopenhagen eine spontane Kundgebung vor dem Haus, in dem Hansen wohnt. Die Stürmung der Wohnung, die auch als Hauptquatier der DNSB dient, wurde durch die eintreffende Polizei verhindert. Pech hatte ein herbeigeeilter Nazi, der Hansen beschützen wollte: Nichtsahnend zeigte MICHAEL CHRISTIANSEN, der einige Jahre Mitglied der DNSB gewesen war, ausgerechnet Zivilbullen, die er für Gesinnungsgenossen hielt, seine mitgebrachte Pistole. Der 33jährige Nazi wurde prompt festgenommen und bei einer anschließenden Durchsuchung fand die Polizei ein ansehnliches Waffen- und Munitionslager in seiner Wohnung (darunter eine deutsche Maschinenpistole und Munition aus dänischen Armeebeständen). Christiansen bekam dafür 30 Tagen Knast aufgedrückt.

Nur wenige Tage später wurde ALBERT LARSEN, der Parteiführer der NATIONALEN PARTEI (PDN) und Ex-Mitglied der DNSB, in einem TV-Beitrag mit dem tödlichen Bombenattentat auf einen Antifaschisten im März 1992 in Verbindung gebracht (Info berichtete). Bereits in der ersten Sendung hatte Larsen vor laufender Kamera gestanden, die Männer, die 1990 den Überfall auf eine farbige linke Politikerin, die aus Pakistan stammende Lubna Elahi, verübt hatten, zu kennen. Die sechs Nazis würden einer Gruppe mit dem Namen »DÄNISCHE BRUDERSCHAFT« angehören. Bisher sind weder dieser Überfall, bei dem die Sozialistin verletzt wurde, noch der Mord im vorigen Jahr, von der Polizei aufgeklärt worden. Nun scheint es so, daß Larsen beide Male seine Hände im Spiel hatte. Besagtes Videoband, auf dem Larsen seine Sympathie für Gewalt gegen AntifaschistInnen bekundet und sich der Bekanntschaft der »Bruderschaft« rühmt, entstammt dem Archiv des ehemaligen Nazis FREDE F. RASMUSSEN, der mittlerweile seine umfangreichen Insider-Kenntnisse geschickt vermarktet und an die Presse verkauft. Rasmussen, der beteuert, daß er dem Nationalsozialismus abgeschworen habe, hatte als »Archivar« der Nazi-Szene Umgang mit führenden dänischen Nazis, an deren Treffen er mit seiner Videokamera teilnahm.

Aber das war nicht der einzige Insider-Bericht, der den dänischen Nazis momentan zu schaffen macht. Nidal Khazouf, die ehemalige Freundin von dem führenden DNSB-Mitglied POVL HEINRICH RIIS KNUDSENS, ging mit einigen interessanten Informationen über die internationalen Aktivitäten und Verbindungen von Knudsens an die Öffentlichkeit. So berichtete sie u.a., wie Nazi-Propaganda von Knudsens über die Grenze nach Deutschland geschmuggelt und in einem Postamt in Flensburg an deutsche Nazis verschickt wurde. Die z.T. in England gedruckte Nazi-Literatur wurde in dem Haus eines weiteren DNSB-Mitglieds, GUNNER-VILHELM GRAM, in Nörresundby gelagert.

Bereits im Juli 1993 hatte die DNSB auf der Insel Lolland ein Treffen, an dem



DNSB-Führer Jonni Hansen

auch Nazis aus Norwegen und Deutschland teilnahmen, organisiert. Bei den Teilnehmern aus Deutschland handelte es sich wahrscheinlich um FAP-Anhänger. Was die Nazis nicht wußten, war, daß sie beobachtet wurden. Dänischen AntifaschistInnen gelang es zudem, an einige Namen der Anwesenden heranzukommen. Die Namen einiger deutscher TeinehmerInnen: AXEL ROCKEL, JÖRG BLÄSING, THOMAS KETELS, FALKO, ROBERT, BIRGIT und MICHAEL. Dies ist nicht das erste Treffen dieser Art, an denen deutsche Nazis teilnahmen. Bei Wehrsportübungen der DNSB sind Gäste aus Deutschland keine Neuigkeit.

Norwegen

Im September fanden in Norwegen Parlamentswahlen statt. Zum ersten Mal seit dem Krieg sammelten sich die Nazis um eine politische Partei, die sogenannte Vaterlandspartei (FLP). Die FLP bekam nur 0,5% der Wählerstimmen. Die ebenfalls rassistische Partei »Einwanderungsstop«



Vor der Demo gegen die BNP in London

kam auf 0.7% der Stimmen. Trotz der - im europäischen Maßstab – geringen Stimmenzahl für rechtsextreme Parteien, deutet sich auch hier ein langsamer Aufwertstrend an.

Die sich eher moderat gebende FLP unter der Leitung des Physik-Professors HARALD TREFALL, wurde erst 1990 in Bergen gegründet. Seitdem hat sie sich zu einer der stärksten Organisationen im rechtsextremen Spektrum entwickelt. Als der einzigen rechtsextremen Partei gelang es der FLP eine Jugendorganisation aufzubauen. Bei den diesjährigen Wahlen stellte die FLP in allen 19 Distrikten des Landes eigene Kandidaten auf. Unterstützung im Wahlkampf bekam die FLP durch Norwegens bekanntesten Rassisten, ARNE MYRDAL. Doch bei ihren öffentlichen Auftritten hatte die FLP wenig Glück: AntifaschistInnen sorgten dafür, daß die Nazis sich nicht in Ruhe versammeln konnten. Bei einer Kundgebung mit Parteiführer Trefall in Oslo, stürmten Antifas den Balkon, von der er seine Rede halten wollte. Unter den Papieren, die bei dieser Aktion den Antifas in die Hände fielen, befanden sich Flugblätter norwegischer Nazi-Organisationen und NSDAP/AO-Telefonkarten. Die Beteuerungen der FLP, nichts mit Nazis zu tun zu haben, konnten damit einmal mehr widerlegt werden.

Britannien

Großdemo gegen die BNP

Mitte Oktober demonstrierten 45.000 Menschen gegen die faschistische British National Party (BNP). 7000 Polizisten, darunter Spezialeinheiten, hinderten den Demozug daran, an dem Sitz der BNP in Welling/London vorbeizuziehen. Dabei gingen sie mit großer Brutalität gegen die DemonstrantInnen vor. Die Demonstration wurde von drei Seiten abgeriegelt. Einige Militante versuchten sich den Weg zum BNP-Büro freizukämpfen und wurden von berittener Polizei und durch Schlagstockeinsatz zurückgedrängt. Die Auseinandersetzungen hielten bis in die Nacht hinein an.

Antifaschistische und antirassistische Gruppen in London sehen die Notwendigkeit, ihre Arbeit zu intensivieren: Die Zahl rassistischer Überfälle hat zugenommen. Zudem hatte es im Londoner Stadteil Millwall im September '93 erstmals ein BNP-Faschist geschafft, in den Gemeinderat gewählt zu werden.

Türkei

Türkische »Konter-Guerilla« in der BRD?

Nach Angaben der in der Türkei erscheinenden Zeitung AYDINLIK sind hundert Angehörige des »Amtes für spezielle Kriegsführung« nach Westeuropa geschickt worden; der Großteil in die BRD und nach Frankreich (dort hat mittlerweile auch eine größere Polizeioperation gegen die PKK stattgefunden). Der Rest der Contra-Gruppe soll sich in Holland, der Schweiz und England befinden.

Wir bewerten die Informationen von Aydinlik mit Vorsicht, auch nennt die Zeitung in diesem Fall keine Quelle. Dennoch ist der beschriebene Vorgang nicht so unwahrscheinlich: Aydinlik behauptet, daß nach dem Beschluß des NATIONALEN SICHERHEITSRATS *(»die Kader der PKK im In- und Ausland zu vernichten«)* Contra-Teams aus Angehörigen des Nationalen Geheimdienstes, der Kommandantur für Spezialtruppen und einer Abteilung der Gendarmerie gebildet wurden; auch von umgedrehten PKK-Leuten ist die Rede. Aufgabe dieser Teams seien Anschläge auf PKK-Auslandsfunktionäre sowie Aktionen, die die PKK in der europäischen Öffentlichkeit isolieren sollen.

(Quelle: Medico International/Büro Berlin)

Griechenland

Athen: Tausende gegen Nazi-Terror

In der Nacht des 8.November wurde eine Schülerin von 5 jugendlichen Neonazis angegriffen und ihr ein Hakenkreuz in die Stirn geritzt. Dieser Überfall wurde schnell zum Thema Nummer 1, da einige SchülerInnen ihrer Klasse sich sofort an die Medien wandten und die Angreifer Mitglieder der Nazi-Gruppe CHRISI AVGI (Goldener Morgen) waren. Die SchülerInnen riefen zu einer Demo auf, die anfangs zum Büro des »Goldenen Morgens« gehen sollte. Auf Druck von Eltern und Lehrern wurde beschlossen, zuerst zum Bildungsministerium zu ziehen. Wer danach zum Nazi-Büro weitergehen wollte, sollte dies »auf eigene Verantwortung« tun. Den Schülern, die weiter mitgehen wollten, wurde jedoch mit Bestrafung gedroht.

Am Freitag, um 12.30 Uhr, setzte sich die Demo in Bewegung. Es waren 6.000 SchülerInnen und Autonome erschienen. Die Interessen waren durchaus unterschiedlich: Die einen wollten zum Bildungsministerium, um zu fordern, daß die SchülerInnen besser beschützt werden – die anderen traten für die antifaschistische Selbsthilfe ein und wollten deshalb zum Nazi-Büro gehen. Als kurz vor dem Bildungsministerium zwei Nazis am Rande der Demo gesehen wurden, brach das Chaos aus und die halbe Demo rannte hinter ihnen her. Damit waren die DemonstrantInnen auch schon auf dem richtigen Weg zum Nazi-Büro. Sofort wurde das Büro mit Steinen und Molotow Coktails attackiert, bis die Polizei aus den Seitenstraßen stürzte und Tränengas und Knüppel einsetzte. Ein Teil der AntifaschistInnen flüchtete daraufhin in die Uni, die bei solchen Fällen DemonstrantInnen Asyl gewährt. Nachdem ein Feuerwehrauto angegriffen worden war, kam es auch vor der Uni zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Während des Abzugs der DemonstrantInnen nahm die Polizei zwei Personen fest.

Die Medien berichteten tags darauf, daß die friedliche Demo der SchülerInnen von einer Handvoll »Anarcho-Hooligans« provoziert worden sei und daß es so zu Krawallen gekommen wäre. Diese Handvoll waren immerhin 2.000 Leute. Es wäre ja toll, wenn wir so viel Autonome wären, sind es aber leider nicht.

Keinen Fußbreit den Nazis in Athen und anderswo! Freiheit den zwei politischen Gefangenen der antifaschistischen Demo!

(mit solidarischen Grüßen, eine Autonome aus Athen)

Südafrika

Hani-Mord

Zwei des Mordes an Chris Hani angeklagte Rechtsextremisten sind vom Gericht im Oktober diesen Jahres schuldig gesprochen worden. Es handelt sich um den aus Polen eingewanderten Janusz Waluz und um Clive Derby-Lewis, eine der zentralen Figuren des rechtsextremistischen Lagers in Südafrika. Seine Ehefrau Gaye Derby-Lewis wurde freigesprochen.

(Zum Hintergrund des Hani-Mordes s. Info 24)

Unter deutschen Faschisten

Ein Mitarbeiter der Hilfsorganisation Medico International nutzte das Angebot der »Dienstleistungsagentur« des NPD'lers Günter Deckert. Er begab sich auf die Reise zu deutsch-faschistischen Kreisen in Südafrika, um Einblick in diese Szene zu gewinnen. Nach einer Überprüfung durch den Herausgeber von NATION UND EUROPA, Peter Dehoust, ging es zu HORST GRÄFE, der sich in der Nähe von Pretoria niedergelassen hat. Als auch hier die Gesinnungsforschung überstanden war, fand der Medico-Mitarbeiter zu der Farm des HELMUT HORNUNG in der Nähe der Stadt Graskop im Transvaal.

Neben Hornungs Farm ist der »Odalshof« von EDHILD LEINWEBER und HANS HEIMROD (auch zu erreichen in Hamburg unter Jensen, Tel. 040/473031) in Stanfort ein wichtiger Treffpunkt deutscher Faschisten. Hier verkehren Leute wie WOLFGANG JUCHEM, MANFRED ROEDER oder BERND THRUN.

Von Hornung erfährt Medico, daß HORST KLENZ früher per Annonce Söldner aus der BRD für Südafrika, für den Krieg in Angola, anwarb. Über Klenz hatten wir im Infoblatt Nr.10 berichtet, nachdem er wegen eines bewaffneten Überfalls gemeinsam mit südafrikanischen AWB-Leuten (Afrikaner Widerstandsbewegung) festgenommen worden war. Klenz soll auch des öfteren für THIES CHRISTOPHERSEN geschrieben haben. Die Söldner-Anwerbung habe sich, so Hornung, nach Kroatien verlagert. Thrun, der Republikaner, verteile nun das Geld dafür.

Andere Exponenten des deutschen Nazismus in Südafrika sind der Ex-Waffen-SS'ler und jetziges AWB-Mitglied WILHELM BEISSNER oder der Dr. H.G. MIGEOD aus Kapstadt mit besten Verbindungen nach Österreich und in die BRD.

Medico listet weitere Querverbindungen in die rechtsextreme Szene der BRD auf.

(Der gesamte Artikel ist im Medico-Rundschreiben 2/93 nachzulesen, anzufordern bei: Medico, Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt a.M.)

Das Antifa-Info

im Abonnement:

Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Ihr könnt den Bestellvordruck auf der Rückseite verwenden, da dürfte eigentlich nichts schief gehen. Wichtig ist, ab welcher Ausgabe Ihr das Info haben wollt und bei den Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Außerdem müssen Abos bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Scheck oder mit Überweisung.

Besonders freuen wir uns über Förderabos, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

Nachbestellung:

Alle bereits erschienenen Ausgaben könnt Ihr nachbestellen. Ausgegangene Ausgaben sind kopiert und entsprechend teuer. Die Preise entnehmt bitte der untenstehenden Liste. Es ist immer nur die Liste aus der aktuellen Nummer zu verwenden. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

zum Weiterverkauf:

Darüber freuen wir uns besonders. Du sagst uns, wieviel Ausgaben (mindestens drei) Du haben willst und ab welcher Ausgabe, wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Die Preise stehen unten.

Preise:

Abo (fünf mal eine Ausgabe):	30,00 DM
Doppelabo (fünf mal zwei Ausgaben):	50,00 DM
zum Weiterverkaufen:	
ab drei Stück pro Ausgabe:	4,00 DM
ab fünf Stück pro Ausgabe:	3,60 DM
ab 10 Stück pro Ausgabe:	3,20 DM

(alle Preise inclusive Porto und Verpackung)

Bereits erschienene Infos:

Portokosten: 3,- DM bis fünf Stück, 5,- DM ab sechs Stück

INFO 0,	87,		1,00 DM
INFO 1,	6/87,	K,	6,00 DM
INFO 2,	12/87,	K	4,50 DM
INFO 3,	3/88,		2,00 DM
Sondernr.,	5/88,	K	4,00 DM
INFO 4,	9/88,	K,	7,50 DM
INFO 5,	11/88,	K,	6,00 DM
INFO 6/7,	2/89,	K,	8,50 DM
INFO 8	5/89,	K	8,50 DM
INFO 9	10/89,	K,	9,50 DM
INFO 10	2/90,	K,	7,00 DM
INFO 11	5/90,		3,00 DM
INFO 12	9/90,	K,	7,00 DM
INFO 13	Win/90		3,00 DM
INFO 14	Früh/91		3,00 DM
INFO 15	Som/91	K,	7,00 DM
INFO 16	Win/91		3,00 DM
INFO 17	3/92		4,00 DM
INFO 18	5/92		4,00 DM
INFO 19	7/92		4,00 DM
INFO 20a/b,	11/92,	K,	10,50 DM
INFO 21	3/93		4,00 DM
INFO 22	5/93		4,00 DM
INFO 23	Som/93		4,00 DM
INFO 24	10/93		4,00 DM
INFO 25	12/93		4,00 DM

Speziell für Infoläden/Antifagruppen/Archive:
Antifa-Info Nr. 11,13,14,17,18 für 10,- DM (incl. Porto)

Abobestellung

An das Antifa-Info, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Ich möchte das Antifa-Info im Abonnement für fünf Ausgaben zu DM 30,- beziehen. Das Abo verlängert sich nicht automatisch, mit der letzten Ausgabe erhalte ich einen Hinweis, daß das Abo abgelaufen ist.

Bitte sendet mir ab Ausgabe Nr. ____ (incl.) die weiteren fünf folgenden Ausgaben an folgende Adresse:

Ich möchte das Antifa-Info weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung, die ich auf Euer Konto überweise. Bitte sendet mir ____ Hefte ab der Nr. ____ solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile, an folgende Adresse:

Den Betrag von DM ____ habe ich bar/als Scheck beigelegt/bereits überwiesen (Beleg liegt bei).

Für ein Förderabo bekommt Ihr DM ____

Ich möchte an die folgende Person ein Abo verschencken:

____ Ich übernehme ein Knastabo

Bitte schickt mir folgende alte Ausgaben:

(Preise siehe Liste, Inhaltsverzeichnis 0-20 gegen Rückporto)

Für das Geschenk-/Knastabo/die Nachbestellung habe ich DM ____ bar/als Scheck beigelegt/bereits überwiesen (Beleg liegt bei)

Konto: J. Lehmann, Kto.-Nr.: 411 960 - 105, BLZ 100 100 10, Postgiroamt Berlin

EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN GEGEN ANTIFASCHISTINNEN!



KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN!